

Einwohnerratssitzung 2018/2019
Protokoll Nr. 3

Sitzungsdatum **Donnerstag, 8. November 2018**
Sitzungszeit 09:00 Uhr bis 12:15 Uhr / 13:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll Präsidialdienste
Direktwahl 041 329 63 09

8. November 2018

Anwesend

Präsidentin
Vizepräsident

Yvette Estermann (bis 18:00 Uhr)
Roger Erni (bis 10:45 Uhr / ab 13:30 Uhr
ab 18:00 Uhr Sitzungsleitung)

Einwohnerrat

25 Mitglieder
Cla Büchi (bis 19:25 Uhr)
Hans Fluder (bis 18:45 Uhr)
Manuel Hunziker (bis 18:45 Uhr)
Thomas Lammer (bis 19:10 Uhr)
Beat Tanner (bis 12:15 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder
Lothar Sidler (bis 14:45 Uhr / ab 16:00 Uhr)

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Viktor Bienz
Räto Camenisch
Enrico Ercolani

Traktanden

- | | | | |
|--|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 86 |
| 2. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 89 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019 - 2023 mit Budget 2019 | Nr. 142/18 | Seite 94 |
| 4. | <u>Planungsbericht:</u> Gesamtverkehrskonzept Kriens GVKK | Nr. 144/18 | Seite 136 |
| <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Planungsbericht integriert):</i> | | | |
| | - <u>Bericht Postulat Tanner:</u> Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung | Nr. 113/14 | Seite 165 |
| | - <u>Bericht Postulat Meyer:</u> 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation | Nr. 116/14 | Seite 167 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Erlass Reglement über die Fonds der Stadt Kriens
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 145/18 | Seite 169 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindeinitiative "Bezahlbarer Wohnraum für ein lebenswertes Kriens";
Fristerstreckung Behandlung | Nr. 148/18 | Seite 169 |
| 6a. | <u>Beantwortung dringliche Interpellation Erni:</u>
Fertigstellung Stadion Kleinfeld | Nr. 157/18 | Seite 170 |
| 7. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Weniger Glyphosat – mehr Gesundheit
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 116/18 | Seite 175 |
| 8. | <u>Beantwortung Interpellation Burkhardt:</u> Optimierung beim Parkregime auf dem Sonnenberg
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 118/18 | Seite 175 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Niederberger:</u> Abriss Motel Pilatusblick
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 128/18 | Seite 175 |
| 10. | <u>Postulat Portmann:</u> Quartierfreundliches Kriens?
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 131/18 | Seite 175 |
| 11. | <u>Postulat Mathis:</u> Ersatzfreifläche für die Krauerwiese
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 136/18 | Seite 176 |

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 12. | <u>Bericht dringliches Postulat Nyfeler:</u> Verbesserung der Sicherheit bei der ausgefallenen Lichtsignalanlage Horwerstrasse – Arsenalstrasse/Lauerzweg
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 133/18 | Seite 176 |
| 13. | <u>Postulat Tanner:</u> Überprüfung Schulraumoptimierung Schulanlage Obernau 1
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 146/18 | Seite 176 |
| 14. | <u>Postulat B. Bienz:</u> Gewerbefreundliches Kriens
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 151/18 | Seite 176 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 133/18 | Bericht dringliches Postulat Nyfeler: Verbesserung der Sicherheit bei der ausgefallenen Lichtsignalanlage Horwerstrasse – Arsenalstrasse/Lauerzweg |
| Nr. 154/18 | Interpellation Mathis: Hotel Himmelrich
<i>Eingang: 03.10.2018</i> |
| Nr. 142/18 | Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019 - 2023 mit Budget 2019 |
| Nr. 144/18 | Planungsbericht: Gesamtverkehrskonzept Kriens GVKK |
| Nr. 145/18 | Bericht und Antrag: Erlass Reglement über die Fonds der Stadt Kriens |
| Nr. 148/18 | Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative "Bezahlbarer Wohnraum für ein lebenswertes Kriens"; Fristerstreckung Behandlung |
| Nr. 150/18 | Beantwortung Interpellation B. Bienz: Granit aus China beim Kleinfeld |
| Nr. 157/18 | Dringliche Interpellation Erni: Fertigstellung Stadion Kleinfeld
<i>Eingang: 02.11.2018</i> |
| Nr. 160/18 | Dringliches Postulat Zellweger: Raus aus den Schulden
<i>Eingang: 05.11.2018</i> |

Yvette Estermann begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler. Lukas Z'Berg vom Anzeiger Luzern stösst zur Besichtigung des Zentrums Pilatus hinzu.

Entschuldigt haben sich Räto Camenisch, Viktor Bienz und Enrico Ercolani. Beat Tanner ist nur am Vormittag anwesend.

Die Pausen sind von 10:40 Uhr bis 11:00 Uhr und von 15:40 Uhr bis 16:00 Uhr. Um 11:00 Uhr findet die Besichtigung des Zentrums Pilatus statt. Die Mittagspause ist von 12:00 Uhr bis 13:30 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Rolf Schmid bezieht sich auf die Evaluation der Kommissionen. Dafür hat er eine SWOT-Analyse vorbereitet. Er möchte in einer Pause gerne mit den Kommissionspräsidenten zusammenkommen, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Zur Traktandenliste ist nach Yvette Estermann kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen.

Am 2. November 2018 hat Roger Erni die dringliche **Interpellation Erni: Fertigstellung Stadion Kleinfeld (Nr. 157/2018)** eingereicht.

Die Vorsitzende erteilt das Wort Roger Erni zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Wenn gemäss Roger Erni nicht heute darüber gesprochen wird, dann wird der Zaun neben dem Kleinfeld definitiv gebaut. Er wird noch eine Aufstellung der Pro-Argumente austeilen. In der Interpellation hat er die Contra-Argumente aufgeführt. Dann kann der Einwohnerrat darüber diskutieren. Der Zaun soll nicht erstellt werden, bis die Krauerwiese wieder grün ist. Dann kann man es sich immer noch überlegen.

Cyrill Wiget führt aus, dass es nicht grundsätzlich um die Opposition geht oder darum die Diskussion abzuklemmen. Der Gemeinderat hat ein grundsätzliches Anliegen. Er möchte den Anliegen des Einwohnerrates gerecht werden und dafür braucht es eine gewisse Vorbereitungszeit. Der Gemeinderat hat in letzter Zeit vermehrt das Problem, dass dringliche Vorstösse so kurzfristig eingereicht werden, so dass sie weder in der Kommission, in der Fraktion noch im Gemeinderat beraten werden können. Das hilft nicht, die Anliegen seriös zu behandeln. Der Gemeinderat hat das Bedürfnis, dass dringliche Vorstösse vor den Kommissionssitzungen zugestellt werden, damit diese auch seriös vorbereitet werden können. Der Gemeinderat ist nicht zu bequem und auch nicht zu wenig spontan, aber es hat mit einer gewissen Seriosität der Arbeit zu tun.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Erni: Fertigstellung Stadion Kleinfeld (Nr. 157/2018)

Mit 26:0 Stimmen wird die Interpellation dringlich erklärt.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Die Interpellation wird als Traktandum 6a behandelt.

Am 5. November 2018 hat Martin Zellweger das dringliche **Postulat Zellweger: Raus aus den Schulden (Nr. 160/2018)** eingereicht.

Die Vorsitzende erteilt das Wort Martin Zellweger zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Laut Martin Zellweger baut die Thematik des Postulats direkt auf den Inhalt des heute diskutierten und traktandierten AFP's. Sie greift auch den von der Finanzkommission erstellten Bericht inhaltlich auf und fordert den Gemeinderat konkret zur Aktion. Eine spätere Behandlung würde der politischen Dringlichkeit des Anliegens nicht gerecht und steht in direktem Zusammenhang mit heute gefällten Entscheiden. Er bittet deshalb dieser Dringlichkeit zu unterstützen. Nun zum Anliegen des Gemeinderates. Selbstverständlich, sofern es möglich ist, würde man es früh genug und vor der Sitzung einreichen. Dann wäre es aber schön, wenn der AFP früher zugestellt wird, damit man sich auch früher vorbereiten kann.

Gemäss Rolf Schmid ist die CVP/JCVP-Fraktion nur gegen die Dringlichkeit, jedoch nicht gegen den Inhalt als solches. Solche Grundlegenden Sachen dürfen nicht in einem dringlichen Postulat behandelt werden. Man ist mitten im Prozess der Umstellung zum HRM2 und das Restatement II ist noch nicht abgeschlossen. Daher ist es unverantwortlich und zu früh, wenn man diesem Postulat Rechnung trägt.

Auch die Grüne/GLP-Fraktion opponiert laut Raoul Niederberger der Dringlichkeit. Die Forderungen des Postulanten kann man ja nicht mehr mit dem vorliegenden AFP umsetzen, sondern erst mit dem Nächsten. Deshalb reicht die Zeit für die Beantwortung noch reichlich und man muss dies heute nicht dringlich behandeln.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulats Zellweger: Raus aus den Schulden(Nr. 160/2018)

Mit 16:10 Stimmen wird das Postulat nicht dringlich erklärt.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Die Vorsitzende wünscht den Personen, welche krankheitshalber abwesend sind, gute Besserung. Da man heute eine üppige Traktandenliste hat, bittet sie alle darum sich kurz zu fassen und Wiederholungen zu vermeiden.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Franco Faé kommt auf die Fragestunde der letzten Sitzung zurück. Es wurde die Frage gestellt, weshalb auf der Wiese der Turnhalle Fenkern eine festinstallierte Tafel steht, dass das Fussballspielen verboten ist. Man ging dem nach und das ist eine sehr alte Geschichte. Es weiss niemand so genau, weshalb man diese Tafel errichtet hat, aber es wird vermutet, dass viele den Ball an die Fassade und Scheiben getreten haben. Der Gemeinderat hat sich dazu entschieden, dass diese Tafel entfernt wird, damit diese Wiese wieder ohne Einschränkungen zur Verfügung steht.

2. Fragestunden

Kurt Gisler möchte wissen, wie die Nachfragen auf die zwei Wohnungen im alten Gemeindehaus sind. Diese sind ja immer noch inseriert. Gibt es schon Interessenten?

Franco Faé kennt den aktuellen Stand nicht. Er wird dem nachgehen und wird dann informieren.

Alfons Graf wurde angesprochen, weshalb die Anschlagkästen der Gemeinde nicht mehr bewirtschaftet werden.

Gemäss Cyrill Wiget läuft viel mehr übers Internet und diese werden nicht mehr gebraucht. Die Anschlagkästen wurden den Quartiervereinen zur Bewirtschaftung angeboten. Zurzeit ist nur noch derjenige vor dem Gemeindehaus in Betrieb.

Thomas Lammer findet, dass das Stadion Kleinfeld ein Bijou wurde und auch die neue Abfallentsorgungsanlage sehr gut gelungen ist. Daneben stehen aber noch zwei schiefe Caritas-Container. Werden diese auch noch Unterflur gelegt oder werden diese entfernt?

Matthias Senn bestätigt, dass es auch einen Unterflurcontainer für die Caritas gibt. Im Moment hat die Caritas die technische Vorrichtung nicht, um den Unterflurcontainer zu leeren. Bis Ende November sollte dies aber offenbar vorhanden sein.

Cla Büchi stellt fest, dass in den letzten Monaten in der Kuonimatt mehrere Wohnungen zu Airbnb-Angeboten umgewandelt wurden. Damit ging auch attraktiver Wohnraum verloren. Beobachtet die Gemeinde diese Entwicklung und nimmt sie dies auch statistisch auf?

Gemäss Cyrill Wiget hat die Gemeinde dies im Auge, da die Anbieter auch kurtaxenpflichtig sind. Diese Kurtaxen werden auch eingezogen. Ob eine Massierung im Kuonimatt tatsächlich zum Problem werden kann, muss der Sprechende abklären. In der Gemeinde Kriens gibt es jedoch kein Reglement, um dies zu verhindern. Das müsste man dann machen, wenn der Eindruck entsteht, dass diese Entwicklung überhandnimmt.

Manuel Hunziker ist direkter Anwohner des Stadions Kleinfeld. Er wurde mehrfach gefragt, ob die Beleuchtung des Stadions so hell bleibt. Ihm ist bekannt, dass es Richtwerte gibt und gewisse Beleuchtungsstärken gebraucht werden. Als Umweltingenieur nahm er in der Umgebung Messungen vor und stellte fest, dass der Parkplatz gleich stark beleuchtet ist, wie der Saal hier drin. Auf dem Parkplatz herrscht somit eine Bürobeleuchtung. Der Sprechende geht davon aus, dass auch der Trainingsbetrieb voll beleuchtet ist. Gibt es Schallstufen bei der Beleuchtungsanlage, um diese im Trainingsbetrieb zu reduzieren?

Franco Faé erklärt, dass es das erste Stadion mit einer LED-Beleuchtung ist. Diese Problematik ist bereits anderen aufgefallen und der Gemeinderat wurde deshalb schon angesprochen. Die Beleuchtung entspricht den Vorgaben der Challenge League. Die Lichtanlage kann reguliert werden, auch für den Trainingsbetrieb. Der Sprechende wird dies bei der nächsten Sit-

zung mit dem SCK anmerken, damit geschaut wird, ob die Beleuchtung richtig eingestellt ist. Es kann nicht sein, dass die Strassenbeleuchtung auch gleich übernommen wird. Eine Nachregulierung muss noch erfolgen.

Rolf Schmid bleibt beim Kleinfeld. Vorne dran steht nun ein schrecklicher Eichhof-Unterstand für den Ticketverkauf. Ist das ein Provisorium oder bleibt dieser bestehen?

Gemäss Franco Faé hat die Gemeinde dem Sportclub gewährt den Platz zu gebrauchen. Das Budget für den Bau war etwas knapp. Deshalb konnte man sich nicht etwas anderes leisten. Seines Wissens soll dieses grüne Häuschen weiterhin als Kassenhaus dienen. Es steht ja auch erst seit wenigen Tagen.

Patrick Koch hat eine Anschlussfrage zum Gemeindehaus. Schulraum gibt es ja nun leider nicht. Der Sprechende kann das Vorgehen nicht ganz nachvollziehen. Man versucht die Wohnung zu vermieten, aber der Umbau erfolgt erst später.

Franco Faé versucht Klarheit zu verschaffen. Am schönsten wäre es das gesamte Haus, so wie es jetzt ist, einem Mieter zu vermieten. Einige notwendige Sanierungen stehen jedoch sicher an. Wenn jemand Teilmmieter ist, besteht die Möglichkeit zur Abänderung. Da es sich um ein altes und geschütztes Haus handelt, sind Änderungen nur beschränkt möglich. Im obersten Stock waren früher Wohnungen, welche zu Büroräumen umfunktioniert wurden. Je nach Nachfrage können wieder Anpassungen vorgenommen werden, damit es für die Mieter stimmt. Dies sollte mit einem relativ kleinen Aufwand möglich sein. Die Änderungen werden jedoch erst vorgenommen, wenn das Mietverhältnis steht.

Laut Erwin Schwarz ist das Extranet der Gemeinde Kriens ein tägliches Ärgernis. Es kommen Dokumente welche nicht sollten und andere mehrmals. Er hat den Eindruck, dass er manchmal mehr Zeit fürs Extranet investiert als für die Vorbereitung zur Sitzung. Gibt es mit dem Stadthaus auch ein stadtwürdiges Extranet?

Guido Solari bestätigt, dass das Extranet leider noch nicht so läuft, wie gewünscht. Man ist dauernd mit der Firma in Kontakt, um Verbesserungen zu erhalten.

Michael Portmann meint, dass ein Gerücht kursiert, dass die Jugendverbände Pfadi, Jungwacht und Blauring ab 2020 kein Papier mehr sammeln dürfen. Gleichzeitig wird schon fürs 2019 der Preis pro Tonne für das gesammelte Papier gesenkt, so dass die Jugendverbände nicht mehr kostendeckend Papier sammeln können. Dies ist ein sehr wichtiger Beitrag. Was ist im Bereich Papiersammlung durch die Jugendverbände bis 2025 geplant?

Gemäss Matthias Senn hat der Gemeinderat gestern das Antwortschreiben an die Jugendverbände verabschiedet. REAL hat mitgeteilt, dass es weiterhin in der Kompetenz der Gemeinden ist, ob sie Papiersammlungen mit Jugendverbänden oder anderen Vereinen durchführen möchten. Daran hat sich nichts geändert, jedoch die Kosten. Früher mussten die Kosten der Mulden von den Jugendverbänden bezahlt werden. Dies wechselte dann aber zu REAL und die Gemeinde hat dies nie erfahren. Deshalb hat die Gemeinde über Jahre immer den gleichen Preis pro Tonne bezahlt. Aufgrund der Feststellung, dass REAL dies bezahlt,

wird die Gemeinde den Preis für die Mulde abziehen. Das macht finanziell etwas aus, aber es ist nicht korrekt für etwas zu bezahlen, was durch REAL übernommen wurde. Es wird jedoch kein Geld zurückgefordert.

Bruno Bienz stellt fest, dass das ewl-Gebäude im Hinterschlund mit neuen Autos überstellt ist. Weiss der Gemeinderat davon? Ist dies gesetzeskonform? Hoffentlich wurde dies bewilligt.

Matthias Senn weiss nichts davon, weshalb es sicherlich nicht bewilligt wurde. Er muss schauen, ob es bewilligungsfähig ist und ob allenfalls ein nachträgliches Baugesuch eingereicht werden muss.

Laut Anita Burkhardt-Künzler schiessen die Häuser neben dem Gemeindehaus in die Höhe. Dazwischen wurde die Minolettistrasse unterbrochen. Wann wird diese wieder geöffnet oder wird diese überhaupt wieder geöffnet?

Matthias Senn meint, dass dies im Zusammenhang mit dem Projekt Lindenpark steht. Dafür gibt es ein Baustellenkonzept, weshalb diese Strasse unterbrochen wurde. Wann diese wieder geöffnet wird, weiss er nicht.

Guido Solari ergänzt, dass im Gestaltungsplan diese Strasse nicht mehr vorhanden ist. Es wird jedoch einen Fuss- und Veloweg geben, sobald die Baustellen abgeschlossen sind. Mit dem Auto kann man dort nicht mehr durchfahren.

Patrick Koch hat eine Frage zu einem anderen Zaun des SCK. Auf der Seite der Schlundstrasse ist der Hauptquergang offen und unterhalb, vis-à-vis des Sandmätteli, gab es einen zweiten Durchbruch. Wird dieser nach der Bauerei wieder geschlossen?

Bruno Bienz hat diesbezüglich auch schon nachgefragt und das ist der Zugang für die Fans.

Franco Faé weiss nun, welcher gemeint ist. Auch das betrifft eine Challenge League Auflage. Für sogenannte Risikospiele braucht es eine spezielle Führung der Fans. Diese werden dann über diesen separaten Zugang ins Stadion führt.

Beat Tanner kommt auf die Plakate des Minerva zurück. Es gibt immer mehr Restaurants oder andere Organisationen, welche die Fassaden mit Werbung vollpflastern. Was kann der Einwohnerrat machen, damit dem Einhalt geboten wird? Braucht es dafür ein Reglement? Was ist die richtige Massnahme?

Gemäss Matthias Senn kann der Einwohnerrat nicht viel machen, sondern es liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Der Vollzug ist jedoch nicht ganz einfach. Im Prinzip sind solche Plakate baubewilligungspflichtig. Der Inhaber vom Minerva wurde aufgefordert ein nachträgliches Baugesuch einzureichen. Erst mit der Ablehnung eines Baugesuches hat die Gemeinde die Möglichkeit zum Vollzug. Die Gemeinde kann diese nicht einfach selber entfernen. Der Rechtsweg muss eingehalten werden.

Michael Portmann findet den Einwohnervorstoss einen einfachen Weg um Fragen und Anregungen einzubringen. Wie viele Einwohnervorstösse wurden bereits eingereicht und wie sind die Reaktionen?

Laut Cyrill Wiget wurden in diesem Jahr acht Einwohnervorstösse eingereicht.

Gemäss Tomas Kobi konnte man vor gut einem Monat der Sonntagszeitung entnehmen, dass ungedeckte Pflegekosten nicht den Heimbewohnenden aufgebürdet werden dürfen. Wie sieht das bei der Heime Kriens AG aus? Wer kommt für die ungedeckten Pflegekosten auf?

Lothar Sidler erklärt, dass sich die Heime Kriens AG gesetzmässig verhält und diese nicht den Heimbewohnenden aufgebürdet werden. Sollte es Verluste geben, gehen die zu Lasten des Gewinns.

Anita Burkhardt-Künzler hat noch eine Bemerkung zur Baustellen Lindenpark. Es wurde eine Fussgängerabgrenzung gleich hier neben dem Gallusheim erstellt. Darin ist es immer dreckig, voller Laub und auch die Bäume hängen herunter. Diese Abgrenzung macht keinen Sinn, wenn es nicht gepflegt wird. Die Leute laufen auf der Strasse. Wer ist dafür verantwortlich? Kann man etwas verbessern?

Matthias Senn muss abklären, wie der Grenzbereich der Strasse ist und wer für den Unterhalt zuständig ist.

Martin Zellweger hört immer wieder von Auflagen für den Bau von privaten Plätzen oder Parkplätzen. Man darf nicht einfach teeren, da das Wasser abfliessen muss. Den Privatpersonen werden entsprechende Auflagen gemacht und es muss mit Verbundsteinen oder anderen Begrünungen gearbeitet werden. Weshalb wurde der neue Stadtplatz von A-Z mit Teer zugestrichen? Gelten andere Massstäbe? Gibt es nichts Nachhaltigeres oder ist dies bereits der Kreislauf, der vorbereitet wird?

Laut Franco Faé ist dies ein sicherungsfähiger Belag. Insbesondere auf diesem Platz wurden sehr hohe Retentionsmassnahmen erstellt. Wie beim Kulturquadrat Schappe hat man hier aus Nutzungsgründen diesen Belag gewählt, weil dort die Chilbi und der Markt stattfinden sollen. Der Platz wird noch speziell gestaltet und die Aufenthaltsqualität soll gesteigert werden. Es wurde auch ein Brunnen erstellt.

Erwin Schwarz hat gleich eine Anschlussfrage. Er wurde angesprochen, wieso es im Kulturquadrat Schappe überall einen Asphaltbelag hat? Die Gemeinde schreibt überall von sicherungsfähigen Belägen und dort wird ein Deckbelag erstellt, bei dem kein Wassertropfen in den Boden geht. Stimmt das?

Gemäss Franco Faé war dies ein grosses Thema und wurde kontrovers diskutiert. Die Nutzung hat den Hauptausschlag gegeben. Man muss ganz klar sagen, dass die Massnahmen der Retention nur beschränkt wären, wenn man es mit einem anderen Belag gemacht hätte. Das Areal ist schräg und das Oberflächenwasser läuft so schnell ab, dass eine aufwändige

Erstellung gar keinen Sinn gemacht hätte. Im Boden sind noch viele Leitungen und der Krienbach geht auch noch durch.

Laut Michael Portmann wird beim Kanton eine „klientenorientierte Fallführung“ als System für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen getestet. Die Arbeitsvermittlungszentren, die Invalidenversicherung und die Sozialhilfe sollen künftig noch enger zusammenarbeiten, um Menschen aus der Sozialhilfe herauszulösen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Kennt Kriens dieses Projekt und ist Kriens ebenfalls bei diesem Pilotprojekt beteiligt?

Lothar Sidler ist dieses Projekt nicht bekannt. Im Moment laufen verschiedene andere Projekte, welche die Sozialhilfe zusammen mit der Arbeitslosenhilfe gestartet haben. Man tauscht sich gegenseitig über Klienten aus und schaut wer dieser Person am optimalsten helfen kann.

Manuel Hunziker kommt auf das Ballfangnetz des Stadion Kleinfelds Richtung Horwerstrasse zu sprechen. Am GC-Match ist aufgefallen, dass zumindest zwei Bälle neben diesem Netz vorbeigingen. Ist dort vorgesehen das Netz zu erweitern oder bleibt es so?

Franco Faé ist der Meinung, dass an diesem Match noch gar kein Netz vorhanden war. Dieses wurde zwischenzeitlich installiert. Er fragt nach, ob ein Problem besteht und ob allenfalls noch eine Nachbesserung stattfindet.

Gemäss Kurt Gisler wird die Gemeinde Kriens zur Stadt. Gibt es einen Event wofür man einen Termin reservieren muss?

Cyrell Wiget führt aus, dass der Gemeinderat etwas machen möchte, aber die Agenda braucht man nicht.

Laut Hans Fluder hat ein Bewohner festgestellt, dass bei der Talmudschule im Obernau fast keine Leute mehr sind. Rund ums Haus herrscht eine Unordnung. Weiss der Gemeinderat etwas?

Gemäss Cyrell Wiget ist die Schule schon seit längerem verlassen. Wie das mit der Ordnung aussieht, wird angeschaut. Bisher wusste der Gemeinderat davon nichts.

Beat Tanner führt aus, dass vor ein paar Jahren ein Baugesuch für die Vergrösserung des Denners an der Pulvermühlestrasse eingereicht wurde. Dagegen wurde Einsprache erhoben und ging bis vors Bundesgericht. Wann wird dieser nun vergrössert? Wurde schon wieder ein Baugesuch eingereicht?

Laut Matthias Senn gab es eine Projektänderung, welche der Gemeinderat vor ein paar Wochen bewilligt hat. Wann die Realisierung stattfindet, entzieht sich seinen Kenntnissen.

Michael Portmann hat im Juni 2018 eine Anfrage zum Bezug des Verwaltungsrates der Heime Kriens AG zur Pflege respektive Geriatrie und Gerontologie eingereicht. Welche Gründe haben dazu geführt, dass diese Anfrage noch nicht beantwortet wurde?

Gemäss Lothar Sidler war der Grund unfallbedingt. Der Gemeinderat hat die Beantwortung gestern verabschiedet.

3. Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019 - 2023 mit Budget 2019 **Nr. 142/18**

Yvette Estermann begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Gemäss Martin Zellweger hat sich die KFG mit dem vorliegenden Budget und AFP 2019 - 2023 in zweierlei Hinsicht intensiv auseinander gesetzt. Zum einen wurde man im Rahmen der Umstellung auf das neue Finanzhaushaltsgesetz (FHGG) des Kantons Luzern und HRM2 mit einer neuen Struktur konfrontiert, was nicht immer einfach verständlich war. Zum andern hatte man sich natürlich inhaltlich mit der anspruchsvollen finanziellen Situation der Gemeinde Kriens zu beschäftigen. Dies unter einen Hut zu bringen, in der knapp zur Verfügung stehenden Zeit war eine Herausforderung. Der erste Dank gilt somit diesmal den Einwohnerratsmitgliedern und den Kommissionen. Er bedankt sich bei allen, welche sich in den vergangenen lediglich 3 Wochen in das neue Format einarbeiten mussten, um in dieser kurzen Zeit qualifiziert zur finanziellen Krienser Zukunft Stellung zu nehmen. Das ist in der Tat eine schwer zu meisternde Arbeit. Selbstverständlich gilt der Dank der KFG auch dem Gemeinderat, der Verwaltung und den verantwortlichen Finanzdiensten, welche die Erstellung des Budgets und AFP's mit diesen zusätzlichen Anforderungen erarbeitet hat. Die KFG hat sich in einer gut 3.5-stündigen Sitzung mit inhaltlichen aber auch strukturellen Fragestellungen auseinandergesetzt. Der Gesamtgemeinderat, der Gemeindeschreiber so wie auch der Leiter Finanzdienste konnten dabei die gestellten Fragen der Kommission beantworten. Der Leiter Finanzdienste hat zudem das Budget und den AFP in einer kurzen und nachvollziehbaren Übersicht dargestellt. Inhaltlich befindet man sich jetzt in einer kritischen Phase für die Gemeinde. Es wird sich erst jetzt zeigen, wie welche finanziellen Pläne mehr oder weniger aufgehen. Kriens ist mit der aktuellen Finanzplanung weit hinter die ursprünglich geplante Entwicklung der Steuererträge zurückgefallen. Das ursprünglich geplante Wachstum des Jahresergebnisses bleibt im Plan 2019 - 2023 aus. Kosten und Schulden steigen auch nach Abschluss der Zentrumsbauten weiter an und die vermeintliche Trendwende flacht sich im aktuellen Plan zu einem „Fünfjahres-fast-Null-Resultat“ ab. Somit ist ein Schuldenabbau definitiv ausser Sichtweite. Das verzögerte Bevölkerungswachstum bereitet allen Fraktionen Sorgen. Zwar wurde seitens Gemeinderat ein leichtes Bevölkerungswachstum auf etwas über 27'000 als positives Zeichen wahrgenommen, trotzdem führt diese Zahl noch zu keinem Freudentanz, ist sie doch seit 2013 plus minus 100 mehr oder weniger konstant. Budget und Finanzplan wurde in der politischen Diskussion mit unterschiedlichem Blickwinkel diskutiert. Während die bürgerliche Seite die finanzielle Entwicklung weiter mit Besorgnis betrachtet, befürchtet links-grün die schwarze Null-Phase auf Kosten finanzieller Abstriche zu machen, welche in der neuen Form nach HRM2 nicht mehr transparent erkennbar sind. Die KFG hat sich mit verschiedenen durch HRM2 bedingten strukturellen Fragestellungen befasst. Unter anderem geht es um Anforderungen an die Transparenz, die Ausgestaltung der Messgrössen, der Detaillierungsgrad der Leistungsgruppen etc. Die ausstehende Transparenz der Erfolgsrechnung wurde am Beispiel des Aufgabenbereichs Volksschulen kritisiert.

Die Finanzkennzahlen und deren Entwicklung wurden teilweise ebenso diskutiert und mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Insbesondere werden Massnahmen zur diesbezüglichen Verbesserung vermisst. Zwar wird sich das Restatement II, d.h. mit der Neubewertung des Finanz- und Verwaltungsvermögens per Mai 2019 die eine oder andere Kennzahl möglicherweise buchhalterisch verbessern, trotzdem bleibt Handlungsbedarf, welcher im vorliegenden Bericht nicht mit konkreten Massnahmen unterlegt wurde. Die Controlling Kommission einer Gemeinde hat gemäss neuem FHGG dem Einwohnerrat, mit Kopie an den Gemeinderat und Finanzaufsichtsbehörde einen formellen Bericht zum Budget und zum AFP abzuliefern, zugleich mit einer Stimmempfehlung. Die KFG nimmt diese strategische Controlling-Funktion in der Gemeinde Kriens wahr, ergänzt durch die beiden anderen Kommissionen entsprechend ihrer zugeteilten Aufgabenbereiche. Aufgrund der viel zu kurzen Zeit, welche den Kommissionen zur Beurteilung und Berichterstattung im neuen Format zur Verfügung steht, verzichten die beiden anderen Kommissionen in diesem Jahr auf einen entsprechenden formellen Bericht. Es freut Martin Zellweger sehr, dass die KFG sich trotzdem auf einen gemeinsamen Wortlaut einigen konnte. Er liest den Bericht vor:

„Bericht der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung (Controlling-Kommission) an den Einwohnerrat der Gemeinde Kriens

Als Controlling-Kommission haben wir den Aufgaben- und Finanzplan für die Periode vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 und das Budget (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) inkl. Steuerfuss für das Jahr 2019 der Gemeinde Kriens beurteilt.

Unsere Beurteilung erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen nach dem gesetzlichen Auftrag sowie dem Handbuch Finanzhaushalt der Gemeinden, Kapitel 2.5 Controlling.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen der Aufgaben- und Finanzplan sowie das Budget den gesetzlichen Vorschriften. Die aufgezeigte Entwicklung der Gemeinde erachten wir als angespannt aber vertretbar, sofern der Gemeinderat mittelfristig Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation ausarbeitet.

Wir empfehlen, das vorliegende Budget mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 30'536.00 inkl. einem Steuerfuss von 2.00 Einheiten zu genehmigen.“

Die KFG stimmt somit dem Beschlusstext zu und empfiehlt das vorliegende Budget und den AFP zu genehmigen. Sie erwartet zugleich, dass der Gemeinderat mittelfristig Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation ausarbeitet.

Thomas Lammer vertritt als Vizepräsident der KBVU Viktor Bienz. In der KBVU hat Matthias Senn ausgeführt, dass das Ziel verfolgt wurde, eine schwarze Null zu haben. Dies war eine sehr schwierige Aufgabe. Es hat nach den Sommerferien nochmals einen Input aller Departemente gebraucht, um dieses ambitionierte Ziel erreichen zu können. Es war für alle eine grosse Herausforderung, die man nun gemeinsam gemeistert hat. Es gibt keinen massiven Leistungsabbau, jedoch bleiben Risikofaktoren wie beispielsweise der Winterdienst oder die Steuereinnahmen. Der Gemeinderat hofft auf einen Schub durch die neu auf den Markt kommenden Wohnungen. Die KBVU bedankt sich für die Schulung des neuen Rechnungsmodells. Grundsätzlich ist man erfreut über die schwarze Null, aber dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzielle Lage der Gemeinde extrem angespannt ist. Die Risiken sind da. Wenn man den Aufgaben- und Finanzplan mit den Aufgaben- und Finanzplänen der letzten Jahre vergleicht, sieht es gar nicht gut aus. Bei den Kennzahlen befindet sich Kriens ca. in der Mitte. Die KBVU ist einstimmig für Eintreten auf den B+A. Die grosse Arbeit von Franz Bucher und seinem Team wird in der Kommission gewürdigt. Bei der Detailberatung wurden einige Fragen gestellt, auch technische, die den Wechsel zu HRM2 betreffen. Die Antworten konnten

im KBVU-Protokoll nachgelesen werden. Zu den Anträgen und Bemerkungen wird Thomas Lammer in der Detailberatung die Sicht der KBVU erwähnen, sofern er dies aus dem Protokoll entnehmen kann. Der Beschlusstext wurde mit 6:1 Stimmen angenommen.

Erwin Schwarz, Präsident der KBSG, bedankt sich vorerst bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung des Budget 2019 und des AFP's, insbesondere auch Franz Bucher und seinem Team. Die KBSG hat im B+A die von ihr betroffenen Konten in einer längeren Sitzung diskutiert und die Zahlen mit allen Abteilungsverantwortlichen und den beiden Departementsvorstehern besprochen und entsprechende Fragen gestellt. Sämtliche Fraktionen waren für Eintreten auf den AFP 2019 - 2023 mit Budget 2019. Das Budget wurde in der Kommission mit 6:2 Stimmen angenommen. Der AFP wurde grossmehrheitlich ablehnend zur Kenntnis genommen, allerdings konnten sich noch nicht alle Fraktionen abschliessend dazu äussern. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass mit der neuen Rechnungslegung der Einfluss der Einwohnerträge massiv eingeschränkt wird. Auch der Vorwurf, dass man sich wie Eunuchen verhält, ist gefallen. Aber davon gibt es seines Wissens keine weibliche Form. Man fand es auch nicht seriös, dass die Detailblätter zu den Konten erst während der Sitzung verteilt wurden, so quasi als Feigenblatt. Für das Studium der Details und somit für qualifizierte Fragen blieb keine Zeit. Wie man als Kommission zu diesen Unterlagen einen qualifizierten Prüfbericht abgeben soll, ist schleierhaft. Mit den fachlichen Möglichkeiten erachtet man sich als Milizpolitiker überfordert. Auf Grund der längeren Diskussion haben sich die Kommissionsmitglieder entschieden, dass man nur für die Leistungsaufträge Anträge einreicht. Für die Messgrössen wird im Januar eine ausserordentliche Kommissionssitzung abgehalten, damit dem Gemeinderat die entsprechenden Wünsche diesbezüglich rechtzeitig vor dem Budget 2020 mitgeteilt werden können. Viele Informationen und Details über die Diskussionen können dem Protokoll entnommen werden. Der Sprechende will das nicht alles an dieser Stelle wiederholen. Wichtig scheint der KBSG aber, dass die Gemeinderäte darauf hingewiesen haben, dass für das vorliegende Budget nur mit ausserordentlichem Spardruck und einmaligen Massnahmen eine schwarze Null erreicht wurde. Das lässt mit einem getrüben Blick in die Zukunft schauen. Aufgefallen ist auch, dass im AFP für die kommenden Jahre bei mehreren Positionen eine positive Entwicklung der Personalstellen abgebildet ist, die entsprechende Entwicklung aber bei den Aufwandkonten fehlt. Auch das lässt düster in die Zukunft blicken. Darum nimmt die KBSG, wie eingangs erwähnt, den AFP 2019 - 2023 grossmehrheitlich ablehnend zur Kenntnis.

Gemäss Rolf Schmid, CVP/JCVP-Fraktion, liegt der Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2023 mit dem Budget 2019 vor. Ein Planungspapier und ein Budget, welche erstmals nach dem neuen Finanzhaushaltsgesetz und somit nach der Harmonisierten Rechnungsführungsmodell 2, kurz «HRM2» genannt, erstellt worden sind. Innerhalb kurzer Zeit, neben all den täglichen Herausforderungen und ohne zusätzliche personelle Ressourcen musste diese Umstellung auf HRM2, diese Herkules-Aufgabe, bewältigt werden. So ist es nur verständlich, dass man inmitten eines Work-in-Progress steht, vieles noch nicht definitiv umgesetzt werden konnte und durch das noch nicht abgeschlossene Restatement II die allermeisten Finanzkennzahlen noch nicht vorliegen. Es ist der CVP/JCVP-Fraktion deshalb ein grosses Bedürfnis, der gesamten Verwaltung, ja allen Beteiligten in mehrfacher Hinsicht danke zu sagen. Danke für die grosse zusätzliche Arbeit, die hiermit bewältigt worden ist. Danke für das sorgfältige Budgetieren, in welchem einmal mehr der Fokus auf das wirklich notwendige gelegt worden ist. Danke für den sehr übersichtlichen B+A und danke für einen weiteren kleinen Silberstreifen am Horizont mit diesem ausgeglichenen Budget bzw. einer schwarzen Null. Das Budget 2019 nach HRM2 ist nicht mehr vergleichbar mit den Vorjahresbudgets, zumindest in den allermeisten Bereichen nicht mehr. Das zeigt sich nur schon darin, dass über 48 Mio. Franken intern verrechnet und somit umgelagert werden müssen. Dementsprechend anspruchsvoll war auch die Erstellung des Finanz- und Aufgabenplanes 2019 - 2023. Nichtsdestotrotz, die CVP-/JCVP-

Fraktion ist für Eintreten. Die 17 Aufgabenbereiche der Gemeinde bzw. Stadt Kriens werden neu mit einem Globalbudget präsentiert, was die politische Betrachtung des AFP's und des Budgets 2019 sehr anspruchsvoll macht. Die Leistungsaufträge sind zwar formuliert und stehen in Relation mit einem Preisschild. Wo aber nun ganz gezielt Prioritäten gesetzt wurden, was allenfalls gekürzt oder gestrichen worden ist, kann kaum festgestellt werden. Hier muss man der Redlichkeit des Gemeinderates vertrauen. Vergleiche können erst in der Zukunft angestellt werden. So ist es nachvollziehbar, dass sich die eine oder andere Partei der Einfachheit halber an den Finanzkennzahlen festhält und diese kritisiert, denn diese spielen in ihre Hände, zeigen sie doch ein grausam düsteres Bild von Kriens. Diese Parteien oder Fraktionen lassen aber etwas Wichtiges ausser Acht. Das Restatement II ist erst Ende Jahr abgeschlossen und wird die allermeisten Kennzahlen positiv beeinflussen. So gesehen wäre es verantwortungslos, das Budget abzulehnen oder den AFP ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Wieso ist das verantwortungslos? Ein Argument ist auf Seite 25 des B+A nachzulesen: *«Es wird immer schwieriger, qualifizierte Fachpersonen für die Verwaltung zu rekrutieren, weshalb es enorm wichtig ist, dass die Gemeinde Kriens alles unternimmt (attraktive Infrastruktur, moderne Arbeitsplätze, angemessene Entlohnung, zeitgemässe Anstellungsbedingungen), um auf dem Arbeitsmarkt als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben!»* So ist es aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion nur folgerichtig, dass der Personalaufwand eine Veränderung von + 1.5 % vorsieht. Eine Ablehnung des Budgets und somit eine Verzögerung im Finanzhaushalt würde das Personal demotivieren, einen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die schon arg gebeutelte Verwaltung generieren und allenfalls die einen oder anderen Abgänge provozieren. Es gibt genügend Verwaltungen im Kanton Luzern und in angrenzenden Kantonen, die qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der vorherrschenden Personalbaisse mit Handkuss nehmen. Die CVP/JCVP-Fraktion wird sich an die Empfehlung der KFG halten und das vorliegende Budget mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 30'536.00 inkl. einem Steuerfuss von 2.00 Einheiten genehmigen. Im Vorfeld zu dieser Debatte wurden diverse Anträge und Bemerkungen eingereicht. Die CVP/JCVP-Fraktion war selbst aktiv. Sie beantragt eine Ergänzung im Leistungsauftrag der Volksschulen mit einem Preisschild von rund Fr. 57'500.00, wobei die Aufnahme kostenneutral erfolgen soll, d.h. die Volksschule selbst entscheiden soll, wie der zusätzliche Aufwand auszugleichen ist. Die Gemeinde steht in der Pflicht den Schülerinnen und Schülern Exkursionen und Klassenlager zu ermöglichen und Rahmenbedingungen für eine einigermaßen angemessene Schulqualität zu schaffen. Eine ausführliche Begründung erfolgt später. Die Bemerkungen der SVP kann die CVP/JCVP-Fraktion heute nicht unterstützen, findet sie es doch müssig und eine Zwängerei zum jetzigen Zeitpunkt solche Massnahmen vorzusehen, zumal ein Optimierungsprozess ja bereits für Frühjahr 2019 angekündigt ist. Ob die CVP/JCVP-Fraktion den weiteren Anträgen und Bemerkungen zustimmen wird, hängt noch sehr stark von den Begründungen ab. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Aussichten sind trotz budgetierter schwarzer Null nach wie vor noch nicht rosig, insbesondere auch, weil die Steuererträge aufgrund des verzögerten Wachstums noch nicht in der ursprünglich erwarteten Höhe fließen. Man braucht nach wie vor Geduld und einen langen Schnauf. Die finanzielle Gesundung der Gemeinde ist fast noch die grössere Herkules-Aufgabe als die Umstellung auf das neue harmonisierte Rechnungsführungsmodell HRM2. Trotzdem oder gerade deshalb wird die CVP/JCVP-Fraktion das Budget genehmigen und den AFP 2019 - 2023 zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Die SVP-Fraktion bedankt sich laut Martin Zellweger beim Gemeinderat für die Arbeit, welche durch alle Beteiligten zur Erstellung des neuen Budgets und Finanzplans notwendig war. Im Speziellen gilt der Dank den Finanzdiensten, welche natürlich in Zusammenarbeit mit der gesamten Verwaltung die anspruchsvolle Umstellung auf das neue Finanzhaushaltsgesetz des Kantons gemeistert hat. Ja, diese Umstellung auf das neue Finanzhaushaltsgesetz mit HRM2 macht es dann auch nicht gerade einfacher und bietet mit der einen oder anderen technischen Umstellung, die Verlockung die Tatsachen noch etwas schöner zu sehen, als sie tatsächlich sind. Man muss dann aber schon noch etwas genauer hinschauen, um sich nicht über die

düstere Lage der Krienser Finanzen hinwegtäuschen zu lassen. Nun denn, ein Budget mit schwarzen Zahlen und ein 5-Jahresplan ohne Verluste, das müsste doch eigentlich Freudeinstimmung aufkommen lassen. Zum zweiten Mal hintereinander eine schwarze Null im Plan. Aber zu welchem Preis? Zum ersten spricht man hier vom Plan 2019 im Wissen, dass der Plan 2018 zwar auch eine schwarze Null zeigt, aber immer noch ein Plan ist und dann auch noch erst erreicht werden muss. Der Sprung an Steuererträgen von 2017 auf 2018 war mit 7-8 Mio. Franken immer noch von Optimismus getrieben und das Budget 2019 ist ja dann einfach nochmals ein Copy-Paste Budget vom 2018. Alles bleibt gleich wie im 2018, nur die Investitionen werden gegenüber dem ursprünglichen Plan 2019 um ein Perrondach höher. Der Steuerertrag bleibt gleich wie im 2018. Mit anderen Worten, was man für das 2018 als Plan erhalten hat, wird jetzt ins 2019 gestreckt, ...irgendwann muss es ja wohl dann schon noch kommen. Die Taktik des Wartens auf die goldige Zukunft bleibt weiterhin Grundlage der gemeinderätlichen Finanzstrategie. Und zwischendurch leistet man sich dann eben mal ein goldenes Perrondach, damit dann die Realität nicht ganz so trist aussieht. Aber wie man von der SVP-Fraktion ja inzwischen sicher weiss, wünschte sie sich lieber ein Schuldendach oder ein Kostendach als ein teures Perrondach. Es ist ja leider tatsächlich so, dass die Investitionen im Budget 2019 wiederum höher ausfallen, als dies im AFP 2018 fürs 2019 aufgezeigt wurde. Auch wenn im 2018 nicht alle Investitionen vollumfänglich getätigt wurden, der AFP zeigt eine weitere Verschuldungstendenz nach oben und dies entspricht nicht mehr der versprochenen Schuldengrenze. Noch schlimmer, abgebaut wird auch in sichtbarer Ferne nichts und nicht mal in Aussicht gestellt. Es fehlen Massnahmen zum Schuldenabbau gänzlich und man nimmt sich nicht mal mehr die Mühe, irgendwelche Gedanken dazu zu äussern. Die finanzielle Verbesserung der Zukunft, wie sie dem Bürger mit der Grossinvestition Zentrum versprochen wurde oder wie sie beim Budgetreferendum 2016 für den Stimmengewinn verwendet wurde, wird jetzt sogar aus der 5-Jahresplanung gänzlich verbannt. Das kürzlich artikuliertete Legislaturziel „Schuldenabbau“ ist auch schon Makulatur. Jetzt wo man, gezwungen durch die reale Entwicklung, endlich den lange kraftvoll hochgehaltenen Optimismus aus der Planung versucht zu verbannen, zeigt sich die volle Wahrheit, nämlich „eine finanzielle Tristesse, made in Kriens“. *„Jaja, die höheren Steuereinnahmen, die kommen dann sicher, es wird ja so viel gebaut, nur nicht die Nerven verlieren“*, so tönt es im vereinten Chor. Aber bis Steuereinnahmen dann kommen, sind die Kosten auch schon soweit nachgewachsen und die Wachstumsbedingten Investitionen, wie neue Schulen, stehen auch schon wieder Schlange. Genau so präsentiert sich schon der vorliegende Finanzplan. Wo bleibt dann der Schuldenabbau. So wie die finanzielle Mittelfristplanung jetzt aussieht, wird die Problembewältigung wieder elegant der kommenden politischen Generation zugeschoben. Die nächsten 5 Jahre ruhigstellen, Probleme nach hinten schieben. Das möchte die SVP-Fraktion so nicht hinnehmen und fordert deshalb den Gemeinderat auf mit dem nächsten AFP auch aufzuzeigen, auf welchem Weg Kriens seine Schulden abbauen soll. Dies soll er mit einer klaren Strategie machen, ihrerwegen aufgebaut auf 4 Säulen, aber mit konkreten Schritten mittelfristig in Richtung Veränderung. Die Dringlichkeit hat der Einwohnerrat leider abgelehnt. Auch hier wird lieber gewartet und nach hinten geschoben. Die SVP-Fraktion wird im Rahmen der Detaildiskussion noch einige Anmerkungen anbringen unter anderem zur neuen Form. Sie tritt auf den Bericht und Antrag ein. Die SVP-Fraktion wird aus jetziger Sicht dem Budget zustimmen, weil es schwarz ist und weil sie keinen budgetlosen Zustand will. Trotzdem ist sie mit der gesamten finanziellen Entwicklung überhaupt nicht zufrieden. Die SVP-Fraktion hat den Antrag gestellt den AFP 2019 - 2023 ablehnend zur Kenntnis zu nehmen, da sie sich mit der weiteren Verschuldung und den fehlenden Massnahmen in keiner Weise einverstanden erklären kann.

Laut Daniel Rösch, FDP-Fraktion, macht das vorliegende Budget auf den ersten Blick einen passablen Eindruck, wird doch wiederum eine schwarze Null geschrieben. Bei näherer Betrachtung des Budgets sowie des Finanzplanes, wird jedoch deutlich klar, dass Kriens sich finanztechnisch auf einem kritischen Pfad befindet. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der vorliegende AFP nun schwarz auf weiss aufzeigt, was sie seit der Abstimmung zum Vor-

anschlag 2016 immer wieder befürchtet hat. So wurden zum einen aufgrund des optimistisch geplanten Wachstums, die prognostizierten Steuereinnahmen erneut nach unten korrigiert. Abermals werden die Mindereinnahmen der Steuern in den Departementen kompensiert. Anscheinend gibt es doch noch entsprechenden Spielraum innerhalb der Departemente, womit solche Kompensationen erst ermöglicht werden. Es wird der Eindruck erweckt, dass solche Kompensationen auch ohne Leistungseinbussen möglich sind. Die FDP-Fraktion fragt sich jedoch wie dies genau bewerkstelligt wird, wurde doch in der Vergangenheit immer wieder deutlich betont, dass bei den Departementen keine weiteren finanztechnischen Optimierungen möglich sind. Des Weiteren muss die FDP-Fraktion mit Besorgnis feststellen, dass es der Gemeinde Kriens in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, ihre Schuldenlast abzubauen. Es trifft sogar das Gegenteil ein und der Schuldenberg soll in den kommenden Jahren nochmals erheblich zunehmen. Für sie stellt dies einen Gegensatz zu dem Versprechen dar, welches man damals dem Stimmbürger gemacht hat. So heisst es in der Botschaft zum Voranschlag 2016 wortwörtlich, dass man *«ab 2019 Überschüsse schreiben will, um die bis dahin aufgelaufene Verschuldung wieder abbauen zu können.»* Diese Zielformulierung findet sich auch im Legislaturprogramm wieder. Bei der damaligen Beratung zur Gemeindestrategie und dem Legislaturprogramm hat die FDP-Fraktion bereits auf diese unrealistische Zielformulierung hingewiesen. Dabei wurde ihr zum einen seitens der Grünen «Haarspalterei» vorgeworfen. Zum anderen beschränkte sich der Gemeinderat damals darauf am formulierten Ziel festzuhalten. Der vorliegende B+A bestätigt nun, dass ein Schuldenabbau erst in weiter Ferne möglich sein wird. Die FDP-Fraktion fragt sich, was für konkrete Massnahmen geplant sind, um dieser Entwicklung frühzeitig entsprechend Gegensteuer zu geben. So fehlen ihr im AFP beispielsweise konkrete Zahlen zu Desinvestitionen. Da stellt sich auch die Frage, ob die Vier-Säulen-Strategie überhaupt noch zur Anwendung kommt. Denn im AFP fehlt ihr jeglicher Bezug auf die Vier-Säulen-Strategie. Ihres Erachtens werden ungenügende Massnahmen aufgezeigt, um die finanzielle Situation langfristig wieder ins Lot zu bringen. Ohne konkrete Massnahme befürchtet die FDP-Fraktion langfristig eine Steuererhöhung. Ihr Hauptkritikpunkt am vorliegenden AFP ist jedoch die Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgaben gewisser Finanzkennzahlen gemäss der Verordnung zum FHGG. So liegt beispielsweise der Selbstfinanzierungsgrad über 5 Jahre hinweg unter dem Durchschnitt von 80 %. Diese sowie weitere Finanzkennzahlen sind nicht gesetzeskonform und daher kann die FDP-Fraktion den AFP in dieser Form auch nicht verantworten. Die FDP-Fraktion tritt daher auf den B+A ein, wird das Budget jedoch ablehnen und den AFP ablehnend zur Kenntnis nehmen. Der Paradigmen-Wechsel, welcher das FHGG mit sich bringt, stellt aus ihrer Sicht auch eine Herausforderung im Bereich der politischen Steuerung dar. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass einem für eine fundierte politische Steuerung im AFP diverse Grundlagen fehlen. So ist beispielsweise in den Leistungsaufträgen jeweils die Unterscheidung der gesetzlichen Leistungen von den freiwilligen Leistungen, ohne entsprechendes Fachwissen, nur schwer möglich. Eine visuelle Hervorhebung der gesetzlichen Leistungen würde dazu beitragen, dass man jene Leistungen lokalisieren könnte, auf welche man als Einwohnerrat entsprechend Einfluss nehmen kann. Darüber hinaus braucht es aus ihrer Sicht auch jeweils Indikatoren bei den Messgrössen. Ohne Indikatoren lassen sich die Auswirkungen bei Anpassung von Leistungsaufträgen nur ungenügend nachvollziehen. Des Weiteren ist die FDP-Fraktion der Auffassung, dass sich in der Investitionsrechnung der einzelnen Aufgabenbereiche nicht nur wertvermehrende Massnahmen befinden. Gerne hätte sie vom Gemeinderat eine Aussage, nach welchen Kriterien jeweils eine Aktivierung von baulichen Unterhaltsarbeiten vorgenommen wird. Trotz ihrer Ablehnung des Budgets sowie des Finanzplanes will die FDP-Fraktion die Arbeit der involvierten Personen entsprechend honorieren. Sie ist sich bewusst, dass die Umsetzung des FHGG ein grosses Unterfangen war und sich die neuen Prozesse laufend optimieren werden. Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Gemäss Raphael Spörri freut sich die SP-Fraktion erneut nach 2018, über die schwarze Null im Budget. Auch sie dankt der Finanzabteilung und deren Angestellten für die geleistete Arbeit.

Dieses Jahr eine ganz spezielle Herausforderung mit HRM2. Wenn der Sprechende auf die Schwierigkeit seinerseits beim neuen AFP zurückblickt, kann er wohl nur zu einem kleinen Teil erahnen, wie schwierig es für die Finanzabteilung war. Da bittet Raphael Spörri zumindest in diesem Jahr um etwas Nachsicht. Nachsicht kann er aber nicht geltend machen, wenn es um die Schulung und Befähigung des Einwohnerrates in dieser neuen Welt geht. Zumindest im Vorfeld hätte er sich gewünscht in den Prozess eingebunden zu sein, um den Meccano zu begreifen und die Sicht des Controllers einzubringen. Man wusste seit längerem, dass die neue Rechnungsform kommt, und trotzdem wurden, so scheint es, alle überrumpelt. Was lief da schief? Die SP-Fraktion tut sich etwas schwer mit dem diesjährigen Budget und dem AFP. Wenn erstaunt dies? Zum einen ist es die neue Art und Darstellung, welche auf den ersten Blick nicht wirklich transparent erscheint. Und zum andern kann man nur erahnen, welche Sparkeulen geschwungen wurden, um diesen „Hosenlupf“ einer Null zu erzwingen. Es ist ein Hohn wenn Parteien behaupten: *„Es geht ja, wir können ruhig noch eine Sparrunde fahren“*. Es ist Tatsache und kein Geheimnis, dass die schwarze Null nur durch enormes Sparen ermöglicht wurde. Ein Sparen welches erneut Verlierer generiert. Die Verlierer sind die Schwächsten in der Gesellschaft. Dort wo es eigentlich nichts mehr zu holen gibt, steigt der Druck noch mehr. Erneut wird bei der Bildung gespart, Sozialhilfe wird auf das absolute Minimum gekürzt und unmerklich verliert die Gesellschaft an Kaufkraft. Mutlosigkeit, Frust und Enttäuschung macht sich breit. Ja, Frust und Enttäuschung macht sich auch bei der SP-Fraktion breit. Nimmt man dieses Budget etwas genauer unter die Lupe ist nicht schwer erkennbar, dass auf der Sparseite die Zitrone ausgepresst ist. Es sind ja praktisch nur noch gebundene Ausgaben vorhanden und diese kann und darf man den Empfängern nicht vorenthalten. Da wünscht sich Raphael Spörri doch tatsächlich einen Robin Hood zurück. Er erkannte die Not der Armen und holte das Geld bei den Reichen. Nur sind die Reichen nicht wie in der Legende von Robin Hood, beim Staat bzw. der Stadt zu suchen, die hat inzwischen bekanntlich auch Nichts mehr. So müsste sich doch ironischerweise Prinz Edward als Stellvertreter der Stadt ausnahmsweise mit Robin Hood vereinen, um die Aufgaben des Staates oder eben der Stadt wahrnehmen zu können. Zusammengefasst soll man das Geld dort holen, wo es zu holen ist. Statt weitere Sparrunden durchzuführen heisst es die 4. Säule der Einnahmen zu stärken. Dieser Wunsch ist bei vielen vorhanden. Wie das umgesetzt werden soll, dazu hätte die SP-Fraktion schon noch Ideen. Kriens stand schon nach dem Referendum zum Budget 2016 kurz vor dem Öffnen des „Giftschrankes“. Raphael Spörri erlaubt sich ein Zitat aus der Sitzung vom November 2015: *„Bei der Volksschule wird auf den Schwimmunterricht verzichtet. Die Betreuungsgutschriften können reduziert werden und alle Vereinsbeiträge werden ganz gestrichen. Der Beitrag an die Sonnenbergbahn gehört auch in die freiwilligen Ausgaben und kann gestrichen werden. Die Beiträge an die Strassengenossenschaften werden auch nicht mehr bezahlt. Damit die Einnahmen optimiert werden, werden Gebührenerhöhungen ins Auge gefasst. etc. etc.“* Will man dies wirklich wieder riskieren? Die SP-Fraktion wehrt sich vehement und kategorisch gegen weitere Sparmassnahmen im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich. Es darf nicht bei wichtigen Ressourcen wie der Bildung und bei den Schwächsten in der Gesellschaft gespart werden. Dies ist bewiesenermassen ein Eigengoal und wird im vielfachen wieder auf die Gemeinde zurückfallen. Die SP-Fraktion weist jegliche Verantwortung auf weitere Sparansprüche ab. Man soll endlich mit dem ewigen Spargerede aufhören und die vierte Säule der Finanzstrategie stärken, die da heisst Einnahmen optimieren. Eine Gemeinde ist nicht wie eine Firma zu führen. Dahinter stehen Menschen und ihre Geschichten und Sorgen. Da heisst es auch mal in schlechten Zeiten Rückgrat zu zeigen. Die SP-Fraktion genehmigt das Budget 2019 und ist für Eintreten und nimmt den Aufgaben und Finanzplan 2019 - 2023 zur Kenntnis.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Erich Tschümperlin für Eintreten und wird dem Budget 2019 und dem Aufgaben und Finanzplan zustimmen. An dieser Stelle möchte sie dem Finanzdepartement um Franz Bucher einen grossen Dank aussprechen. Er und sein Team haben den Umbau auf HRM2, zusätzlich zu ihren Aufgaben, ohne weitere Ressourcen durchgeführt. Die

Grüne/GLP-Fraktion stimmt dem B+A trotz einiger Bedenken zu, denn dieses Jahr ist die Beurteilung der Budgetierung sehr schwierig. Die Umstellung auf HRM2 verlangt eine komplett andere Betrachtungsweise. Die Beurteilung der einzelnen Aufgabengebiete ist so nicht mehr möglich, Vergleiche der Leistungen mit den Vorjahren schon gar nicht. Wo wurden Abstriche gemacht und wo wurde gespart, um die glorreiche schwarze Null zu erreichen? Der Sprechende weiss es nicht. Wurde bei der Prävention gespart? Welche Budgetposten wurden gekürzt, welche Leistungsvereinbarungen wurden gekürzt? Sind die Kürzungen noch vertretbar oder wurden schon Grenzen überschritten? Dies alles sieht man nicht. Der Einwohnerrat muss mit dem neuen System Erfahrungen sammeln, um überhaupt kompetent mitreden zu können. Erst dann kann der Einwohnerrat auch seine Aufgabe wahrnehmen und seinen Einfluss dort geltend machen, wo es ihm wichtig ist. Die Aufträge zu den Globalbudgets müssen noch klarer und aussagekräftiger werden, gerade auch im Hinblick auf Veränderungen gegenüber zum Vorjahr, damit man sieht, wo die Reise hingeht. Und damit man auch sieht, wo Leistungen auf- oder abgebaut werden. Als Beispiel möchte Erich Tschümperlin hier den Brief des Rektorats „Unentgeltlichkeit der Volksschule“ erwähnen. Den haben die Eltern von Krienser Schülern am 24. Oktober 2018 erhalten. Darin wird mitgeteilt, dass die Gemeinde Exkursionen, Herbstwanderungen und Klassenlager in diesem Umfang nicht mehr durchführen kann. Weiter unten steht zum bekannten Gerichtsentscheid des Kantonsgericht: *„Die Volksschule Kriens bedauert diese Entwicklung, erachtet sie solche Anlässe als äusserst wichtig und wertvoll.“* Dies findet man so im Globalbudget nicht. Kriens hat in einigen Bereichen eine Grenze erreicht oder vielleicht gar überschritten, wo es fertig ist mit Sparen. Was der Sprechende in der Kommission zu den Einsparungen im Sozialbereich gehört hat, ist erschreckend und kann so nicht weitergehen. Wenn dann noch salopp im Einwohnerrat erwähnt wird, dass die Zitrone ja noch gar nicht ausgepresst ist, dann ist das zynisch oder man interessiert sich ganz einfach nicht für die Menschen die diese Massnahmen tragen müssen. Auch bei den Messgrössen müssen noch Kennzahlen erarbeitet werden, die dem Einwohnerrat helfen seine Arbeit zu machen und die Entwicklung der Finanzen aber auch der Dienstleistungen der Gemeinde zu steuern. Dazu werden keine Anträge gestellt, denn dies werden die Kommissionen in einer separaten Sitzung erarbeiten. Die Finanzen der Gemeinde entwickeln sich nicht wie erhofft. Die Wachstums-Strategie geht, mindestens vorderhand, noch nicht auf. Vor allem die Verschuldung wird heute als grosses Problem gesehen und es werden unverzüglich Massnahmen verlangt. Die Verschuldung gefällt auch der Grüne/GLP-Fraktion nicht. Aber überrascht kann ja hier im Einwohnerrat wirklich niemand sein, oder? Man hat dies mit dem Zentrumsprojekt und dem vierblättrigen Kleeblatt so gewollt. Vor allem die FDP hat sich vehement dafür eingesetzt, allen voran der Präsident der FDP Robert Marty. Was damals eine Vorwärtsstrategie, ein Meilenstein oder gar ein Generationenprojekt für Kriens war, wird heute von derselben Partei bejammert. Alle wussten, dass diese Schulden ebenfalls ein Generationenprojekt werden. Wenn die FDP das Budget und den AFP wegen der Finanzkennzahlen, die man wegen des fehlenden Restatements II ja noch gar nicht kennt, ablehnt, dann ist der Sprechende auf ihre Lösungsvorschläge gespannt. Weshalb ist sie nicht beim Gratisbaurecht für das Stadion Kleinfeld, beim Ausbau des Kleinfeld oder beim Zentrum auf die Bremse gestanden? Wer A sagt muss auch B sagen: Ausgaben haben in Kriens Schulden zur Folge. Die finanzielle Lage lässt nichts anderes zu. Auch hat die FDP ausdrücklich die Wachstumsstrategie mitgetragen, mit der Entwicklung im Schlund, Nidfeld und Schweighof. Alle diese grossen Projekte wurden freudig begrüsst und bewilligt. Diese Entwicklung kostet nun mit den Ausbauten der Schulhäuser, Infrastruktur etc. Ein wichtiger Grund, warum es mit den Finanzen nicht aufwärts geht, geht halt gerne vergessen oder wird auch verdrängt. Die Tiefsteuerstrategie des Kantons hinterlässt gerade in den Agglomerationsgemeinden tiefe Spuren. Da die Entwicklung der Einnahmen beim Kanton nicht so ausgefallen ist wie erhofft, wurden die letzten Jahre die Gemeinden immer mehr gerupft. Immer mehr Aufgaben werden auf die Gemeinden abgeschoben, ein Projekt folgt dem andern. Diese Projekte tauchen dann als Risiken im Krienser Budget auf und tragen Namen wie AFR18, SV17 oder Steuergesetzrevision 2020. Kriens zahlt einen hohen Preis für die Tiefsteuerstrategie des Kantons. Und diese Tiefsteuerstrategie wurde und wird von der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat gestützt. Sie hat Mil-

lionen gekostet und es ist noch nicht vorbei. Einen Überblick, wenn auch veraltet, gibt die Interpellation Nr. 252/2011. Darin sieht man, wie viel diese Revisionen die Gemeinde Kriens jährlich kosten. Damit ist für die Grüne/GLP-Fraktion klar: Kriens hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Der Kanton hat der Gemeinde Aufgaben aufgestallt ohne die entsprechende Finanzierung. Sein Fazit: Eine kommunale Wachstumsstrategie zusammen mit einem Generationenprojekt im Wissen um die kantonale Tiefsteuerstrategie, das ist riskant. Nun vom Gemeinderat zu fordern, dass die Schulden schnell weg müssen, ist Wunschenken. Sie bleiben vorderhand erhalten. Wenn man an dieser Wachstumsstrategie festhält und weiter einzont, dann steigt das Risiko einer zusätzlichen Verschuldung. Hier kann der Einwohnerrat ansetzen, wenn dies eine Mehrheit denn will. Und hier kann man Verantwortung übernehmen, oder weitermachen wie bisher. Erich Tschümperlin ist gespannt auf die Diskussionen im Einwohnerrat zur Pilatus-Arena. Er ist gespannt, was der Gemeinde wieder alles aufgestallt wird, damit ein weiteres Megaprojekt möglich wird, natürlich zum Wohl, oder wie die Grüne/GLP-Fraktion das sieht, auf Kosten der Gemeinde. Zum Abbau der Schulden braucht Kriens eine klare Strategie, die dies berücksichtigt. Hier sind Einwohnerrat und Gemeinderat zusammen gefordert, nur zusammen kann man die Wende schaffen. Wenn die Strategie vorliegt, kann man über Massnahmen sprechen, dann macht das Sinn. Mit der gleichen Strategie weiterzufahren und zu hoffen, dass die Einnahmen steigen und die Ausgaben sinken, erachtet sie als unrealistisch.

Laut Michael Portmann steht auf dem Balkon ein Wassertank. Die Aufgabe ist einfach: *«Halte das Wasser im liquiden Zustand!»*. Damit man in dieser immer kälteren Jahreszeit das Wasser flüssig halten kann, stehen neben dem Wassertank eine Lötlampe und ein kleiner Gasvorrat. Weil die Umgebung kälter ist als der Wassertank, wird die Bewegung der einzelnen Wasserteilchen im Wasser langsamer werden. Man erfasst dieses «langsamer Werden» mit einem Mittelwert, der Temperatur. Die Temperatur also wird sinken, wenn man nicht ab und zu wieder mit der Lötlampe die Bewegung der Wasserteilchen zu erhöhen versucht. Wasserteilchen bewegen sich nicht nur, sondern ziehen sich auch gegenseitig elektrisch an. Sind sie zu langsam, so «gewinnt» die Anziehung und die Bewegungsfreiheit wird schlagartig eingeschränkt. Das Wasser hat die kritische Temperatur fürs Einfrieren erreicht, der Worst Case. Wie «kalt» ist das Krienser Budget bereits? Droht es «einzufrieren»? Wird man mitten im Jahr 2019 an finanzieller Bewegungsfreiheit verlieren? HRM2 hat nur die Mittelwerte verändert und verspricht, dass man die «Temperatur» des Budgets besser messen kann. Was unverändert bleibt ist die kritische Temperatur fürs Einfrieren. Was auch unverändert bleibt, sind die Vorzeichen, dass das Budget bald einfriert. Wasser gefriert auch nicht überall gleichzeitig, sondern meist als erstes an der Oberfläche. Auch im Krienser Budget ist die persönliche Sozialhilfe, welche für die Auslösung aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe notwendig ist, bereits eingefroren. Wenn eigentlich ausgelagerte Einheiten mit ihrem Eigenkapital das Defizit decken helfen, so hat man auch da die «Bewegungsfreiheit» bereits komplett eingebüsst. Auch dieser Teil ist bereits eingefroren. Da sind noch die Lager, Exkursionen und Ausflüge, welche die Gemeinde neu dank der Unentgeltlichkeitsregel der Volksschule ohne Hilfe der Eltern selber finanzieren muss. Auch an dieser Stelle ist bereits vieles eingefroren. Leider wird der Tank auch vom Kanton an immer wieder anderen Stellen geheizt und gekühlt, so dass es immer schwieriger wird abzuschätzen, ob der Gasvorrat in der Lötlampe in der immer kälter werdenden Umgebung wirklich ausreicht, um das Wasser im Tank flüssig zu halten. Ob man dann den vom Nachbarn ausgeliehenen Gasvorrat bereits jetzt wieder zurückgeben soll, wagt Michael Portmann gar nicht zu beantworten, da er nachher vollauf damit beschäftigt ist, die bereits eingefrorenen Bereiche im Wassertank wieder etwas aufzutauen.

Beat Tanner möchte aufgrund der gefallen Voten ein paar Sachen sagen. Von vielen wurde erwähnt, dass alles wegen HRM2 ist. Das stimmt natürlich so nicht. Es ist das Finanzhaushaltsgesetz des Kantons Luzern (FHGG), dass den Gemeinden dieses Führungsinstrument

aufgedrückt hat und nicht die Rechnungslegung. Die Rechnungslegung wurde von der Konferenz der Finanzdirektoren gemacht. Dieser Unterschied muss man schon sehen. Wenn man von HRM2 spricht, tut man diesem Unrecht. Das FHGG führte zu dieser Intransparenz der Budgetierung. Ihn machte auch die Aussage der schwarzen Null stutzig. Aber niemand schaut die Mittelflussrechnung an. Auf der Seite 16 sieht man beispielsweise den Finanzierungsfehlbetrag. Im Budget 2019 hat man eine Finanzierungslücke von 11.1 Mio. Franken. Im Budget 2018 waren es 14.5 Mio. Franken. Diese Beträge müssen bei der Bank aufgenommen werden. Wenn man dann nur die Erfolgsrechnung anschaut, ist das aus seiner Sicht nicht die richtige Steuerung. Man muss auch vermehrt darauf schauen, was hereinkommt und was herausgeht. Es kommt noch dazu, dass die Investitionen mit über 50'000.00 Franken neu in die Investitionsrechnung aufgenommen werden. Dann kann man diese geteilt durch 40 abschreiben. Das heisst, man hat nur 1/40 enthalten. Beat Tanner hat jedoch einige nicht investitionswürdige Sachen gesehen. Es gibt andere Gemeinden, die beispielsweise die Malerarbeiten eines Hauses nicht über die Investitionsrechnung laufen lassen. Denn dies generiert keinen Mehrwert, sondern fliesst direkt in die laufende Rechnung. Wenn Kriens dies auch so machen würde, hätte Kriens keine schwarze Null mehr, sondern steht wieder in den roten Zahlen. Die Finanzhaushaltsverordnung des Kantons Luzern gibt Bandbreiten vor. Darin steht: „Der Selbstfinanzierungsgrad soll im Durchschnitt von 5 Jahren mind. 80 % erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner und Einwohnerin mehr als das kantonale Mittel beträgt.“ Den Sprechenden nimmt es wunder, wie die Gemeinde da steht und ob die Finanzaufsicht dies auch schon angeschaut hat. Weiter versteht er nicht, dass man das Restatement I noch nicht zur Kenntnis erhalten hat. In anderen Gemeinden wurde dies bereits ausgehändigt. Schliesslich mussten die Budgets aufgrund des Restatements I erstellt werden. Es wäre schon gut gewesen, wenn dies vorgelegen wäre, damit man die richtigen Schlüsse ziehen kann. Die FDP wurde noch wegen dem Zentrum angesprochen. Klar wollte die FDP das Zentrum und findet es jetzt noch richtig. Die Bevölkerung hat an der Realisierung Freude. Dazumal gingen die Kennzahlen und die budgetierten Finanzpläne auf. Im 2016 merkte man, dass nichts mehr aufgeht. Es wurden viel zu hohe Steuereinnahmen eingetragen. Das Wachstum der älteren Bevölkerung und der Schüler hat man einfach ausgeblendet. Es wurde nicht aufgenommen, dass mehr Schulklassen benötigt und mehr investiert werden muss. Darauf hat die FDP immer hingewiesen. Im 2016 wurde deswegen das Referendum ergriffen. Jetzt tritt es leider so ein, wie sie es gesagt haben. Beat Tanner wünscht sich auch, dass es anders wäre. Daran wird man noch recht zu beissen haben.

Bruno Bienz meint, dass den Einwohnerratsmitgliedern mit diesem Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2023 mit Budget 2019 sehr schwere Kost aufgetischt wurde. Neben der Umstellung der Rechnungslegung gemäss dem neuen FHGG sind die Budgetzahlen alles andere als erfreulich. Nachdenklich macht ihn aber, dass in diesem Budget die Leistungen gekürzt wurden. Diese wirken sich mittel- und langfristig sehr negativ auf die Gemeinde aus. Beispielsweise werden bei der Sozialhilfe Arbeitsintegrationsmassnahmen gekürzt, dabei hat der Einwohnerrat von links bis rechts diese Massnahme als wichtig taxiert und gestützt. Bei der Spitex wurde sogar ein Ausbildungsplatz gestrichen. Dazu braucht es seiner Meinung nach keinen Kommentar. Zudem müssen MiGel-Produkte durch die Spitex finanziert werden, obwohl dies Aufgabe der Gemeinde ist. Zu guter Letzt wird die Reduktion der Gemeindebeiträge bei der Hauswirtschaftshilfe um Fr. 7.00 pro Stunde gemacht. Das obwohl diese Leistungen in der Leistungsvereinbarung gefordert sind und viele Betroffene schon jetzt kleine Brötchen backen müssen. Bruno Bienz kann solche Sparmassnahmen mit der Rasenmähermethode nicht mehr unterstützen. Da der Schuss bei der Ablehnung des Budgets sicher nach hinten losgeht, möchte er sein Unverständnis für diesen Entscheid mit einer ablehnenden Kenntnisnahme vom Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2023 zum Ausdruck bringen und unterstützt den Antrag der SVP. Zu hoffen ist, dass solche Sparmassnahmen ein einmaliger Ausrutscher sind.

Alfons Graf findet den AFP eine Tristesse. Anders kann man es nicht sagen. Aber trotzdem wird im Budget eine schwarze Null geschrieben. Dies erfolgte aufgrund der Arbeit von Franz Bucher und seinem Team. Den Sprechenden stört jedoch etwas. Die FDP hat kürzlich einem Perrondach von Fr. 800'000.00 zugestimmt und nun ein paar Wochen später sind sie wie ein umgekehrter Handschuh und wollen das Budget ablehnen. Das ist ein völliger Widerspruch. Sie sollen vor der Abstimmung nochmals über die Bücher gehen.

Thomas Lammer möchte an dieser Stelle auf 2-3 Entwicklungen eingehen. Im Budget für das Jahr 2016 hatte man für die Jahre 2019 und 2020 einen kumulierten Gewinn von 7.8 Mio. Franken veranschlagt. Aufgrund dieser Basis wurden verschiedene Investitionsentscheidungen getroffen. Im 2017 hatte man für die gleichen Jahre einen kumulierten Betrag von 3.6 Mio. Franken. Der Betrag wurde nur ein Jahr später um mehr als die Hälfte gekürzt. Bei diesem Budget wurde als Drohung die Büchse der Pandora geöffnet. Im 2018 hatte man dann für dieselben Jahre 0.8 Mio. Franken budgetiert. Jetzt werden noch sage und schreibe Fr. 42'000.00 eingesetzt. Leider wurde der Vorstoss der SVP nicht für dringlich erklärt. Dazu hätte man die eine oder andere Zahl auch hören können. Wenn man weiter schaut, sieht man keine Entwicklung. Er weiss nicht, wie die Schulden abgebaut werden, wozu die FDP auch ja gesagt hat. Leider erfolgte dies unter anderen Voraussetzungen. Heute würde man es auch mit einer anderen Brille sehen. Die Investitionen müssen anders angeschaut werden, als der Konsum der Gemeinde. Daher kann die FDP grundsätzlich immer noch dahinter stehen. Der Eindruck der FDP ist, dass es nicht zu früh ist, sondern langsam eher zu spät. Wenn die schwarze Null das höchste der Gefühle in den nächsten Jahren ist, dann reicht dies wahrscheinlich einfach nicht.

Rolf Schmid möchte noch drei Punkte erwähnen. Man spricht vom Perrondach, was ein demokratischer Mehrheits-Entscheid war, den man nun einfach akzeptieren muss. Der Einwohnerrat hat aber auch zugestimmt, dass dem SCK ein satter Kredit zur Verfügung gestellt wird. Dieser Kredit taucht in den Schulden auf. Einfach so ist dies nicht aufzuwenden. Dann muss auch beachtet werden, dass bei der Desinvestition Bosmatt noch etwas ausstehend ist, was noch nicht enthalten ist. Das Ganze wird auch Einfluss auf das Resultat haben. Ein dritter Aspekt ist die Tabelle der Mittelflussrechnung. Wenn man bei der Weiterbildung gut zugehört hat, weiss man, dass diese Zahlen noch nicht die Endfassung sind. Das Restatement II hat einen Einfluss auf diese Zahlen. Jetzt moniert und argumentiert man die Ablehnung des Budgets und des AFP's mit dieser Mittelflussrechnung. Das ist für den Sprechenden ein falsches Spiel.

Martin Zellweger nimmt Stellung zu den Aussagen von Rolf Schmid. Grundsätzlich wird über den vorliegenden AFP und Budget debattiert und nicht mit den Mutmassungen des Restatement II. Man nimmt diese Zahlen gerne entgegen, aber man weiss nicht, wie diese aussehen. Es gibt auch noch Risiken, die nicht klar sind.

Erwin Schwarz findet es unseriös, wenn man dem am meisten ausgewiesenen Fachmann hier im Rat, ausgenommen von Franz Bucher, ein falsches Spiel vorwirft.

Franco Faé stellt fest, dass das erste Mal das Budget unter HRM2 erstellt wurde, welches unter dem neuen FHGG gilt, welches seit Anfang Jahr in Kraft ist. Es war ein grosser Aufwand für alle, nämlich für die Verwaltung, das Finanzdepartement, aber auch alle anderen. Es benötigte grosse Anstrengungen, dass das Ziel erreicht wurde. Trotzdem ist man froh, dass man es geschafft hat. Man ist dort, wo man hinwollte. Es warten grosse Herausforderungen auf die

Gemeinde. Das Wort Wachstum ist immer wieder gefallen. Ja, der AFP ist ein Planungsinstrument. Das dieses Wachstum nicht wie gewünscht eingetroffen ist, hat viele Abhängigkeiten. Das hat der Sprechende schon mehrmals gesagt. Eine frohe Botschaft hat der Sprechende zu der diesjährigen Einwohnerzahl. Mittlerweile ist man wieder über 27'000. Diese Abhängigkeiten setzen sich auch an anderen Orten fort. Gestern fand eine Veranstaltung des VLG zum AFR18 statt, wo man die neusten News erhielt. Diese News sind aber noch keine Sicherheiten. Beim SV17 ist auch noch nicht klar, was auf die Gemeinden zukommt. Die Planung des Kantons hängt auch davon ab. Im Moment sind die Gesichter im Kanton alle etwas betrübt, weil man nichts Verlässliches hat. Es ist kein Trost, aber eine Tatsache. Der Gemeinderat weist die Anschuldigung zurück, dass er die Verschuldung nicht im Auge hat. Er ist sich auch den Risiken bewusst und weiss, dass gewisse Zahlen nicht korrekt sind. Mit dem Restatement II werden die Kennzahlen ein anderes Gesicht erhalten. Der Gemeinderat wird sich mit der 4-Säulen-Strategie befassen, wie diese in Zukunft gelebt werden kann. Mit der Immobilienstrategie werden auch gewisse Desinvestitionen geprüft. Franco Faé bittet auch etwas um Verständnis für die Schwierigkeit zum Lesen des AFP. Diese sind fast nicht vergleichbar. Bei diesem Budget wurde mit den Umlagen anders umgegangen, aber diese wurden vorher schon gemacht. Früher erfolgte dies erst am Ende des Jahres. Das verändert das Budget um rund 45 Mio. Franken in eine andere Richtung. Es hat Schulungen gebraucht, aber es wurde moniert, dass diese zu spät stattfanden. Zuerst mussten die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung die Schulungen des Kantons besuchen. Diese Termine konnten nicht beeinflusst werden. Franz Bucher und sein Team haben eine gute Schulung vorbereitet. Man hat sich sehr bemüht, hier einen Weg zu finden. Alle müssen am neuen AFP arbeiten. An der Kommissionssitzung hat man bemerkt, dass es zusätzliche Sitzungen braucht, um über die Gestaltung des AFP's zu diskutieren. Man wird noch einige Jahre daran arbeiten müssen. Beim Kanton ist man immer noch daran. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat etwas geheimlichen möchte, sondern er möchte, dass es transparent daher kommt. Er legt gerne die wichtigen Zahlen vor. Aber es ist eine neue Art und Weise des AFP's und darin soll man über Leistungsgruppen und weniger über Zahlen diskutieren. An das muss man sich vermutlich zuerst noch gewöhnen. Der Sprechende dankt Franz Bucher und seinem Team für die Knochenarbeit, allen Verwaltungsangestellten, dem Gemeinde- und Einwohnerrat für das Auseinandersetzen mit der neuen Form.

Yvette Estermann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 6 - Würdigung Gemeinderat

Gemäss Martin Zellweger schreibt der Gemeinderat in seiner Würdigung über die anstehenden Herausforderungen und dass es zum Einhalten der ambitionierten Finanzziele auch in Zukunft eine grosse Disziplin braucht, das Notwendige vom Wünschbaren zu unterscheiden und zu priorisieren. Ebenfalls sind neue Projekte zurückhaltend zu realisieren und nur dann, wenn die notwendige Finanzierung sichergestellt ist. Eine nur allzu wahre Aussage. Als der Sprechende den Gemeinderat in der letzten Einwohnerratssitzung gefragt hat, ob es der Gemeinde Kriens finanziell so gut geht, dass man sich die Mehrkosten des Perrondachs problemlos leisten kann, war die Antwort des Gemeinderats seiner Meinung nach ein ja. Das kann man dann im Protokoll nachlesen. Martin Zellweger fragt sich, wieso der Gemeinderat in dieser Diskussion zu diesem Zeitpunkt nicht auch auf diese Herausforderung hingewiesen hat. Im Budget 2019 wird gerade etwa dieser Betrag als Mehrinvestition gegenüber dem AFP 2018 getätigt und man kann unter anderem dadurch die Finanzstrategie der Investitionsbegrenzung nicht einhalten. Eine Aussage wie sie jetzt in der Würdigung des Gemeinderates steht, das hätte er an der letzten Sitzung vom Gemeinderat auch als Antwort erwartet. Er weiss jetzt gar

nicht mehr so recht, auf welchen Gemeinderat er jetzt hören soll, den vom letzten Monat oder den von diesem Monat. Er lässt sich gerne belehren.

Seite 18 - Erfolgsrechnung

Martin Zellweger möchte an dieser Stelle auch noch auf eine weitere Tatsache hinweisen. In der Erfolgsrechnung wird unter Ziffer 48 ein ausserordentlicher Ertrag von 2 Mio. Franken pro Jahr erwähnt. Was bedeutet dies? Im Rahmen der Umstellung auf FHHG/HRM2 darf man das Verwaltungs- und Finanzvermögen aufwerten. Es geht dabei darum, dass die aktuelle Bewertung der Realität entspricht und dafür keine versteckten Reserven mehr existieren. Durch diese Aufwertung entstehen zusätzliche Abschreibungen und die belasten natürlich jährlich die Rechnung. Um diese Abschreibung abzufedern, darf ein Teil dieser Aufwertungsreserven als ausserordentlicher Ertrag über die Jahre verteilt werden. Effektiv nach True and Fair Prinzip bewertet würde Kriens also eigentlich über die nächsten 5 Jahre, ohne diesen offiziellen kantonalen finanztechnischen Kniff, jährlich ein „fast-2 Mio. Franken“ Minus schreiben. Man sieht diesen effektiven Wert als operatives Ergebnis und dies trotz eines wachsenden Steuerertrags um 15 Mio. Franken. Und jetzt das nächste Problem, diese 2 Mio. Franken reichen danach vielleicht nicht mehr so lange. Stellt man sich jetzt vor was dies konkret heisst: Die ganze Misere geht weiter und ein Schuldenabbau ist auch nach diesen fünf Jahren ausser Reichweite.

Seite 24 - Veränderung der verzinslichen Schulden

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass der Stein des Anstosses der Verschuldungsgrad ist. Auf der zweituntersten Grafik sieht man die Veränderung der verzinslichen Schulden. Als man dazu ja gesagt hatte, lag man bei 220 Mio. Franken inkl. des Zentrums. Es wurde gesagt, dass man sich auf 10 Mio. Franken pro Jahr beschränkt, was so viel ist, dass es sich die Gemeinde selbst etwa leisten kann. Im 2022 gibt es dann noch einen Sprung. Kann man mit ein paar einfachen Worten sagen, was die Treiber sind, dass die Schulden weiterhin auf 250 Mio. Franken ansteigen? So viele Schulden möchte niemand. Dann muss eine Strategie entwickelt werden, wie man dem entgegenwirken kann oder was gemacht werden muss.

Franco Faé bestätigt, dass die Schulden ansteigen werden. Der Grund ist, dass einerseits Investitionen im 2018 nicht getätigt werden konnten und sich diese nun aufs 2019 verschieben. Die Investition Bosmatt konnte auch nicht stattfinden, welche auch übertragen wurde.

Erich Tschümperlin ist sich über die nicht getätigten Investitionen bewusst. Im 2019 ist man ungefähr bei 220 Mio. Franken. Nachher steigt es jedoch auf 250 Mio. Franken. Es stören sich viele daran, dass die Schulden nicht plafoniert werden können. Man hat vom Gemeinderat immer wieder gehört, dass man bei 10 Mio. Franken plafoniert. Offensichtlich gibt es irgendwo Investitionen und Bedarf, die darüber hinausgehen. Das müsste man doch irgendwo summarisch festhalten, um was es sich handelt und warum es weitergeht.

Franz Bucher verweist auf die Seite 20 mit der Zusammenstellung der Investitionen. Im 2019 sind 20 Mio. Franken Bruttoinvestitionen inkl. der Spezialfinanzierung enthalten. Die Limite wurde bei 10 Mio. Franken festgelegt, wobei sich ein Teil vom 2018 ins 2019 verschiebt. Als die Kennzahlen zusammengestellt wurden, wurde die Korrektur von 2018 nicht gemacht. Die Investitionen sind somit doppelt enthalten. Da fragen sich sicher viele, weshalb diese Korrektur nicht gemacht wurde. Der Grund dafür ist, dass man von den Zahlen des Budgets ausgeht und diese eingesetzt hat. Dann gibt es tatsächlich Zahlen, die doppelt enthalten sind. Im 2020 und 2021 ist man dann immer noch über 10 Mio. Franken. Dieser Betrag ist inkl. des Cash-flows Spezialfinanzierung. Die Spezialfinanzierung muss ja auch finanziert werden. Dafür

muss man die drittunterste Zahl, den Brutto, anschauen, welche zur Verschuldung führt und nicht die unterste Zahl. Das ist eine Abweichung. Im Text wurde auch geschrieben, dass noch zu viel enthalten ist. In der Budgetphase wird das innerhalb des Jahres noch reguliert. Bei den Investitionen wird es noch Korrekturen geben. In der Vergangenheit konnten nie immer alle Investitionen ausgelöst werden. Deshalb darf es auch einen Überhang geben. Auch andere Gemeinden haben dies so. Beispielsweise hat die Stadt Luzern in den nächsten vier Jahren einen Überhang von 50 Mio. Franken. Diese sagen auch, dass dies plafoniert wird. Der Plafond der Gemeinde Kriens liegt eigentlich bei 10 Mio. Franken, obwohl teilweise schon mehr ausgewiesen wird. Das führt automatisch dazu, dass man optisch gesehen auf die Zahl von 250 Mio. Franken kommt, aber real wird es nicht so sein. Es wird tiefer sein. Die Liegenschaft Bosmatt wird noch ausschlaggebend sein, ausser der Einwohnerrat wird dem nicht zustimmen, denn diese war immer eingerechnet. Weiter kann dann noch die Mehrwertabschöpfung dazu kommen, welche bei der Liquidität auch helfen kann.

Martin Zellweger wundert sich schon, über welches Budget diskutiert wird, wenn nicht das darin steht, aber es etwas anderes ist, und hintergraben werden kann. Auch die Aussage, dass es die anderen auch so machen, ist fraglich. Ist diese Ausgangslage gut? Man hat es bereits beim Steuerwachstum gesehen. Es wurde immer damit begründet, dass der Kanton dies so sagt. Das ist nicht unbedingt das richtige Vorgehen. Wenn man die gesamte Investitionsplanung in der Budgetphase anschaut, hat dies einen Hacken. Bis im November nimmt sich niemand mehr die Mühe sich auf die Begrenzung zu beschränken oder hinzuweisen. Unter dem Jahr werden Investitionen bewilligt und alles gemacht und im nächsten Jahr wird alles zugestrichen und eine Begrenzung ist dann nicht mehr möglich. Dieses Vorgehen ist für ihn nicht transparent.

Bemerkungsantrag Nr. 1 SVP zu Seite 25: Aufgabenbereiche – Politische Leistungsaufträge - Globalbudget

Martin Zellweger möchte zuerst eine generelle Begründung zu den Bemerkungen abgeben. Diese in den Anträgen genannten Themen und die damit einhergehende mangelnde Transparenz des Budgets und des AFP wurden in den verschiedenen Kommissionen diskutiert. Man war sich oft einig, dass die vorliegende Form noch nicht den Anforderungen genügt. Man war sich auch einig, dass die Anforderungen der Kommissionen diskutiert werden und in die nächste Ausgabe 2020 einfließen sollten. Diesbezüglich wurde aber ausser einer Pendeiz seitens Kommission keine Massnahme definiert. Um diesem tatsächlich anstehenden Handlungsbedarf auch seitens Gemeinderat einen etwas formelleren Handlungsdruck aufzuerlegen, möchte die SVP-Fraktion diese Themen als Bemerkungen im AFP anbringen. Es liegt nach wie vor auch an den Kommissionen in diesen Themen aktiv zu werden, man erwartet aber auch proaktives Handeln seitens Gemeinderates. Der Sprechende möchte im Namen der SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Im AFP 2020 - 2024 wird pro Aufgabengruppe eine Chancen- und Risikobeurteilung ausgearbeitet wie sie im Rahmen des FHGG in Beispielen vorgeschlagen wird.

Obwohl sich der Gemeinderat bei der Struktur der Aufgabengebiete an die Vorgaben gemäss FHGG hält, lässt er das vorgeschlagene Kapitel Chancen und Risiken pro Aufgabenbereich weg. Dieser Schritt widerspiegelt möglicherweise das auch schon kritisierte Risikomanagement des Gemeinderates. Diese Betrachtung darf seines Erachtens in den Aufgabengebieten nicht fehlen und soll im nächsten AFP zwingend eingeführt werden.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag Nr. 2 SVP zu Seite 25: Aufgabenbereiche – Politische Leistungsaufträge - Globalbudget

Die SVP-Fraktion möchte laut Martin Zellweger folgende Bemerkung überweisen:

Für das Legislaturprogramm 2016 - 2020 wird die fehlende Ebene der Massnahmen 2016 - 2020 so nachgearbeitet, dass im AFP 2020 - 2024 Massnahmen konkret davon abgeleitet werden können und für den Leser nachvollziehbar sind.

Die im AFP aufgeführten Massnahmen können nur begrenzt nachvollziehbar von der genannten Strategie abgeleitet werden. Er nennt dabei beispielsweise die Immobiliendienste, wo die Strategie lediglich vom Zentrumsprojekt spricht, der grösste Teil der Massnahmen aber den Schulhausbau betrifft. Oder die Strategie ist so generell formuliert, dass man so ziemlich alles darunter zusammenfassen könnte, als Beispiel sei hier die Volksschule genannt. Diese Bemerkung bezweckt eine bessere Verknüpfung der Massnahmen mit dem Legislaturprogramm. Martin Zellweger darf übrigens hier anmerken, dass der Gemeinderat beim Bericht und Antrag Gemeindestrategie/Legislaturprogramm darauf hingewiesen hat, dass er nicht wie mit dem FHGG verlangt auch Massnahmen veröffentlicht, sondern diese erst im AFP vorlegt. Der Einwohnerrat hat dies akzeptiert, gegen den Willen der SVP-Fraktion, obwohl er mit dem Legislaturprogramm über die Massnahmen hätte entscheiden können. Jetzt im AFP darf er sie lediglich noch zur Kenntnis nehmen. Deshalb möchte die SVP-Fraktion die Anmerkung hier so, dass dies im AFP eben transparent nachgeholt wird und im nächsten Legislaturprogramm, wie vom Gesetz vorgesehen, dem Einwohnerrat auch Massnahmen zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Bemerkungen sind also das Mindeste, was der Einwohnerrat dazu noch anbringen sollte.

Franco Faé hat eine Verständnisfrage. Wird verlangt, dass dies schon im jetzigen AFP angepasst wird? Wenn dies in den weiteren gemacht werden soll, so wie er es hier liest, opponiert er nicht gegen die Überweisung.

Gemäss Martin Zellweger ist dies auf den nächsten AFP bezogen, jedoch sollen sie besser nachvollziehbar auf das bestehende Legislaturprogramm erstellt werden. Das zukünftige Legislaturprogramm soll dann jeweils so vorbereitet werden, dass es auf den AFP passt.

Michael Portmann möchte in diesem Sinne auch opponieren. Er möchte die Karte auf den Tisch legen, um etwas dazu sagen zu können. Wenn Bücher geschrieben werden, so werden sie vom Verleger gegengelesen. Ziel dabei ist immer ein Text, welcher gut verständlich das transportiert, was die Autoren aussagen wollen. Ziel ist dabei, eine allererste Aussensicht durch die Verleger aufs Erstlings-Werk zu geben, um abschätzen zu können, ob das Zielpublikum das Werk auch wirklich würdigen würde. Für den Sprechenden hat das Budget mit HRM2 viel an Verständlichkeit und Transparenz gewonnen, wobei man als Verleger und Verlegerin hier im Einwohnerrat sich doch auch überlegen muss, ob und wie die Krienser und Krienserinnen das Werk so wahrnehmen. In diesem Sinne würdigt man die riesige Arbeit der Verwaltung sowie vom Gemeinderat und regt mit den Bemerkungen, alle Parteien zusammen, formal und inhaltlich Präzisierungen an. Schliesslich sucht der Gemeinderat als Autor ja auch nach Hinweisen, wie er sein Produkt weiterhin verbessern könnte. Bemerkungen haben für Michael Portmann grundsätzlich den Charakter von Anregungen. Der Gemeinderat darf selber entscheiden, wie er diese umsetzt. Die ganze Situation erinnert ihn stark daran, dass er ab und zu in Blumenläden stürmt, um Blumen für seine Liebste zu besorgen. Schnell was auswählen und dann den bunten Strauss der Blumenhändlerin in die Hände drücken mit dem Satz: «*Sie machen sicher was Schönes draus. Ich lass mich überraschen!*» Immer wieder erstaunlich, wie dann gewisse vertrocknete Stängel entfernt werden, manchmal Blumen mit

dem Hinweis zurückgestellt werden, dass die Farbe nicht passt und dass schliesslich ein ausgewogener Blumenstrauss präsentiert wird. Selbstverständlich hat er die Blumenhändlerinnen ab und zu regelrecht innerlich aufstöhnen sehen, wenn er unmögliche Kombinationen erwischt hat. Behält man doch einfach das Ziel im Auge, wenn man dem Gemeinderat jetzt seine Blumen überweist. Das Ziel ist im November 2019 wieder ein echt ausgewogenes Budget 2020 präsentiert zu bekommen. Mit den Bemerkungen gibt man dem Gemeinderat die Möglichkeit zu zeigen, wie er diese umsetzt und er wird entsprechend einen farbigen Blumenstrauss präsentieren. Darum plädiert er dafür die Bemerkungen nach Möglichkeit zu überweisen, damit der Gemeinderat einen Blumenstrauss zusammenstellen kann.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 23:1 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Roger Erni ist der Meinung, dass man nicht einer Bemerkung opponieren kann und dann der Überweisung trotzdem zustimmt. Wenn man dies möchte, muss man die Geschäftsordnung ändern. Heute muss man jedoch nicht darüber diskutieren.

Bemerkungsantrag Nr. 3 SVP zu Seite 25: Aufgabenbereiche – Politische Leistungsaufträge - Globalbudget

Gemäss Martin Zellweger möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Die Ausarbeitung des Legislaturprogramm 2021 - 2025 wird so strukturiert und mit Legislaturmassnahmen verabschiedet, dass die Ableitung der AFP Massnahmen konkret und nachvollziehbar ausgestaltet werden können.

Er verweist auf die Begründung zur vorherigen Bemerkung.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag Nr. 4 SVP zu Seite 25: Aufgabenbereiche – Politische Leistungsaufträge - Globalbudget

Die SVP-Fraktion möchte laut Martin Zellweger folgende Bemerkung überweisen:

Für die pro Aufgabenbereich aufgezeigten Massnahmen werden die für das Budgetjahr massgebenden Kosten und Erträge der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Ebenso werden die Erfolgsrechnungs-Werte für die Folgejahre des AFP ausgewiesen.

Die Mitglieder der KFG haben einen Tageskurs zum Thema HRM besucht. Im Gegensatz zu den ihnen in der professionellen HRM-Schulung vorgelegten Beispiele werden Massnahmen im Krienser AFP/Budget nicht mit Zahlen der Erfolgsrechnung geführt. Es werden Massnahmen aufgezeigt, aber man weiss nicht, was sie kosten. Diese Darstellung wäre eigentlich ein Mittel, um dem Einwohnerrat und dem Volk die Transparenz zu vermitteln, welche durch die nun fehlenden Detailzahlen mit HRM2 verloren geht. Dies fehlt nun im AFP gänzlich. Mit anderen Worten, die Erfolgsrechnung ist ausser auf oberster Ebene für den Einwohnerrat ziemlich ohne Information, wenn nicht sogar einfach wertlos. Es ist deshalb ein Muss, dass die zum FHGG begleitenden Vorschläge umgesetzt werden. Diese Bemerkung ist extrem wichtig, wenn man sich in Zukunft nicht nur noch mit zusammenfassenden und nichtssagenden Zahlen beschäftigen will. Für die Investitionen wird das im AFP vorzüglich umgesetzt, wieso dies nicht auch für die Erfolgsrechnung gilt, ist rätselhaft.

Rolf Schmid hat eine Frage dazu. Er möchte vom Gemeinderat hören, was er zu dieser Bemerkung meint. Ist das für ein Budget und AFP nach HRM2 wirklich zielführend?

Franco Faé meint, dass die Bemerkungen erst am Dienstagmorgen zugestellt wurden und der Gemeinderat konnte sich deshalb auch nur kurz über diese Fragen beraten. Der Gemeinderat hat sich entschieden die Bemerkungen entgegenzunehmen. Wie bereits gesagt, müssen alle an diesem AFP arbeiten. Es wird zusätzliche Sitzungen benötigen, um zu schauen, wie man es für die weiteren Jahre ausgestalten möchte. Er möchte jedoch nochmals darauf aufmerksam machen, dass es nicht mehr diese Zahlenvielfalt wie bisher geben wird, weil das HRM2 etwas anderes vorsagt. Der Gemeinderat prüft die Bemerkungen und wird dies in der Kommissionsarbeit weiter behandeln.

Gemäss Martin Zellweger ist dies ein Punkt der Checkliste zur Überprüfung als Controllingorgan. Es muss geschaut werden, ob die Massnahmen finanziell nachvollziehbar sind. Dieses Mal musste dieser Punkt mit einem Nein beantwortet werden.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, wird dieser so überwiesen.

Bemerkungsantrag Nr. 5 SVP zu Seite 25: Aufgabenbereiche – Politische Leistungsaufträge - Globalbudget

Gemäss Martin Zellweger möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Die Leistungsgruppen im finanziellen Teil werden deckungsgleich mit den in den Aufgabenbeschrieben aufgeführten Leistungsgruppen dargestellt, dazu gehören Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung.

Man verfügt mit dem neuen Format über Aufgabenbereiche mit Leistungsbeschreibungen. Auf der Zahlenseite wird diesen Leistungen gegenüber leider nicht dieselbe Struktur angewendet. Nimmt man das Beispiel der Volksschulen Seite 74, da sind die 9 Leistungsgruppen im Leistungsauftrag wunderschön aufgeführt. Für 7 dieser Gruppen wird lediglich eine einzige Zahl vorgewiesen. Konkret wird im Rahmen des Budgets für die Erfolgsrechnung für 35 % des gesamten Krienser Nettoaufwands, obligatorische Schule, lediglich eine einzige Zahl ausgewiesen. Dies macht das Budget für den Einwohnerrat nicht mehr wirklich nachvollziehbar. Diese Bemerkung soll dieser Entwicklung unbedingt entgegenwirken.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag Nr. 6 SVP zu Seite 25: Aufgabenbereiche – Politische Leistungsaufträge - Globalbudget

Die SVP-Fraktion möchte laut Martin Zellweger folgende Bemerkung überweisen:

Weichen Finanzkennzahlen von den Vorgabewerten (Grenzen) des Kantons ab, so werden pro Kennzahl konkrete Massnahmen mit Zeitplanung und Verantwortlichkeiten aufgeführt.

Der Gemeinderat schreibt es selber in seinen Ausführungen auf Seite 22, dass wenn die Kennzahlen von den vom Kanton vorgegebenen Bandbreiten abweichen, so müssen Massnahmen aufgezeigt werden, wie die Zielwerte wieder erreicht werden sollen. Zugleich unterlässt er es aber die Massnahmen dazu komplett aufzuzeigen. Diese Bemerkung ist unerlässlich.

Erich Tschümperlin opponiert dieser Bemerkung. Er sieht hier ein grosses Problem. Wenn man ein Defizit aufweist, wird dieses Defizit bereits auf verschiedene Gruppen verteilt und es werden Massnahmen erstellt. Der Sprechende fragt sich, wie dies in die Gesamtstrategie einfließen soll. Er erinnert an sein Votum, als er verlangt hat, dass man sich zuerst über die Strategie der Gemeinde einig sein muss. Möchte man beispielsweise die Wachstums-Strategie weiterführen, was auch mehr Infrastruktur bedeutet? Erst wenn man sich darüber einig ist, könnte man so etwas machen. Zum heutigen Zeitpunkt zu machen, erachtet der Sprechende als sehr schwierig, weil 2-3 Leistungsgruppen den Schwarzen Peter fassen und dies eigentliche gar nicht können. Dann ist dies eine Pseudoaussage im Bericht. Das Problem des Defizits kann nicht auf der Ebene der Leistungsgruppen gelöst werden, sondern muss gesamthaft und strategisch erfolgen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 14:11 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein

Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SP zu Seite 28: Immobiliendienste

Gemäss Michael Portmann möchte die SP-Fraktion den Leistungsauftrag wie folgt ändern:

Die Abteilung Immobiliendienste ist das Kompetenzzentrum für Liegenschafts- und Hochbaufragen und betreut sämtliche Liegenschaften des Verwaltungs- und Finanzvermögens. Mit einer nachhaltigen Sanierungs- und Immobilientätigkeit werden die Ziele einer umfassenden Stadt- und Quartierentwicklung unterstützt. In ihrer Rolle als Eigentümervertreterin gewährleistet die Immobiliendienste die optimale Nutzung, den Betrieb und den Substanzerhalt ihrer Liegenschaften.

Die Stadt- und Quartierentwicklung mit ihren konkreten Auswirkungen in den Quartieren, im unmittelbaren Lebensraum ist für den Sprechenden ein Handwerk, wie auf einem Bahnhof, denn ein Bahnhof-Vorstand, eine Kondukteurin, ein Lokführer und 2-3 Bahnarbeiter arbeiten zusammen, so wie er es früher immer erlebt hat, als er in die Sommerferien fuhr. Dies wird in Kriens zwischen drei unterschiedlichen Departementen orchestriert. Der Eindruck der SP-Fraktion war bisher, dass diese Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung gut funktioniert. Deshalb hat sie mit Erstaunen wahrgenommen, dass diese gut funktionierende Zusammenarbeit als Leitplanke weder in den Immobiliendiensten noch in den Planungs- und Baudiensten erwähnt wird. Aus ihrer Sicht ist es enorm wichtig, dass die Immobiliendienste als Verwalter und Finanzierer auch das Gesamtbild, den eigentlichen Auftrag Stadt- und Quartierentwicklung im Blickfeld haben, wenn es darum geht z.B. Schulliegenschaften, Bauten im Zentrum, Desinvestitionen oder Sanierungen wie bei den Alterswohnungen Hofmatt so umzusetzen, dass im konkreten Quartier, aus den getätigten Investitionen, der von den Bestellern erwartete Mehrwert entsteht. Mit dieser Bemerkung erhält das Verwalten und Erhalten der Immobilien ein Ziel, über dessen Zielerreichung zukünftig ebenfalls diskutiert werden kann. Aus den Diskussionen rund um die Fachbegleitungen heraus, erwartet die SP-Fraktion, dass die Bausubstanz erhalten bleibt anstelle einer Werterhaltung, die auch stattfinden kann, wenn einfach nur die Bodenpreise steigen. Wenn man als Ziel mit der bisher bewährten Zusammenarbeit der Immobiliendienste, der Planungs- und Baudienste und der Präsidialdienste im Sinne einer Stadt- und Quartierentwicklung einverstanden ist, bittet der Sprechende um Überweisung. Damit erhält auch der Gemeinderat die Möglichkeit sich dahingehend zu äussern, ob da tatsächlich ein Preisschild vergessen wurde und ob er weiterhin auf die bewährte Zusammenarbeit setzt.

Daniel Rösch opponiert im Namen der FDP-Fraktion. Diese Bemerkung betrifft direkt einen Leistungsauftrag. Solange der Finanzplan so unsicher daher kommt, ist sie nicht bereit solche Bemerkungen aufzunehmen, welche direkt die Leistungsaufträge betreffen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 17:8 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Seite 31 - 15.48 Liegenschaftsverkäufe

Martin Zellweger möchte auf dieser Seite lediglich darauf hinweisen, dass unter Punkt 15.48 ausversehen die 4. Säule der Finanzstrategie verlorengegangen ist. Die Desinvestition Bosmatt wurde nicht bewertet.

Gemäss Judith Luthiger-Senn hat der Gemeinderat einen Strategieentscheid gefällt, dass wenn die Höhe von Desinvestitionen noch nicht bekannt ist, wird dieser auch nicht abgebildet. Selbstverständlich hat der Gemeinderat eine Strategie. Der Fluch der ersten Zahl steht immer zur Diskussion. Deshalb hat man sich so entschieden.

Bemerkungsantrag SP zu Seite 41: Planungs- und Baudienste

Die SP-Fraktion möchte gemäss Michael Portmann den Leistungsauftrag und die Raumordnung wie folgt ändern:

Die Planungs- und Baudienste beraten und unterstützen Bauherrschaften. Sie vollziehen das Baubewilligungsverfahren unter Beachtung der Themen Städtebau, Architektur, Denkmalpflege und Sozial- sowie Freiraumgestaltung. Auf der Grundlage der gesetzlichen Rahmenbedingungen wird hohe Qualität gefordert, um die nachhaltige Entwicklung sicherzustellen.

Raumordnung

- Aktualisierung der Ortsplanung im Sinn der raumplanerischen Grundsätze, einer nachhaltigen Stadt- und Quartierentwicklung und der übergeordneten Vorschriften
- Aktualisierung von Richt- und Nutzungsplänen
- Mitarbeit bei übergeordneten Planungen wie Entwicklungskonzepten, überkommunalen und regionalen Planungen

- *Erarbeitung und Durchführung von Bebauungsplanverfahren*

In der Lagebeurteilung der Planungs- und Baudienste wird mehrfach betont, wie wichtig die hohe Lebensqualität in den neu geschaffenen Quartieren und Stadtteilen, überhaupt in ganz Kriens ist. Dieser Aspekt soll auch im Leistungsauftrag sichtbar werden. Mit dem Sozialraum betont man als erstes, dass man alle öffentlich zugänglichen Räume in den Schulen, in der Badi, im Alters- und Pflegeheim, im neuen Gemeindezentrum, in und rund um den Kulturquadrat Schappe, im Stadion Kleinfeld und der Sportschule, am Bahnhof Mattenhof oder in und rund um die neue Pilatusarena als Lebensraum betrachtet, dessen Lebensqualität hoch sein soll. Alle im ersten Teil des Leistungsauftrags erwähnten Aspekte weisen darauf hin, dass neben allgemeinen raumplanerischen Grundsätzen als Ziel eine nachhaltige Stadt- und Quartierentwicklung angestrebt wird. Deshalb soll sie unter Raumordnung klar und eindeutig erwähnt werden. Wenn man als Ziel mit der bisher bewährten Zusammenarbeit der Immobiliendienste, der Planungs- und Baudienste und der Präsidialdienste im Sinne einer Stadt- und Quartierentwicklung einverstanden ist, bittet er um Überweisung. Damit erhält auch der Gemeinderat die Möglichkeit sich dahingehend zu äussern, ob da tatsächlich ein Preisschild vergessen wurde und ob er weiterhin auf die bewährte Zusammenarbeit setzt.

Thomas Lammer opponiert dieser Bemerkung. Dieser Antrag wurde in der KBVU behandelt und man war überwiegend der Meinung, dass dies ein Eingriff in einen Leistungsauftrag ohne ein bekanntes Preisschild ist. Dieser wurde mit 5:2 Stimmen abgelehnt.

Kurt Gisler ist der Meinung, dass diese Bemerkung zuerst als Antrag eingereicht wurde und nachträglich zurückgezogen wurde. In den Kommissionen wurde entschieden keine Anträge zu stellen, damit die Leistungsaufträge nicht tangiert werden. Die Überweisung einer Bemerkung bringt grundsätzlich nichts, weil der Gemeinderat kann selber entscheiden, ob er dies umsetzen möchte oder nicht.

Gemäss Michael Portmann dienen die Bemerkungen genau dazu, damit der Gemeinderat einen Auftrag erhält anzuschauen, was er damit machen soll. Ob er dies umsetzen möchte, ist eine ganz andere Geschichte. Es ist erst für das Planungsjahr 2020 und später. In diesem Sinne betrifft die Bemerkung nicht den Leistungsauftrag. Man kann es auch so formulieren, dass wenn der Gemeinderat in seinen Leistungsaufträgen gewisse Sachen weglässt, dann fehlt das drin und hat keinen Einfluss auf das Budget. Man müsste das Budget sogar reduzieren, weil die Leistungen ja gar nicht stattfinden. Die Diskussionen sind ewig, wenn man beginnt es so anzuschauen. Deshalb wurde dies als Bemerkung eingereicht, damit der Gemeinderat entscheiden kann, was er damit macht.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 20:4 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja

Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SP zu Seite 41: Planungs- und Baudienste

Gemäss Michael Portmann beantragt die SP folgende Bemerkung zu überweisen:

In der Lagebeurteilung bleibt unklar, ob, wie und ab wann andere Abteilungen und Fachstellen der Gemeinde und die Quartierbevölkerung in den Entwicklungsprozess von neuen Stadt- und Quartierteilen miteinbezogen werden. Grundlage für die gelungene Innenentwicklung und Verdichtung in Städten ist die erweiterte Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und mit der Quartierbevölkerung. Ziel sind breitabgestützte Planungsverfahren von Beginn weg mit allen Beteiligten.

Das Ziel bei der Verdichtung von Stadtteilen und Quartieren muss immer sein, dass die Quartiere auch bezüglich Lebensqualität aufgewertet werden. In der Lagebeurteilung wird aufgezeigt wie Verkehrs- und Umweltfragen ebenfalls in die Planungs- und Bauprozesse eingeflochten werden, indem innerhalb des Baudepartements zusammengearbeitet wird. Da bauliche Massnahmen dazu führen, dass überhaupt Raum entsteht, ist diese Entwicklung sehr begrüssenswert. Da der neu entstehende Raum aber von Menschen auf vielfältigste Weise genutzt werden kann, darf diese Entwicklung nicht an diesem «planungs- und baulastigen» Punkt stehenbleiben. So wie beispielsweise die Jugendanimation Hilfe und Prävention in Jugendfragen in allen städtischen Räumen in Kriens anbietet, müsste die Frage «Wie leben die Menschen in den neu entstehenden Räumen?» viel breiter abgestützt und von Beginn weg in Projekte miteingeplant werden. Da Räume auf vielfältigste Weise genutzt werden können, müsste das Wissen der Planer und Architekten durch weitere Aspekte ergänzt werden, die schliesslich zu der besten Variante führen. Auf diese Schwierigkeit weist unter anderem die Webplattform densipedia.ch hin, abgestützt auf viele, konkret in der Schweiz umgesetzte Beispiele für gelungene Innenentwicklung und Verdichtung. Attraktive Räume entstehen besonders dann, wenn neben Architekten und Planern von Beginn weg weitere Abteilungen und Stellen innerhalb der Städte und vor allem auch die Quartierbevölkerung an den komplexen Prozessen beteiligt waren. Damit stellt sich die Frage, wie diese Aspekte im nächsten AFP berücksichtigt werden könnten.

Laut Thomas Lammer opponiert die FDP-Fraktion dieser Bemerkung. Es ist natürlich ein Anliegen der SP die Quartierstrukturen in staatliche Strukturen zu überführen. Das ist nicht die Meinung der FDP-Fraktion. Für sie sollen die Quartiervereine weiterhin gestärkt und erhalten bleiben.

Für Michael Portmann leben Quartierstrukturen davon, dass Leute die Chance haben Initiative zu ergreifen. Genau das führt zu einem lebendigen Quartierverein. Nach Meinung der SP-

Fraktion geht es nicht darum Infrastruktur aufzubauen, das heisst Bauwerke zur Verfügung zu stellen. Ihr geht es darum, dass es in der Gemeinde eine Ansprechperson gibt, die dabei hilft zu koordinieren und Fragen zu beantworten, wie beispielsweise vorgegangen werden kann, wenn ein Quartierverein gar keinen Vorstand mehr hat. Da reicht eine Sitzung pro Jahr mit dem Gemeinderat nicht, damit die Quartiervereine leben. Im Zentrum gibt es keinen Quartierverein, weil dies vernachlässigt wurde. Die Bevölkerung soll mehr einbezogen werden. Es sollen nicht einfach nur Häuser gebaut, sondern das Zusammenleben soll gefördert werden.

Thomas Lammer sieht das auch, denn er ist nicht dagegen, dass diese unterstützt werden. Der Sprechende konnte einmal ein Beispiel von Basel geniessen. Dort wurden die privat-organisierten Vereine durch die staatlich-organisierten Vereine verdrängt. Das möchte der Sprechende nicht. Die bestehenden Strukturen und Quartiervereine sollen weiterhin unterstützt werden. Er glaubt eigentlich nicht, dass nur eine Sitzung pro Jahr stattfindet. Es gibt regelmässige Treffen und Austausche seitens der Gemeinde.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 17:8 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Seite 45 - Messgrössen

Roger Erni findet es wichtig, dass die Messgrössentabellen genauer angeschaut werden. Er bittet den Gemeinderat darum, dem Einwohnerrat mit den Zielgrössen zu helfen. Er verweist auf die vorbildlichen Zahlen der Wasserversorgung. Bei den Personalstellen liegt die Zielgrösse bei 3.5 und im 2023 sieht man, dass dies erreicht werden soll. Leitungsbrüche wurden 15 eingesetzt. Im 2017 hatte man 12 und im 2023 sind 15 eingetragen. Das macht Sinn. In ganz vielen Tabellen fehlen jedoch diese Zielgrössen. Dies ist eine wichtige Aussage für den Einwohnerrat. Deshalb soll in jedem Punkt eine Messgrösse enthalten sein, worüber der Einwohnerrat entscheiden kann. Ein schlechtes Beispiel findet man auf der Seite 78 zur Musikschule. Es wurde eine Anzahl von total 2'000 eingetragen. Das ist einfach eine Zahl, die überhaupt

nicht stimmt. Im Moment sind es 1'289 und im 2023 will man 1'845 erreichen. Wenn man die Zahlen zusammenzählt, kommt man gar nie auf die Zahl von 2'000. Diese Zahl kann also überhaupt nie erreicht werden. Ein weiteres schlechtes Beispiel ist das Schulgeld für 40 Minuten. Der Betrag liegt bei Fr. 1'050.00 und im 2023 bei Fr. 1'070.00. Dann fragt man sich weshalb man eine Zielgrösse von Fr. 1'050.00 hat und diese in drei Jahren erhöht wird. Der Gemeinderat soll auf diese Messgrössen mehr Wert legen. Früher wurden jedes Jahr dutzende, wenn nicht hunderte Zahlen den Kommissionen geliefert, damit man schauen konnte, was passiert ist und wie die Veränderungen sind. Nun hat man 17 Tabellen und in 14 Tabellen ist nichts oder Fehler enthalten. Die Zielgrössen sind für den Einwohnerrat so wichtig, um strategisch entscheiden zu können.

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 46-48: Massnahmen und Projekte

Gemäss Martin Zellweger möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Die Erstellung des Verkehrsrichtplans wie sie in der Motion vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen wurde, wird unter Massnahmen und Projekte aufgeführt und nachgetragen.

Es wird befürchtet, dass die Wichtigkeit dieser einwohnerrätlichen Forderung vom Gemeinderat unterschätzt wird und deshalb der Verkehrsrichtplan nicht budgetiert und vergessen wurde. Dieser Haltung gegenüber dem einwohnerrätlichen Willen möchte man entschieden entgegenreten. Deshalb bittet der Sprechende um die Überweisung der Bemerkung.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag SP zu Seite 50: Präsidialdienste

Gemäss Michael Portmann möchte die SP-Fraktion den Leistungsauftrag und den Abschnitt Gemeindeentwicklung wie folgt ändern:

Die Präsidialdienste umfassen die Gebiete Gemeinderat, Kommissionen, Einwohnerrat, Stadt- und Quartierentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalpolitik, Wahlen, Abstimmungen, Projektcontrolling, Qualitätsmanagement und das Ressort Nachlass/Sondersteuern...

Stadt- und Quartierentwicklung

- *Betreuung von interdisziplinären Schlüsselprojekten der Stadt*
- *Koordination und Leitung der strategischen Entwicklung der Stadt, sowie übergeordneter Planungen (z. B. Entwicklungsschwerpunkte, etc.)*
- *Koordination zwischen den verschiedenen Anliegen der verschiedenen Departemente*
- *Vorausschauende Gestaltung und Entwicklung der Stadt Kriens und deren Quartiere*

In den Präsidialdiensten ist die Koordination und Betreuung der Schlüsselprojekte angesiedelt. Beim Bypass-Projekt wird direkt sichtbar, wie viel Anstrengungen in einem solchen Fall unternommen werden müssen, damit Kriens lebenswert bleiben kann. Ob diese Rolle nun der Bahnhofsvorstand, die Kondukteurin oder der Lokführer hat, ist dahingestellt. Es braucht lediglich eine Koordination. Zu den beiden Bemerkungen bei den Immobiliendiensten und Planungs- und Baudiensten passend kann man nun die Gemeindeentwicklung als Stadt- und Quartierentwicklung umbenennen. Alle Rollen sind sichtbar und verständlich dargelegt, so wie es der bisherigen Zusammenarbeit auch entspricht. Die SP-Fraktion hat erwartet, dass man im ersten Budget der Stadt Kriens stolz auf die lebenswerten Quartiere als wichtiger Teil der Tradition und der Kultur in Kriens hinweist. Wer dem Gemeinderat nun ermöglichen will, spä-

testens ab dem nächsten Budget diesen Stolz auszudrücken, möchte diesen Antrag überweisen.

Thomas Lammer opponiert auch dieser Bemerkung mit der gleichen Argumentation wie vorher.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 18:7 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SP zu Seite 60: Sozialdienste

Die SP-Fraktion möchte gemäss Michael Portmann den Leistungsauftrag wie folgt ändern:

Die Sozialdienste erfüllen alle Aufgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz sowie der persönlichen Sozialhilfe soweit sie der Ablösung aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe dient.

Im Leistungsauftrag der Sozialdienste wird das Wort «persönliche Sozialhilfe» offenbar bewusst weggelassen. Die persönliche Sozialhilfe umfasst Massnahmen zur Arbeits-Wieder-Integration, welche dabei helfen sollen, Menschen wieder aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu befreien. Gestrichen wurden konkret mehrere hunderttausend Franken. Warum verweigert man 12 Monate lang 1'100 Menschen in Kriens die persönliche Sozialhilfe? Die ca. 400 Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe betrifft die verweigte Arbeitsintegration für ihre Eltern sehr direkt. Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit als Folge der digitalen Umwälzung, Krieg im Heimatland oder einfach nur eine Scheidung verbunden mit dem Willen den eigenen Kindern eine gute Mutter oder ein guter Vater zu sein, sind Zeichen unseres Lebens und unserer Gesellschaft. Diese Menschen bedürfen einer finanziellen Hilfe, damit sie ihren Alltag bewältigen können, und eben auch eine persönliche Hilfe in Form von Arbeitsintegration, damit sie ihr Leben wieder selbstständig und selbstbewusst führen können. Michael Portmann glaubt, dass

sich niemand freiwillig in die Sozialhilfe begibt, sicher nicht hier in Kriens. Wer will schon die strengen Auflagen, Verfahren und Kontrollen auf sich nehmen, nur um am Schluss, sobald Arbeit gefunden ist, alles wieder rückerstatten zu müssen? Niemand. Und nun hat man die Chance auf Befreiung gestrichen und erhöht damit das Risiko, dass diese Menschen in der Sozialhilfe bleiben müssen. Der Sprechende findet das höchst unverantwortlich. Das ist eine saure Zitrone, von den letzten Quetschaktionen bereits so stark ausgetrocknet, dass sie gar nicht schmeckt. Selbstverständlich hätte die SP-Fraktion diese unwürdige Streichaktion gerne rückgängig gemacht, wobei dann das Budget ins Minus stürzt, wenn nicht irgendwo etwas anderes als Ausgleich ebenfalls gestrichen werden kann. Nur was? Dem Sprechenden ist kalt, man sieht, dass das Gas in der Lötlampe bereits ausgeht und der Wassertank insgesamt einzufrieren droht. Ob und welche Auswirkungen das haben wird, ist nicht abzuschätzen. Mit Blick auf den eingeschränkten Gasvorrat wird einem noch kälter. Man soll diese Bemerkung überweisen, dass im nächsten Budget ein solch unwürdiges Streichen von Chancen verunmöglicht wird.

Daniel Rösch opponiert im Namen der FDP-Fraktion. Es wird ja schon eine visuelle Hervorhebung der gesetzlichen von den freiwilligen Leistungen gefordert. Die Kommission soll dies regeln. Man kommt nächstes Jahr auch zusammen, um diese Anliegen zu behandeln. Hier wird auch wieder etwas verlangt, wovon man die finanziellen Auswirkungen nicht kennt.

Laut Michael Portmann bedeutet ein budgetloser Zustand in diesem Bereich, dass die persönliche Sozialhilfe gestrichen wird. In diesem Bereich liegt ein budgetloser Zustand vor. Man wollte diesen vermeiden. Die Sozialhilfe wird sicher ansteigen. Er dankt für die Überweisung.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 13:12 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Bemerkungsantrag SP zu Seite 63: Gesellschafts- und Gesundheitsdienste

Gemäss Michael Portmann möchte die SP-Fraktion den Leistungsauftrag und einen neuen Abschnitt ergänzen:

Die Gesellschafts- und Gesundheitsdienste führen die Alimentenfachstelle der Gemeinde und sind für die Pflegerestfinanzierung zuständig. Sie stellen die Erfüllung der gesetzlichen Gemeindeaufgaben in der persönlichen Sozialhilfe (unterstützende Leistungen wie Finanzverwaltung, Beratungs- und Integrationsaufgaben), der Gesundheitsversorgung und der Integration von Menschen im Alter und/oder mit Behinderung sicher. Zudem verwalten sie Konten von Fonds und Stiftungen für wohltätige Zwecke und erteilen Kostengutsprachen im Rahmen der Übernahme von Kostenbeiträgen aus SEG-Heimplatzierungen und Bestattungen...

Vorsorge für Menschen im Alter und/oder mit Behinderung

- Umsetzung der kommunalen Leitbilder für Menschen im Alter und/oder mit Behinderung
- Förderung des hindernisfreien Bauens zusammen mit den Planungs- und Baudiensten

800 Menschen im Alter 80+ und knapp 5'000 Menschen im Alter von 64 bis 80 Jahren wohnen in Kriens. Wenn von den 5'000 Menschen im Alter von 64 bis 80 Jahren nur die Hälfte irgendwo durch ihr Alter eingeschränkt sind, so sind 10 % der Krienser und Krienserinnen direkt betroffen, wenn bei den Gesellschafts- und Gesundheitsdiensten Hinweise auf ihre Integration fehlt. 10 % ist durchaus vernünftig gewählt, weil er damit Menschen mit Behinderung auf allen anderen Altersstufen gar noch nicht mitaufsummiert hat. Wäre Kriens neben kinderfreundlich wie von UNICEF zertifiziert, auch seniorenfreundlich, so wäre die Vorsorge für Menschen im Alter und/oder mit Behinderung im Leistungsauftrag enthalten. Hindernisfreies Bauen für 20 % der Menschen in Kriens ist sicher auch angesagt. Kalt war dem Sprechenden grad vorher schon. In den Kommissionen wurde auch erwähnt, dass die Spitex und die Heime AG der Gemeinde Kriens für ein Jahr helfen das Defizit in diesem Aufgabenbereich zu tragen. Bei der Spitex ist in der Leistungsvereinbarung das Decken eines Defizits der Gemeinde durchs Eigenkapital der Spitex nicht vorgesehen. Bei der Heime AG fehlt die Leistungsvereinbarung, so dass die Situation noch schwieriger zu beurteilen wird. Offenbar ist aber wirklich kein Spielraum mehr vorhanden. Die Bewegungsfreiheit ist so stark eingeschränkt, dass man auf Unterstützung von aussen angewiesen ist. Ziel dieser Bemerkung ist, dass nächstes Jahr die Vorsorge für Menschen im Alter und/oder Behinderung wieder zum Leistungsauftrag gehört und man nicht befürchten muss, dass hier einfach nur gespart wurde. Um gleiches beim nächsten Budget zu verhindern, kann diese Bemerkung überwiesen werden.

Daniel Rösch opponiert aus dem gleichen Grund wie bisher. Hier handelt es sich wieder um eine Bemerkung zu einem Leistungsauftrag und auch hier fehlt das Preisschild. Zudem beinhaltet die Bemerkung einen konkreten Auftrag, welchen er nicht als Leistung interpretiert, wie die Umsetzung eines kommunalen Leitbildes. So viel er weiss, ist dies auch Kommissionsarbeit.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 18:6 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	Enthaltung
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja

Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Seite 64 - Behindertenleitbild

Tomas Kobi möchte wissen, weshalb bei der Erarbeitung des Behindertenleitbildes nichts eingesetzt wurde. Im Kommentar sieht er, dass dies etwas mit seinem Vorstoss zu tun hat. Er meint jedoch, dass der Gemeinderat auch schon im November 2014 gesagt hat, sobald das kantonale Leitbild vorliegt, wird er etwas machen.

Da Lothar Sidler gerade abwesend ist, kommt Judith Luthiger-Senn zu Wort. Diese Frage wurde bereits an der KFG-Sitzung gestellt. Sie geht davon aus, dass diese Antwort dem Protokoll entnommen werden kann. Die Antwort weiss sie nicht auswendig.

Erich Tschümperlin hatte diese Frage gestellt, wieso noch nichts enthalten ist. Die Antwort war, dass der Vorstoss von Tomas Kobi erst nach der Budgetierung eingetroffen ist. Die vorherige Frage von Tomas Kobi war jedoch eine andere. Alle wissen, dass das Behindertenleitbild seit Jahren vor sich her dümpelt. Es wurde versprochen, sobald das kantonale Leitbild vorliegt, wird der Gemeinderat aktiv und macht ein kommunales Behindertenleitbild. Der Vorstoss wurde vor allem eingereicht, weil nichts passiert ist. Nichtsdestotrotz hätte ohne diesen Vorstoss bei der Budgetierung etwas aufgenommen werden müssen.

Cyrill Wiget weist nochmals darauf hin, dass man wegen der fehlenden Budgetposition nicht interpretieren darf, dass nichts gemacht wird. So viel er weiss, wurde noch kein Mandat vergeben oder auch noch gar keine Offerte eingeholt. Deshalb wird auch noch nichts eingesetzt. Solange nichts vergeben wurde, geht man davon aus, dass die Arbeiten intern geleistet werden. Mit den Gemeindeangestellten entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Bemerkungsantrag SP zu Seite 71: Familien- und Kulturdienste

Gemäss Michael Portmann beantragt die SP-Fraktion folgende Bemerkung zu überweisen:

Die frühe sprachliche Förderung muss nicht nur in den Spielgruppen, sondern auch in den Kindertagesstätten angepackt werden. Ziel sind sprachliche Fähigkeiten, damit der Eintritt in den Kindergarten ohne sprachliche Defizite angepackt werden kann.

Heute arbeiten zunehmend auch begüterte, fremdsprachige Eltern im städtischen Raum. Wenn ihre Kinder Spielgruppen oder KITA's besuchen, so ist auch hier darauf zu achten, dass

sie sprachlich gefördert werden. Auch hier besteht Handlungsbedarf, da viele Eltern sich nicht bewusst sind, was es für ihre Kinder bedeutet, mit nur rudimentären Sprachkenntnissen in den Kindergarten einzutreten. Zielgruppe einer solchen sprachlichen Frühförderung wären also vor allem Kinder aus Familien ohne Erstsprache Schweizerdeutsch, die Spielgruppen oder Kindertagesstätten besuchen. Die Idee dahinter ist, dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben einen Weg aufzuzeigen, wie man für begüterte, fremdsprachige Eltern im städtischen Raum eine Sprachförderung machen kann.

Gemäss Judith Luthiger-Senn opponiert der Gemeinderat dieser Bemerkung. Im Moment hat man mit der frühen Sprachförderung in der Spielgruppe begonnen. Man möchte Schritt für Schritt vorwärts gehen. Das ist ein Jahresprogramm, welches vorliegt. Der Gemeinderat möchte das nicht auf die KITA's ausweiten. Hinzukommt, dass es nicht ganz einfach ist etwas einzuführen, weil in KITA's auch Kinder von anderen Gemeinden sind und es eine wechselnde Betreuung gibt. Der Gemeinderat möchte zuerst das Angebot auf die Spielgruppe fokussieren und nicht ausweiten. Dazu kommt, dass vom Kanton noch keine Konzepte bestehen, welche man zuerst abwarten möchte.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP

Mit 13:11 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	nein

Antrag CVP/JCVP zu Seite 74: Volksschule

Die CVP/JCVP-Fraktion möchte gemäss Ursula Wendelspiess den Leistungsauftrag wie folgt ergänzen:

-Sicherstellung der fehlenden Beiträge für Exkursionen, Schulreisen, Sporttage

Der Gemeinderat wird beauftragt den budgetierten Betrag um die Hälfte zu erhöhen. Die Gemeinde Kriens hat bereits Fr. 115'000.00 budgetiert, somit wäre für einen Gesamtbetrag von

Fr. 172'500.00 eine Erhöhung von Fr. 57'500.00 gefordert. Die Fr. 115'000.00 setzen sich aus den Maximal-Beträgen pro Schüler zusammen, welche der Kanton vorschlägt. Diese Erhöhung soll kostenneutral erfolgen, ohne das Globalbudget zu erhöhen. Der Volksschule Kriens fehlt das Geld, um mit den Schülerinnen und Schüler auf Exkursionen, Herbstwanderungen oder auch auf Schulreisen zu gehen. Für diese als obligatorisch bezeichneten Schulveranstaltungen dürfen aufgrund eines Bundesgerichtsurteils keine Elternbeiträge mehr verlangt werden. Gemäss Volksschulbildungsverordnung werden die Gemeinden beauftragt, einen vom Kanton definierten Betrag für obligatorische Schulveranstaltungen zu budgetieren. Dieser budgetierte Betrag reicht nicht aus, um solche Aktivitäten weiterhin durchzuführen. Deshalb muss er zwingend erhöht werden. Es ist unbestritten, dass die Schülerinnen und Schüler den Lernstoff besser verstehen, wenn sie einen emotionalen Bezug zu einem Thema haben. Das Lernen ausserhalb des Klassenzimmers stellt einen grossen Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler dar, der Praxisbezug wird gleich hergestellt, zudem können Werte wie Gemeinschaftsgefühl, Hilfsbereitschaft, Verantwortungsbereitschaft gefördert werden. Warum also nicht ein Besuch im Bundeshaus, wenn die Politik thematisiert wird, ein Besuch im Technorama oder auch eine schöne Wanderung hier in Kriens über den Sonnenberg in die Wolfsschlucht? Alle haben doch noch tolle Erinnerungen an die eigenen Exkursionen mit der Schule. Oft kann man in einer Stadt oder Museum in der Schweiz sagen, dass man mit der Schule auch schon da war. Wenn aber eine Zugfahrt von Luzern nach Bern ins Bundeshaus bereits Fr. 31.00 kostet, die Tageskarte für den Schneesporttag Fr. 19.00 und die Schlittenmiete Fr. 18.00, sind diese Gelder schnell aufgebraucht. Ein Eintritt ins Verkehrshaus schlägt mit Fr. 19.00 zu Buche. Die heutigen Schülerinnen und Schüler sind unsere Zukunft. In diese soll investiert werden und man soll nicht bei der Bildung sparen. Andere Gemeinden und Kantone wie z.B. Obwalden sprechen mehr Budget für die Schulen, damit auch ihre Schülerinnen und Schüler nicht auf diese wertvollen Erlebnisse verzichten müssen und das Geld nicht schon nach einem Ausflug aufgebraucht ist. Es kann nicht sein, dass man für diese Anlässe auf Spendengeldern zählen muss, um diese durchführen zu können. Auch Kriens soll den Jüngsten ein gutes Zeichen setzen und ihnen ein besonderes und lehrreiches Erlebnis ausserhalb der Schulräume gönnen. Bitte stimmt diesem Antrag zu, da dieser auch kostenneutral zum Budget umgesetzt werden soll.

Michael Portmann opponiert diesem Antrag. Mit der Unentgeltlichkeit müssen Schulreisen, Lager oder Exkursionen zukünftig durch die Gemeinden und Städte finanziert werden. Die Eltern dürfen nichts mehr beitragen. Als Kantilehrer, der schon vor 15 Jahren den Auftrag erhalten hat bei Studienwochen kein Geld auszugeben, sondern nur mit Papier innerhalb des Hauses zu arbeiten, versteht diesen Antrag total. Im Antrag wird nun gefordert, dass der bereits eingestellte Betrag ohne Änderung des Globalbudgets erhöht wird. Wie eine solche Lösung aussehen könnte, wird im Antrag nicht deklariert. Selbstverständlich könnte eine Finanzierung über den Fonds der Schulen angestrebt werden, wobei dann diesem Fonds nächstes Jahr mindestens Fr. 50'000.00 entnommen werden müsste. Zum späteren Traktandum über die Fonds der Gemeinde Kriens wurde seitens der FDP ein Antrag bezüglich der Entnahmegrenze eingereicht. Wenn man die Entnahmegrenze aus dem Fond nicht senkt, so wäre dies bereits nächstes Jahr ohne weiteres möglich. Zum bestehenden Budget mit AFP braucht es keinen Antrag hier im Einwohnerrat. Wird der Antrag in eine Bemerkung umgewandelt, so gibt man dem Gemeinderat den Auftrag darüber nachzudenken, wie er Schulreisen, Lager oder Exkursionen zukünftig ab 2020 finanziert und so das ausserschulische Lernen in Kriens wieder fördert. 2'500 Kinder und Jugendliche sowie deren 5'000 Eltern würden sich dafür herzlich bedanken. Auch die SP-Fraktion würde eine solche Bemerkung gerne überweisen, damit nicht nur im Budget 2019 sondern im Budget 2020 Lager, Schulreisen und Exkursion in Kriens selbstverständlich bleiben. Deshalb regt er an diesen Antrag in eine Bemerkung umzuwandeln.

Laut Martin Zellweger hat man in verschiedenen Bereichen über das Budget gesprochen. Das vorgelegte Budget hat eine Flughöhe bei der man fast nur noch Globalzahlen vorgelegt bekommt. Auf der einen Seite vertraut der Einwohnerrat dem Gemeinderat „fast blind“ 35 Mio. Franken Nettoausgaben für die Volksschule an, ohne wirkliche Kosten-Details zu erhalten und zu kennen. Man hat einen Leistungsbeschrieb auf Flughöhe: *„Primarschule gleich Unterricht gemäss Wochenstundentafel 2017 und umsetzen der kantonalen Bestimmungen für x,y“*. Da sollte man doch jetzt nicht plötzlich Detailaufträge von Fr. 50'000.00 innerhalb dieser 35 Mio. Franken verpacken und diese einfach befehlen. Das gehört definitiv nicht mehr in das Budget dieser Art und schon gar nicht in den Leistungsbeschrieb. Im Leistungsbeschrieb sollen nicht Zahlenvorgaben sein. Wenn schon auf Massnahmen und Projekte bezogen, da darf man keine Anträge stellen, höchstens Bemerkungen anbringen. Wenn die CVP/JCVP-Fraktion das erreichen will, was sie schreibt, dann soll ein Vorstoss eingereicht werden, aber hier spricht man von Aufgabenbeschrieben und Globalbudgets. Wenn man solche Aufgabenbeschriebe startet, dann ist man bald bei den Zahngläser für die Kindergärtner. Diese Aussage hat nicht mal was mit der Absicht des Antrags zu tun, er gehört mit HRM2 seines Erachtens nicht mehr ins Budget rein. Er regt an einen Vorstoss zu machen, wenn das ein Anliegen ist.

Erich Tschümperlin wird diesen Antrag unterstützen, weil es zum ureigenen Leistungsauftrag der Gemeindeschulen Kriens gehört, dass solche Sachen gemacht werden. Wie bereits im Eintretensvotum erwähnt, hat das Rektorat an die Eltern einen Brief verfasst und darin festgehalten, dass dies für die Entwicklung äusserst wichtig ist und sie dies sehr bedauern. Der Sprechende gibt Martin Zellweger dahingehend Recht, dass man jetzt plötzlich über Fr. 57'000.00 spricht ist etwas komisch. Wenn aber eine Leistung, die es immer gab, nicht mehr angeboten wird, dann wehrt er sich an dieser Stelle dagegen. Er möchte deswegen auch nicht extra einen Vorstoss verfassen. Es ist auch das Signal wichtig, wenn der Einwohnerrat sagt, dass dies zum Leistungsauftrag gehört. Dann weiss man auch, dass es nächstes Jahr wieder enthalten ist. Erich Tschümperlin findet es nicht richtig, wenn solche Sachen mit Fonds finanziert werden. Fonds sind für spezielle Situationen gedacht.

Rolf Schmid unterstützt das Votum von Erich Tschümperlin voll und ganz. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit eine Leistung zusätzlich zu definieren und ein Preisschild zu nennen. Das ist nach wie vor möglich und hier ist es eine sinnvolle Geschichte. Man kann darüber streiten, ob Fr. 57'000.00 kostenneutral umgesetzt werden können. Auf's Jahr hinausgesehen, liegt das seines Erachtens drin. Wenn man das Perrondach immer wieder hervorhebt, dann ist das für die Schülerinnen und Schüler von Kriens und vor allem für das Portemonnaie deren Eltern drin.

Kurt Gisler meint zu Michael Portmann, dass das eine das andere nicht ausschliesst. Man kann es ja so finanzieren.

Gemäss Judith Luthiger-Senn ist es eine verzwickte Sache. Zwei Seelen sind in ihrer Brust und sie weiss ganz genau, wie wertvoll diese Exkursionen sind. Das ist unbestritten. Aber wenn man vor der Aufgabe steht überall Kürzungen vorzunehmen, dann werden die kantonal vorgegeben Zahlen ins Budget aufgenommen und jeder Franken gedreht. So ist dies auch zu Stande gekommen. Der Gemeinderat hat die kantonalen Vorschriften und Weisungen übernommen. Es wurden Maximalbeiträge eingesetzt. Anhand des Briefs des Rektorats kann man aber auch verstehen, dass der Gemeinderat überhaupt nichts gemacht hat. In Wirklichkeit hat er Fr. 150'000.00 im Budget eingesetzt, wegen der Geschichte der unentgeltlichen Volksschule. Es ärgert die Sprechende, dass solche Bundesgerichtsurteile gefällt werden, weil die Gemeinden diese Kosten tragen müssen. Die zur Verfügung stehenden Kosten sind wie folgt:

Pro Schuljahr und Lernende/n

Kindergarten	Fr. 18.00
1. Klasse	Fr. 30.00
2. Klasse	Fr. 30.00
3. Klasse	Fr. 42.00
4. Klasse	Fr. 42.00
5. Klasse	Fr. 54.00
6. Klasse	Fr. 54.00
7. Klasse	Fr. 66.00
8. Klasse	Fr. 66.00
9. Klasse	Fr. 66.00

Somit ist ein Betrag budgetiert. Weiter wurden auch Lager und Lagerbeiträge budgetiert. Der Gemeinderat möchte, dass jedes Kind einmal in ein Klassenlager gehen kann. In allen Schulhäusern stehen Busabos zur Verfügung, welche kostenlos für zwei Zonen genutzt werden können. Auch das ist ein Beitrag der Gemeinde. Auch gibt es noch Klassenbeiträge, woraus die Lehrpersonen Geld nehmen können. Der Gemeinderat wehrt sich gegen den Vorwurf, dass nichts budgetiert ist. Sie verhehlt es jedoch nicht, dass man nicht mehr in dem Ausmass Exkursionen machen kann, denn es ist limitiert. Wenn dies kostenneutral umgesetzt werden muss, ist das keine einfache Sache. Kürzlich hat man erfahren, dass der Kanton den Kantonsbeitrag von Fr. 16'000.00 verrechnet hat. Dann sind noch weitere Beträge wie beispielsweise die Führung des Personaldossiers pro Lehrperson um Fr. 20.00 erhöht werden. So kommen immer wieder Beträge dazu, welche die Gemeinde im Globalbudget kompensieren muss. Eine Variante wäre es den Fonds einfach zu leeren. Dann hat man dann aber nichts mehr und es stellt sich die Frage, was man dann im 2020 macht. Dieser Fonds ist eigentlich für bedürftige Familien gedacht. In den K5-Gemeinden versucht man diesbezüglich eine einheitliche Lösung zu finden. Es kann nicht sein, dass es in jeder Gemeinde unterschiedlich ist. Hoffentlich können im 2020 alle einheitlich budgetieren. Weiter hofft die Sprechende auf den Nationalrat, dass zu dieser Unentgeltlichkeit neue Gesetzgebungen kommen, denn es kann nicht sein, dass die Gemeinden alles finanzieren müssen.

Michael Portmann möchte diesen Antrag als Bemerkung mit dem gleichen Wortlaut eingeben. Er möchte wissen, ob das möglich ist und wie das Abstimmungsverfahren aussieht.

Erich Tschümperlin hat eine inhaltliche Frage. Er hat gelesen, dass die Gemeinde Fr. 115'000.00 budgetiert hat und braucht noch Fr. 75'000.00, um aufs Maximum zu kommen. Wenn er richtig zugehört hat, sagte die Gemeinderätin, dass schon Fr. 150'000.00 und die Maximalbeträge budgetiert sind. Dann fehlen eigentlich noch Beiträge für andere Exkursionen oder was auch immer. Somit fehlen nicht Fr. 57'000.00, sondern vielleicht noch Fr. 25'000.00. Er ist nun etwas inkonsequent, aber bei einem Budget von rund 39 Mio. Franken bringt man die Fr. 25'000.00 sicher unter, auch wenn man so normalerweise nicht argumentieren kann. Das muss möglich sein, denn es ist im Sinne der Kinder. Er ist froh zu wissen, ob nun Fr. 115'000.00 oder Fr. 150'000.00 budgetiert wurde und wie viel tatsächlich fehlt, um vernünftig die Exkursionen durchführen zu können.

Gemäss Erwin Schwarz wurde dieses Thema in der KBSG ausführlich diskutiert. Es wurde auch über den Fonds für Schule und Bildung gesprochen, mit welchem Exkursionen finanziert werden können. Die Frage die offen blieb war, ob man diesen Fonds mit Spenden alimentieren kann oder nicht.

Judith Luthiger-Senn beantwortet die zwei gestellten Fragen. Im Budget sind Fr. 115'000.00 als Maximalbeiträge eingerechnet. Zusätzlich sind rund Fr. 33'000.00, welche für die Lager budgetiert wurden, was zusammen rund Fr. 150'000.00 ergibt. Die Möglichkeit besteht den Fonds zu öffnen, aber nicht im Sinne von, dass Frau Meier sagt, sie möchte das Schulhaus Gabeldingen berücksichtigen. Dieser Fonds gilt für alle Schulhäuser der Gemeinde Kriens. Sie weiss nicht wie viel Interesse da ist zu spenden, wenn man weiss, dass von diesem Betrag alle Schüler profitieren.

Guido Solari gibt noch eine Antwort auf die Frage von Michael Portmann. Selbstverständlich ist es möglich einen Bemerkungseintrag einzugeben. Dieser muss einfach schriftlich erfolgen. Das Abstimmungsverfahren ist so, dass zuerst über den Antrag der CVP/JCVP mittels einer Variantenabstimmung abgestimmt wird und über den Bemerkungsantrag wird separat abgestimmt.

Erich Tschümperlin hat noch eine Bemerkung zu den Spenden zum Fonds. Er möchte nicht dort hinkommen, dass es plötzlich heisst: „Diese Schulreise spendierte Marlboro“. Das ist immer noch eine Gemeindeaufgabe.

Laut Erwin Schwarz wurde vom Gemeinderat bestätigt, dass es immer wieder Leute gibt, die Geld geben möchten, damit mehrere davon profitieren können. Dieser Fonds ist nicht für Schulreisen, sondern ausschliesslich für Exkursionen gedacht. Die Schulreisen sind im ordentlichen Budget gedeckt. Man soll diesen Fonds öffnen können. Bruno Bienz wird dazu noch eine Bemerkung eingeben.

Gemäss Rolf Schmid kann es nicht sein, dass ein Fonds im Giesskannenprinzip genutzt wird, wovon alle profitieren können. Das ist dem Sprechenden neu, denn auch er hat in seinem Beruf mit einem Schulfonds zu tun. Es geht darum, dass wenn es minderbemittelte Kinder gibt, dann wird denen individuell ein Unterstützungsbeitrag geleistet, damit sie nicht unter den persönlichen finanziellen Verhältnissen leiden müssen. Bei diesen Fonds geht es nur darum und um nichts anderes.

Laut Judith Luthiger-Senn hat der Rektor Markus Buholzer Abklärungen zu den Spenden gemacht. Laut Gesetz darf man solche Spenden nicht annehmen. Ob man dies in den Fonds einzahlen kann, stellt die Sprechende in Frage. So wie der Antrag nun steht, müssen Fr. 60'000.00 mit anderen Kürzungen kompensiert werden. Da stellt sich die Frage, ob es möglich ist oder nicht.

Ursula Wendelspiess möchte noch eine Anmerkung machen. Die Schullager sind separat budgetiert. In ihrem Antrag geht es um Exkursionen, Schulreisen oder Wanderungen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag CVP/JCVP (Ergänzung)

Mit 15:10 Stimmen wird der Antrag der CVP/JCVP angenommen.

Bienz, Bruno	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Binggeli, Michèle	GR gemäss B+A
Büchi, Cla	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule

Burkhardt-Künzler, Anita	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Erni, Roger	GR gemäss B+A
Fluder, Hans	GR gemäss B+A
Gisler, Kurt	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Graf, Alfons	GR gemäss B+A
Hunziker, Manuel	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Kobi, Tomas	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Koch, Patrick	GR gemäss B+A
Lammer, Thomas	GR gemäss B+A
Manoharan, Yasikaran	GR gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Niederberger, Raoul	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Nyfeler, Nicole	GR gemäss B+A
Portmann, Michael	GR gemäss B+A
Rösch, Daniel	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Schmid, Rolf	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Schwarz, Erwin	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Spörrli, Raphael	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Tschümperlin, Erich	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Vonesch, Andreas	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Wendelspiess, Ursula	CVP/JCVP: Ergänzung LA Volksschule
Zellweger, Martin	GR gemäss B+A

Bemerkungsantrag KBSG zu Seite 74: Volksschule

Gemäss Bruno Bienz war nun schon mehrmals von diesem Fonds die Rede. Die KBSG hat eigentlich einen Antrag gestellt, jedoch wurde dieser noch nicht eingereicht. Es geht um die Ergänzung des Leistungsauftrages in der Volksschule. Einmal wurde gesagt, dass es geht und beim anderen Mal wieder nicht. Laut dem Reglement von diesem Fonds ist es möglich. Die KBSG möchte gerne folgende Ergänzung überweisen:

Die Schulreisen und Lager werden aus dem Globalbudget Volksschule und die Kosten für Exkursionen sind über den Fonds für Schule und Bildung finanziert. Geöffnet soll dieser Fonds aus freiwilligen Spenden zu Gunsten der Krienser Schülerinnen und Schüler.

Es gibt anscheinend immer wieder Eltern, die gerne eine solche Exkursion bezahlen möchten, aber nicht dürfen. Es kann ja nicht sein, dass man solche Spenden nicht annehmen darf. Dieser Fonds soll dafür gebraucht werden und man soll darauf einzahlen dürfen. Dieser Fonds ist für alle Schulen. Die KBSG ist der Meinung, dass dies eine Möglichkeit ist, damit Exkursionen gesichert sind.

Für Erich Tschümperlin kommt dieser Antrag etwas schräg rüber, nachdem gesagt wurde, dass dies über das Globalbudget gemacht wird. Er fragt sich, ob der Fonds auch für das nächste Jahr reichen wird, wenn man nicht so viele freiwillige Spender findet. Dann finden keine Exkursionen statt. Schaut man Anfang Jahr den Fonds an ob es reicht oder nicht? Das ist eine Aufgabe der Gemeinde und es kann nicht sein, dass Basisleistungen der Schule über solche Spenden finanziert werden. Exkursionen sind pädagogisch sehr wichtig und deshalb sollen diese über das Globalbudget finanziert werden. Wenn ein Fonds vorhanden ist, können Extras daraus bezahlt werden, aber nicht das Basisangebot.

Anita Burkhardt-Künzler glaubt, dass das Problem an diesem Antrag die Formulierung ist und zwar, dass Exkursionen über diesen Fonds zu bezahlen sind. Man müsste es abändern mit dem Wort „können“. Der Fonds soll nicht blockiert werden, dass er nur für bedürftige Kinder vorhanden ist, sondern dass er auch für Exkursionen benutzt werden kann. Dann kann man diesem Antrag sicher stattgeben.

Erwin Schwarz glaubt, dass niemand der Anwesenden in seiner Schulzeit eine Exkursion machen konnte. Man hatte lediglich eine Schulreise und das war's. Nichtsdestotrotz wird hier über eine Leistung gesprochen, die nicht im Gesetz verankert ist. Kriens ist in einer finanziellen Situation, die es nicht erlaubt einfach Geld auszuschütten. Die FDP-Fraktion hält sich an die notwendigen gesetzlichen Leistungen. Dem Antrag konnte man zustimmen, weil dieser kostenneutral für das Budget ausgefallen ist.

Kurt Gisler hat eine Frage zu diesem Fonds. Diesen braucht es ja nun gar nicht mehr. Ist das korrekt? Bedürftige müssen ja gar keinen Beitrag mehr leisten. Für was braucht man diesen Fonds in Zukunft?

Judith Luthiger-Senn hat 25 Jahre lang unterrichtet. Es ist immer wieder vorgekommen, dass Kinder keine Turnschuhe und Turnsachen hatten. Man sagte, dass diesen diese Sachen finanziert werden, damit sie mit einer anständigen Ausrüstung turnen können. Auch gab es Kinder, nach zwei Wochen ihre Bücher noch nicht eingefasst haben, weil das Einfasspapier nicht mehr im Budget der Familie war. Es sind kleine Geschichten, aber sie erlebte dies immer wieder. Für solche Sachen ist dieser Fonds gedacht. Es soll die Möglichkeit geben, solche Situationen aufzufangen. Sie bezweifelt, dass dieser Fonds nicht mehr gebraucht wird. Aber in der letzten Zeit wurde viel über das Sozialdepartement gelöst. Jemand sagte, dass das Basisangebot der Gemeinde bezahlt werden muss. Das wird von der Gemeinde bezahlt und das sind diese Fr. 115'000.00 für die Exkursionen und noch weitere Lagerbeiträge. Wenn nun dieser Antrag mit dem Wort kann abgeändert wird, kann der Gemeinderat diesen so entgegennehmen.

Erich Tschümperlin ist ganz bei seinen beiden Vorrednern. Die genannten Beispiele der Gemeinderätin findet er gut. Genau dafür soll dieser Fonds benutzt werden. Es gibt genug Bedürftige und deshalb muss dieser nicht für Exkursionen gebraucht werden, denn diese sind bezahlt. Somit wird dies einfach hinfällig. Viel wichtiger ist es die Bedürftigen zu unterstützen.

Für Bruno Bienz schliesst das eine das andere noch nicht aus. Dieser Fonds ist so benannt, dass beides möglich ist. Die KBSG ändert den Antrag wie folgt:

Die Schulreisen und Lager werden aus dem Globalbudget Volksschule und die Kosten für Exkursionen können über den Fonds für Schule und Bildung finanziert. Geöffnet soll dieser Fonds aus freiwilligen Spenden zu Gunsten der Krienser Schülerinnen und Schüler.

Gemäss Rolf Schmid wird heute noch über das Fondsreglement debattiert. Darin steht: „Der Fonds bezweckt Massnahmen zu Gunsten von Krienser Schülerinnen und Schüler für Lagerbeiträge (Ferien- und Schullager), sowie für allgemeine Massnahmen im Bereich der Bildung zu finanzieren.“ Für Schullager kann eine Lehrperson Beiträge für die Verpflegung verlangen. Der Betrag basiert zwischen Fr. 11.00 – 16.00 je nach Stufe. Hier gibt es auch Bedürftige, welchen niederschwellig geholfen werden kann. Das liegt in der Zuständigkeit des Bildungs- und Kulturdepartementes. Deshalb findet er, dass hier nicht zu stark dreingeredet werden soll.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag KBSG (Ergänzung)
Mit 12:12 Stimmen bei einer Enthaltung ist der Entscheid ausgeglichen.

Bienz, Bruno	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Binggeli, Michèle	GR gemäss B+A
Büchi, Cla	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Burkhardt-Künzler, Anita	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	GR gemäss B+A
Gisler, Kurt	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Graf, Alfons	GR gemäss B+A
Hunziker, Manuel	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Kobi, Tomas	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Koch, Patrick	GR gemäss B+A
Lammer, Thomas	GR gemäss B+A
Manoharan, Yasikaran	GR gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	GR gemäss B+A
Niederberger, Raoul	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Nyfeler, Nicole	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Portmann, Michael	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Rösch, Daniel	GR gemäss B+A
Schmid, Rolf	GR gemäss B+A
Schwarz, Erwin	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Spörri, Raphael	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Tschümperlin, Erich	GR gemäss B+A
Vonesch, Andreas	GR gemäss B+A
Wendelspiess, Ursula	GR gemäss B+A
Zellweger, Martin	KBSG: Ergänzung LA Volksschule

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag KBSG (Ergänzung)
Mit 13:11 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Bienz, Bruno	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Binggeli, Michèle	GR gemäss B+A
Büchi, Cla	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Burkhardt-Künzler, Anita	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Erni, Roger	Enthaltung
Fluder, Hans	GR gemäss B+A
Gisler, Kurt	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Graf, Alfons	GR gemäss B+A
Hunziker, Manuel	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Kobi, Tomas	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Koch, Patrick	GR gemäss B+A
Lammer, Thomas	GR gemäss B+A
Manoharan, Yasikaran	GR gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	GR gemäss B+A
Niederberger, Raoul	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Nyfeler, Nicole	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Portmann, Michael	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Rösch, Daniel	GR gemäss B+A
Schmid, Rolf	GR gemäss B+A
Schwarz, Erwin	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Spörri, Raphael	KBSG: Ergänzung LA Volksschule
Tschümperlin, Erich	GR gemäss B+A
Vonesch, Andreas	GR gemäss B+A
Wendelspiess, Ursula	GR gemäss B+A
Zellweger, Martin	GR gemäss B+A

Seite 75 - Mittagstische

Erich Tschümperlin verweist auf den Brief zum Mittagstisch. Hier steht: „Die durch die Vereine betriebenen Mittagstische werden in die Gemeinde überführt.“ Wenn er dann in der Tabelle schaut, sind „Schüler privater Mittagstische“ aufgeführt. Im 2018 waren es 101, im Budget 2019 sind 110 aufgeführt. Warum sind dort noch 110 enthalten? Er ist davon ausgegangen, dass diese überführt werden. Das heisst, dass diese vermutlich noch für ein halbes Jahr aufgeführt sein müssen. Das ist seines Erachtens ein Widerspruch. Kann ihm hier jemand weiterhelfen?

Judith Luthiger-Senn bestätigt, dass die Mittagstische in die Gemeinde überführt werden. Es betrifft alle drei Mittagstische, nämlich Gabeldingen, Kuonimatt und Obernau. Dass hier 110 aufgeführt sind heisst, dass wahrscheinlich noch Schüler dazukommen, die diesen Mittagstisch nutzen. Die Gemeinde plant alle zwei Jahre einen Hort zu eröffnen. Die Mittagstische werden im 2019 weitergeführt und im 2020 soll hoffentlich der nächste Hort eröffnet werden, bei welchem der Mittagstisch in einen Hort mit zusätzlichen Angeboten (Betreuungselement 1, 3 und 4) umgewandelt wird. Darum stimmt die Anzahl so schon, denn es bleibt ein Mittagstisch und ist noch kein Hort.

Für Erich Tschümperlin ist der Titel „private Mittagstische“ verwirrend. Es sind ja dann nicht mehr private Mittagstische, sondern werden von der Gemeinde geführt.

Antrag SVP zu Beschlusstext

Gemäss Martin Zellweger beantragt die SVP-Fraktion die Ziffer 5 des Beschlusstextes wie folgt zu ändern:

5. Der Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Der heute vorgelegte AFP verschiebt einmal mehr die bisher erwartete finanzielle Entwicklung der Gemeinde in die Zukunft. Die Gemeinde hat während der letzten Jahre umfassend in ihre Zukunft investiert, in Zentren und in die Verwaltung. Diese Investitionen bringen grosse Entwicklungspotentiale für die Gemeinde, welche sogar zur Stadt wird. Zugleich belastet sie als finanzielle Bürde die freie Weiterentwicklung in anderen Teilbereichen wie beispielsweise im Verkehr, der Bildung oder in den Quartieren. Das rasante Wachstum und die daraus folgende massive Verschuldung wurden immer damit beworben, dass danach Neuzuzüger wieder zusätzliche Steuererträge bringen würden. Der Gemeinderat sagte damals, dass die Gemeinde eine kurzfristige Verschuldung in Kauf nehmen kann, wenn sie langfristig die Schulden wieder abbauen kann. Nun mit der Vorlage des heutigen AFP's arbeitet der Gemeinderat nicht mehr auf der ursprünglich artikulierten Strategie. An dieser Stelle möchte der Sprechende lediglich nochmals kurz die Tristesse der Krienser Finanzgeschichte weiter: Man sieht die Gegenüberstellung der vom Gemeinderat erstellten Graphiken im AFP 2017, AFP 2018 und AFP 2019. Die Schulden werden gemäss AFP in den nächsten 5 Jahren weiter ausgebaut, höher als ursprünglich vorgerechnet wurde. Auch wenn Zahlen doppelt aufgezeigt werden, dann waren sie ja auch so in den Vorjahren vergleichbar. Es zeigt mindestens den Investitionsstau auf den Kriens hat. Zugleich wachsen die Investitionen mit jeder neuen Planung an. Das Wachstum der Steuererträge verzögert sich um Jahre gegenüber der Planung und droht von schnellerwachsenden und wachstumsbedingten Kosten erodiert zu werden. Die schwarze Null wird plötzlich zur Finanzstrategie und zum ewigen Wendepunkt. Der vorliegende AFP glänzt also durch weiteres Schuldenwachstum mit verfehlten Finanzkennzahlen; Investitionen, welche höher wachsen, als dies bisher projiziert war; Jahresergebnisse, welche das wiederum

aufgebaute Steuerwachstum durch Kostenwachstum eliminieren. Selbstverständlich kann man jetzt sagen, man muss nur Geduld haben, mehr Schnauf, nicht die Nerven verlieren, das Wachstum kommt schon. Man ist ja jetzt schon fast wieder auf dem Bevölkerungsstand von 2014. Wenn man so „die Wartenden“ mimit, dann verschiebt man die Probleme auf die Nachfolger. Jetzt werden Monat für Monat Neueröffnungen und Einweihungen gefeiert und wenn es dann um die Rechnung dafür geht, dann sind wir nicht mehr da. Dazu möchte der Sprechende seine Energie nicht hergeben. Es gibt ein weiteres Schuldenwachstum, grössere Investitionen als geplant und steigende Kosten, welche die steigenden Steuereinnahmen wegessen. Der ewige Wendepunkt. Und dazu zeigt der Gemeinderat nicht einmal einen Weg auf. Der Einwohnerrat kann diesen AFP mit einer dermassen fehlenden finanziellen Perspektive nicht einfach zur Kenntnis nehmen. Im Rahmen der politischen Möglichkeiten beantragt die SVP-Fraktion die ablehnende Kenntnisnahme.

Laut Cyrrill Wiget ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass er seine Hausaufgaben recht gut gemacht hat. Er bittet den Film des Kantons anzuschauen, welcher vor einer Woche aufgeschaltet wurde. Darin wird gezeigt, wie die neue Aufgaben- und Finanzreform vorgenommen werden soll. Alle Aufgaben werden frisch verteilt und am Schluss bleibt für die Gemeinden ein zusätzliches Defizit von 20 Mio. Franken. Man macht es elegant und zeigt eine Waage, welche hin und her pendelt und am Schluss in der Mitte stehen bleibt. Defacto wird die Gemeinde aber wieder um 20 Mio. Franken den Schlechteren machen. Natürlich gibt es Globalfinanzen, die hinterlegt sind, bei denen es für Kriens nicht mal so schlecht aussieht, aber es ist alles eine Blackbox. Kriens muss seit Jahren davon ausgehen, dass solche kantonalen Bestimmungen von rund 9 % hängen bleiben. Die besten Hausaufgaben nützen nichts, wenn immer wieder neue Aufgaben hinzukommen oder Einnahmen wegfallen. Es ändert an der Grafik nichts. Im Hinblick auf die kantonale Debatte ist schon wichtig, wenn solche Verschiebungen beim Kanton verzögert werden, bis man die genauen Auswirkungen kennt. Bei der Steuervorlage 17 (SV17) des Bundes weiss man auch nicht, auf was man sich einlässt. Schlussendlich sind die Gemeinden in der Regel deutlich benachteiligt und man kann sich roden wie man möchte. Diese Problematik ist ganz schwierig. Der Gemeinderat behauptet, dass man gut dran war. Es wurde an den Einnahmen und Ausgaben gearbeitet.

Wie Bruno Bienz anfangs gesagt hat, wird die Grüne/GLP-Fraktion diesen Antrag annehmen, aber nicht aus den Gründen wie sie von Martin Zellweger genannt wurden. Sondern sie ist mit dem Gemeinderat einig, dass vieles von aussen gesteuert wird. Die Grüne/GLP-Fraktion wehrt sich gegen die getroffenen Sparmassnahmen mit der Rasenmähermethode. Es werden Leistungen gemacht, die für Kriens nicht nachhaltig sind, sondern im Gegenteil später Mehrkosten verursachen. Dahinter kann sie nicht stehen.

Auch die FDP-Fraktion wird laut Daniel Rösch den AFP ablehnend zur Kenntnis nehmen und unterstützt somit den Antrag. Für sie sind es vor allem die Finanzkennzahlen, welche der FDP-Fraktion langfristig Sorgen bereitet. Ebenso der Schuldenabbau, der nicht so erfolgen kann, wie vorgesehen. Weiter sind auch die Steuereinnahmen nicht so wie prognostiziert.

Gemäss Rolf Schmid reitet man um etwas herum, was ein Planungspapier ist und viel Unbekanntes enthält. Man macht Vergleiche mit vorherigen, die letztendlich nicht eingetroffen sind. Das ist irgendwie müssig. Ihm kommt es vor, wie wenn ein Opfer auf dem Boden liegt und dann wird in das wehrlose Opfer geschlagen. Für ihn ist Kriens gerade dieses Opfer. Die CVP/JCVP-Fraktion geht davon aus, dass sich die Gemeinde wirklich bemüht eine bessere Zukunft zu erreichen. Die vorhandenen Altlasten sind nun da und was der Kanton leistet ist zum Teil „unter jedem Hund“. Er entschuldigt sich für die Worte, aber es ist so.

Franco Faé möchte zum Schluss noch etwas sagen. Anlässlich der KFG-Sitzung ist man diese Papiere Seite für Seite durchgegangen. Heute wurde mehrmals gesagt, dass sie kein Verständnis haben, weil es nicht mehr so umfangreich ist. An dieser KFG-Sitzung wurde auch darauf hingewiesen, dass sich die Grafiken aufgrund des Restatement II ändern werden. Genauso stimmen die Kennzahlen nicht, welche bedenklich stimmen. Auch diese werden ändern und erhalten eine andere Richtung. Das Papier stimmt nicht zu 100 % überein, weil noch Justierungen stattfinden. Es wurde noch gefragt, was der Kanton zum Controllingbericht sagt. Auf Seite 9 steht, dass der Kanton Luzern die Rechnung zur Kenntnis genommen und ohne Kommentar retourniert hat.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag SVP (ablehnend)
Mit 13:11 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag der SVP angenommen.

Bienz, Bruno	SVP: ablehnend
Binggeli, Michèle	SVP: ablehnend
Büchi, Cla	GR: gem. B+A
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: gem. B+A
Erni, Roger	SVP: ablehnend
Fluder, Hans	SVP: ablehnend
Gisler, Kurt	GR: gem. B+A
Graf, Alfons	SVP: ablehnend
Hunziker, Manuel	SVP: ablehnend
Kobi, Tomas	SVP: ablehnend
Koch, Patrick	SVP: ablehnend
Lammer, Thomas	SVP: ablehnend
Manoharan, Yasikaran	GR: gem. B+A
Mathis-Wicki, Judith	GR: gem. B+A
Niederberger, Raoul	Enthaltung
Nyfelner, Nicole	GR: gem. B+A
Portmann, Michael	GR: gem. B+A
Rösch, Daniel	SVP: ablehnend
Schmid, Rolf	GR: gem. B+A
Schwarz, Erwin	SVP: ablehnend
Spörri, Raphael	GR: gem. B+A
Tschümperlin, Erich	SVP: ablehnend
Vonesch, Andreas	GR: gem. B+A
Wendelspiess, Ursula	GR: gem. B+A
Zellweger, Martin	SVP: ablehnend

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Das Budget 2019 wird mit einem Ertragsüberschuss von 30'536 Franken sowie Investitionsausgaben von 27'561'000 Franken sowie einem Steuerfuss von 2.00 Einheiten (Vorjahr 2.00 Einheiten) mit dem in der Beratung verabschiedeten Inhalt beschlossen.*
2. *Die politischen Leistungsaufträge werden mit der Änderung gemäss Antrag der CVP/JCVP genehmigt.*
3. *Die Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2019 wird auf 2 ‰ analog dem Vorjahr festgelegt.*
4. *Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffern 1 - 3 unterliegen dem fakultativen Referendum.*
5. *Der Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2023 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.*

6. *Folgende Bemerkungen werden an den Gemeinderat überwiesen:*

- *Im AFP 2020 - 2024 wird pro Aufgabengruppe eine Chancen- und Risikobeurteilung ausgearbeitet wie sie im Rahmen des FHGG in Beispielen vorgeschlagen wird.*
- *Für das Legislaturprogramm 2016 - 2020 wird die fehlende Ebene der Massnahmen 2016 - 2020 so nachgearbeitet, dass im AFP 2020 - 2024 Massnahmen konkret davon abgeleitet werden können und für den Leser nachvollziehbar sind.*
- *Die Ausarbeitung des Legislaturprogramm 2021 - 2025 wird so strukturiert und mit Legislaturmassnahmen verabschiedet, dass die Ableitung der AFP Massnahmen konkret und nachvollziehbar ausgestaltet werden können.*
- *Für die pro Aufgabenbereich aufgezeigten Massnahmen werden die für das Budgetjahr massgebenden Kosten und Erträge der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Ebenso werden die ER-Werte für die Folgejahre des AFP ausgewiesen*
- *Die Leistungsgruppen im finanziellen Teil werden deckungsgleich mit den in den Aufgabenbeschrieben aufgeführten Leistungsgruppen dargestellt, dazu gehören Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung.*
- *Weichen Finanzkennzahlen von den Vorgabewerten (Grenzen) des Kantons ab, so werden pro Kennzahl konkrete Massnahmen mit Zeitplanung und Verantwortlichkeiten aufgeführt.*
- *Die Abteilung Immobiliendienste ist das Kompetenzzentrum für Liegenschafts- und Hochbaufragen und betreut sämtliche Liegenschaften des Verwaltungs- und Finanzvermögens. Mit einer nachhaltigen Sanierungs- und Immobilientätigkeit werden die Ziele einer umfassenden Stadt- und Quartierentwicklung unterstützt. In ihrer Rolle als Eigentümerversprecherin gewährleisten die Immobiliendienste die optimale Nutzung, den Betrieb und den Substanzerhalt ihrer Liegenschaften.*
- *Die Planungs- und Baudienste beraten und unterstützen Bauherrschaften. Sie vollziehen das Baubewilligungsverfahren unter Beachtung der Themen Städtebau, Architektur, Denkmalpflege und Sozial- sowie Freiraumgestaltung. Auf der Grundlage der gesetzlichen Rahmenbedingungen wird hohe Qualität gefordert, um die nachhaltige Entwicklung sicherzustellen.*

Raumordnung

- *Aktualisierung der Ortsplanung im Sinn der raumplanerischen Grundsätze, einer nachhaltigen Stadt- und Quartierentwicklung und der übergeordneten Vorschriften*
- *Aktualisierung von Richt- und Nutzungsplänen*
- *Mitarbeit bei übergeordneten Planungen wie Entwicklungskonzepten, überkommunalen und regionalen Planungen*
- *Erarbeitung und Durchführung von Bebauungsplanverfahren*
- *In der Lagebeurteilung bleibt unklar, ob, wie und ab wann andere Abteilungen und Fachstellen der Gemeinde und die Quartierbevölkerung in den Entwicklungsprozess von neuen Stadt- und Quartierteilen miteinbezogen werden. Grundlage für die gelungene Innenentwicklung und Verdichtung in Städten ist die erweiterte Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und mit der Quartierbevölkerung. Ziel sind breitabgestützte Planungsverfahren von Beginn weg mit allen Beteiligten!*
- *Die Erstellung des Verkehrsrichtplans wie sie in der Motion vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen wurde, wird unter Massnahmen und Projekte aufgeführt und nachgetragen.*
- *Die Präsidialdienste umfassen die Gebiete Gemeinderat, Kommissionen, Einwohnerrat, Stadt- und Quartierentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalpolitik, Wahlen,*

Abstimmungen, Projektcontrolling, Qualitätsmanagement und das Ressort Nachlass/Sondersteuern...

Stadt- und Quartierentwicklung

- *Betreuung von interdisziplinären Schlüsselprojekten der Stadt*
- *Koordination und Leitung der strategischen Entwicklung der Stadt, sowie übergeordneter Planungen (z. B. Entwicklungsschwerpunkte, etc.)*
- *Koordination zwischen den verschiedenen Anliegen der verschiedenen Departemente*
- *Vorausschauende Gestaltung und Entwicklung der Stadt Kriens und deren Quartiere*
- *Die Gesellschafts- und Gesundheitsdienste führen die Alimentenfachstelle der Gemeinde und sind für die Pflegerestfinanzierung zuständig. Sie stellen die Erfüllung der gesetzlichen Gemeindeaufgaben in der persönlichen Sozialhilfe (unterstützende Leistungen wie Finanzverwaltung, Beratungs- und Integrationsaufgaben), der Gesundheitsversorgung und der Integration von Menschen im Alter und/oder mit Behinderung sicher. Zudem verwalten sie Konten von Fonds und Stiftungen für wohltätige Zwecke und erteilen Kostengutsprachen im Rahmen der Übernahme von Kostenbeiträgen aus SEG-Heimplatzierungen und Bestattungen...*

Vorsorge für Menschen im Alter und/oder mit Behinderung

- *Umsetzung der kommunalen Leitbilder für Menschen im Alter und/oder mit Behinderung*
- *Förderung des hindernisfreien Bauens zusammen mit den Planungs- und Baudiensten*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 142/18:

Der Beschlusstext wird mit 21:4 Stimmen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Gemäss Alfons Graf hat man nun einige Stunden mit diesem Traktandum verbracht. Das nächste Traktandum wird noch einige Zeit mehr in Anspruch nehmen. Für eine seriöse Bearbeitung beantragt er das nächste Traktandum abzutraktandieren und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Laut Yvette Estermann ist die Sitzung bis 18:00 Uhr angesagt. Viele haben danach noch Termine. Wenn man mit diesem Traktandum beginnt, dauert die Sitzung ungefähr bis 22:00 Uhr. Es gibt zwei Varianten für die Verschiebung. Entweder setzt man am 29. November 2018 bereits am Nachmittag noch eine Sitzung vor der Informationsveranstaltung an oder am 13. Dezember 2018 findet eine ganztägige Sitzung statt.

Yasikaran Manoharan möchte davon abraten dieses Geschäft zu vertagen. Es liegt auch an den Anwesenden, wie lange dieses Geschäft dauert. Wenn sich jeder bei diesen Anträgen kurz und knapp hält, kommt man durch. Das hätte man auch schon den ganzen Tag so machen können. Die heutige Sitzung hätte man auch bereits um 8:00 Uhr starten können, aber das ist ein anderes Thema.

Patrick Koch findet, dass man dieses Traktandum nicht im Schnellzugtempo durchgehen kann. Der Sprechende selber wird zu diesem Thema mindestens eine Stunde sprechen. In der KBVU hat man ca. 2.5 Stunden darüber diskutiert. Die Sitzung ist bis 18:00 Uhr angesagt. Die SVP hat heute noch kantonale Delegiertenversammlung und muss deshalb pünktlich gehen. Im Vorfeld hat es ja einen Reservetermin gegeben. Jeder Mensch hat gesehen, dass die Zeit bei diesen wichtigen Themen nicht reicht. Der Sprechende hat wirklich Mühe damit. Wenn man eine seriöse Behandlung machen möchte, kann man es nicht heute noch behandeln. Es hat noch viele Vorstösse, welche noch behandelt werden müssen, die zum Teil auch schon einmal abtraktandiert wurden. Dann kann man sich anlässlich der nächsten Sitzung seriös um das GVKK kümmern.

Thomas Lammer ist auch der Meinung, dass dieses Geschäft abtraktandiert werden soll, damit es seriös behandelt werden kann. Idealerweise soll die Dezembersitzung den ganzen Tag stattfinden, weil man den 29. November 2018 vermutlich schon verplant hat, weil dieser freigegeben wurde. Zum GVKK wurden viele Anträge und Bemerkungen eingereicht. Er glaubt nicht, dass es funktioniert diese schnell durchzugehen. Der Sitzungsschluss um 18:00 Uhr soll eingehalten werden.

Ordnungsantrag Verschiebung Beratung GVKK auf Dezember-Sitzung

Der Antrag wird mit 14:11 Stimmen abgelehnt.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein

Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

4. Planungsbericht: Gesamtverkehrskonzept Kriens GVKK Nr. 144/18

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Planungsbericht integriert):

- **Bericht Postulat Tanner: Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung** Nr. 113/14
- **Bericht Postulat Meyer: 10 Minuten- Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation** Nr. 116/14

Yvette Estermann hält fest, dass es beim Planungsbericht keine Eintretensdebatte gibt.

Thomas Lammer vertritt wiederum das Votum von Viktor Bienz. Der Bauvorsteher hat anlässlich der KBVU-Sitzung das Wort dem Gemeindepräsidenten übergeben. Dieser führt aus, dass die Umsetzung des GVKK anschliessend vom Bau- und Umweltdepartement übernommen wird. Die Erarbeitung des GVKK war sehr aufwändig. Die öffentliche Mitwirkung ist auf gute Resonanz gestossen. Entsprechend war der Prozess aufwändig. Weitere Details zum GVKK werden an der Einwohnerratssitzung präsentiert. Anlässlich des Mitwirkungsanlasses sind 351 Stellungnahmen eingegangen, die bearbeitet wurden. Die Bearbeitung der Vernehmlassung hat dazu geführt, dass einige Punkte nochmals hinterfragt und entsprechend dann einige Änderungsanträge angenommen wurden. So gab es beispielsweise zu der Schachen/Amlehnstrasse ein grosses Echo: Eher negativ von Verkehrsteilnehmenden, die schnell unterwegs sind, positiv von anderen. Es gibt indes nicht sehr viele andere Optionen, als eine 30er-Zone. Ziel ist, den Verkehr möglichst mit Verkehrsmitteln abzufedern, welche wenig Platz beanspruchen und ein gutes ÖV-Angebot anzubieten. Dies waren die Ausführungen des Gemeindepräsidenten. Die einen in der KBVU sind darüber frustriert und finden, dass die Bürger zur Benützung des ÖV's gezwungen werden. Die konkreten Visionen fehlen. Über die Parkplatzlösung ist man auch nicht zufrieden. Nur bei der Verzweigung Gallusstrasse und Friedhofstrasse macht die Tempo-30-Zone einen Sinn. Bei der Bergstrasse und der Hergiswaldstrasse sind 30er-Zonen nicht sinnvoll, aber die Leute von den betroffenen Quartieren sollen miteinbezogen werden. In den Quartieren Dattenberg und Obernau herrscht eher eine Zurückhaltung bezüglich Tempo 30. Bei der Luzernerstrasse könnte man es eventuell mit Tempo 30 versuchen. Die anderen sehen das Gesamtverkehrskonzept Kriens sehr positiv an. Ein Meilenstein wurde geschafft. Es wurde eine Grundlage erarbeitet, welche für mehr Sicherheit sorgt. Es wird zu einer Attraktivitätssteigerung für Kriens führen. Die Konzepte sind umfassend und umschliessen alle Verkehrsteilnehmenden. Das Eintreten war in der KBVU unbestritten. Zu den besprochenen Anträgen und Bemerkungen wird der Sprechende in der Detailberatung Stellung nehmen. Der Beschlusstext wurde mit 4:3 Stimmen angenommen.

Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, empfindet es als historisches Moment, dass man heute im Einwohnerrat den Planungsbericht des Gesamtverkehrskonzeptes Kriens auf dem Tisch hat und er hoffentlich von allen Seiten positiv zur Kenntnis genommen wird. Sie ist stolz, dass man nun endlich nach langer Erarbeitungszeit diesen wichtigen Schritt machen kann. Es war ein sehr langer und nicht immer einfacher Prozess in der dieses GVKK in partizipativer Art entstanden ist. Vertretungen aus allen Parteien, Quartiervereinen, Gewerbe, Schule und verschiedenen involvierten Gruppierungen wurden für die Kommissionsarbeit beigezogen. Es wurde um gute Lösungen gerungen und wie es in solchen Prozessen so ist, waren die einen und anderen auch nicht immer zufrieden mit den Resultaten. Persönliche Interessen mussten zu Gunsten einer guten Gesamtlösung zurückgestellt werden und es galt eine übergeordnete Sichtweise einzunehmen und sich in eine zukunftsorientierte und professionelle Verkehrsplanung hineinzudenken. Nach der Sicht der CVP/JCVP-Fraktion ist das über weite Teile gut gelungen und sie möchte sich bei allen Beteiligten bedanken. Nachdem der Einwohnerrat 2015 die „Strategie der verkehrlichen Entwicklung“ zustimmend zur Kenntnis genommen hat, konnten in der Folge zu den Strategien konkrete Massnahmenschritte erarbeitet werden. Das GVKK wurde auch in der öffentlichen Mitwirkung, die im Mai 2018 stattgefunden hat und im schriftlichen Vernehmlassungsverfahren als überwiegend positiv aufgenommen. Das Thema Verkehr wird damit ganzheitlich und verkehrsmittelübergreifend angegangen, mit dem obersten Ziel, dass sich Kriens zu einem attraktiven Wohn- und Arbeitsort mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität entwickeln kann. Die gut 70 Massnahmen scheinen auf den ersten Blick nicht spektakulär oder visionär zu sein. Aber genau damit kann erreicht werden, dass sie in absehbarer Zeit, nämlich einem Zeitrahmen von ca. 15 Jahren, wichtige Massnahmen umsetzbar sind und sich somit Schritt für Schritt eine bessere Verkehrssituation entwickeln kann. Als wichtiges und dringliches Handlungsfeld sieht die CVP/JCVP-Fraktion die nun anstehende Zentrumsgestaltung, die ein Teil der K4-Massnahmen des Kantons ist. Nach der Planung des K4-Projektes müssten eigentlich entlang der Luzerner- und Obernauerstrasse bereits einzelne Abschnitte in der Umsetzung sein. Da bittet sie den Gemeinderat dringlichst beim Kanton den notwendigen Druck aufzusetzen, dass es mit dieser Umsetzung nun zügig vorwärts geht. Der Kanton soll zur Kenntnis nehmen, dass sich die „bald“ Stadt Kriens in einer wichtigen Entwicklungsphase befindet und nicht mehr länger auf eine attraktive verkehrliche Zentrumsgestaltung warten will, nachdem die Zentrumsbauten bald fertig gestellt sind. Ein wichtiger Teil dabei ist auch die Pfortnerung im Obernau, damit der ÖV seinen Fahrplan einhalten kann und so eine attraktive Alternative zum MIV darstellt. Zum Standort dieser Pfortnerung wird die CVP/JCVP-Fraktion eine Bemerkung eingeben. Sie wird ausserdem eine Bemerkung zu den Kurzzeitparkplätzen entlang der beruhigten Zentrumsachse eingeben. Dann möchte die Sprechende die 30er-Zonen in den Quartieren erwähnen. Zur Attraktivierung und Aufwertung der Aufenthaltsqualität sind diese zügig umzusetzen. Die Aufwertung der Quartiere ist auch in der Strategie des Gemeinderates 2016 - 2020 zu finden. Es ist wichtig, dass die Einheit der Quartiere als 30er-Zone gewahrt wird und nicht einzelne Strassen davon als 50er-Abschnitt belassen werden, wie es in einzelnen Bemerkungen der SVP verlangt wird. Ebenfalls viel zu diskutieren gibt die Situation auf der Schachen-/Amlehnstrasse. Es scheint ein sehr emotionales Thema zu sein. Tatsache ist, dass die Situation, wie sie sich heute darstellt, kaum auf die Länge haltbar ist. Es ist auch Tatsache, dass es die Hauptverbindung-Achse des Langsamverkehrs Kriens-Luzern ist und dass sie unhaltbar gefährlich ist, wie sie sich im Moment präsentiert. Man wird nicht darum herumkommen, zügig Lösungsansätze auszuarbeiten und zusammen nach einer guten Lösung zu ringen. Als letztes möchte Judith Mathis-Wicki noch die Erarbeitung des Verkehrsrichtplans erwähnen. Neben der dringlichen Umsetzung der kurzfristigen Massnahmen des GVKK sieht sie den Richtplan als positives Instrument. Die Mittel- bis langfristigen Massnahmen werden so behördenverbindlich. Ebenfalls kann das Grundkonzept LuzernSüd zusammen mit dem GVKK im Richtplan zusammengeführt werden. Die CVP/JCVP-Fraktion bittet das GVKK als wertvolles Gesamtwerk möglichst in seiner jetzigen Einheit zu belassen. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt das GVKK mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis.

Die SVP-Fraktion ist laut Patrick Koch «not amused», ja konsterniert und frustriert über das vorliegende Gesamtverkehrskonzept. Dieses GVK soll willkürlich umgesetzt werden. Dem Einwohnerrat wird es zur Kenntnisnahme vorgelegt. Es besteht keine Möglichkeit das Referendum zu ergreifen. Dies ist völlig undemokratisch. Das Volk wird einfach ausgeschaltet. Die SVP Kriens hat in den letzten Jahren die Führungsrolle in der Krienser Verkehrspolitik übernommen. Sie hat dabei sämtliche Volksbefragungen zu ihren Gunsten entschieden, wie das Parkplatzreglement, das Strassenprojekt Schachen-/Amlehnstrasse und die Initiative «1-Fränklerbarriere gegen die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes» usw. Neustes Beispiel ist der Volksentscheid vom 12. Februar 2017 über das Parkplatzreglement. Das wuchtige Nein an der Urne hätte die Gemeinde wecken müssen und ein Umdenken in der Verkehrspolitik veranlassen. Mit dem GVK wird durch die Hintertüre versucht diese Volksentscheide wieder aufzuheben. Ein besonderes Beispiel dafür ist die Schachen-/Amlehnstrasse. Nachdem die Krienser Bevölkerung im Jahr 2013 nein zum Verkehrsprojekt auf dieser Verkehrsachse sagte, ist Tempo 30 auf dieser wichtigen Entlastungsstrasse im GVK wieder ein Thema. Es gilt den Volksentscheid aus dem Jahr 2013 zu respektieren. Tempo 30 war damals auch eine der angedachten Massnahmen auf der Schachen-/Amlehnstrasse und wurde vom Volk klar verworfen. Die SVP-Fraktion wird präventiv von den Volksrechten Gebrauch machen, sollte der Volksentscheid vom Gemeinderat wieder gekippt werden. Auch wird sie keine Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes zulassen. Sollte das Parkplatzreglement entsprechend angepasst werden, so wird gemäss Beschluss der Parteileitung das Referendum ergriffen. Das Sammelziel von 1'500 Unterschriften wird man mit links schaffen. Es wird vorgegaukelt, dass die Situation für alle Verkehrsteilnehmer mit dem neuen GVK verbessert wird. Der motorisierte Individualverkehr wird aber im vorliegenden Konzept klar benachteiligt. Mit dem Dosieren des MIV, der Streichung von Parkplätzen und dem Priorisieren des ÖV werden die Verkehrsprobleme nicht nachhaltig gelöst. Lieber versucht die Gemeinde mit Restriktionen, Verboten und Schikanen den MIV zu reduzieren. Die Leittragenden sind wie immer die Benutzer des MIV. Die Krienser Verkehrspolitik entwickelt sich mit diesem GVK in die falsche Richtung. Der MIV wird mit diesen Massnahmen im Dorfzentrum zu stark bedrängt und klar benachteiligt. Der Bürger soll zum Umsteigen auf den ÖV gezwungen werden. Im Bericht wird dies harmlos als «Push and Pull» Massnahmen beschrieben. Miteinander und nicht Gegeneinander lautet das Kredo der SVP-Fraktion. Das Ausspielen der einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander bringt Kriens nicht weiter. Es braucht alle Verkehrsteilnehmer. Im GVK ist ihres Erachtens viel Wunschdenken vorhanden. Vorschläge die eine nachhaltige Lösung des Verkehrsproblems versprechen, wie beispielsweise das Postulat Tanner, werden seit Jahren ignoriert. Die Strategie des Gemeinderates kommt einem Denkverbot für innovative und zukunftsgerichtete Ideen gleich. Der Gemeinderat sollte seine Fühler nach Ebikon ausstrecken. Erstaunlich was möglich ist, wenn nur der Wille vorhanden ist. Weiter sind die angegebenen Belastungsgrenzen für eine Stauprognose ungenügend, da sie nicht den maximalen Durchfluss pro Stunde angeben, sondern die Belastung über den ganzen Tag. Durch die neuen Massnahmen wird es zu massiven Rückstaus kommen. Im Planungsbericht wird denn auch folgerichtig festgehalten, dass auf den Hauptachsen zu Hauptverkehrszeiten die Leistungsgrenze erreicht wird. Grössere Wartezeiten als heute können nicht akzeptiert werden. Die geplante Tempo-30-Zone auf der Schachen-/Amlehnstrasse kombiniert mit Tempo 30 auf der Hauptverkehrsschlagader Luzernerstrasse im Zentrum und neuen Verkehrsführungen im Herzen von Kriens führen zwangsläufig zu einem Chaos, da der Dorfkern so weniger Verkehr schlucken kann. Einem Abwürgen des Individualverkehrs wird die SVP-Fraktion nicht tatenlos zusehen. Auch wenn das Postkutschenzeitalter sehr idyllisch war, möchte sie keine Zeitreise in das 19. Jahrhundert antreten. Die SVP-Fraktion ist auch vehement gegen Signalisationswälder, Blumenkistenparcours und flächendeckende Tempo-30-Zonen. Die SVP-Fraktion nimmt den vorliegenden Planungsbericht Gesamtverkehrskonzept ablehnend zur Kenntnis und ist gegen Abschreibung des Postulates Tanner (Nr. 113/2014). Die SVP-Fraktion wird ihre Bemerkungen in der Detailberatung im Planungsbericht Gesamtverkehrskonzept Kriens unter Anhang 11: Vollständige Massnahmenliste auf den Seiten 49 - 53 stel-

len. Mit Ausnahme der Bemerkungen 6 und 9, welcher er auf Seite 31 stellen wird, damit diese mit dem Antrag der SP zur Schachen-/Amlehnstrasse behandelt werden.

Gemäss Thomas Lammer, FDP-Fraktion, hat das vorliegende Gesamtverkehrskonzept der Gemeinde Kriens äusserst weitreichende Folgen für die Verkehrssituation in Kriens. An dieser umfassenden Verkehrsschau wurde fast 5 Jahre gearbeitet. Für einen Parlamentarier ist aber ein Planungsbericht eine höchst undankbare Form einer Vorlage. Ausser Bemerkungen dazu abzugeben, bleibt wenig Raum zur Weitergestaltung. Es ist auch nicht möglich ein Referendum dagegen einzureichen. Ebenso ist bei der anschliessenden Umsetzung der einzelnen Massnahmen der Einfluss des Parlaments weitgehend ausgeschaltet, ausser über den Budgetprozess. Das ist zwar gut für die Exekutive, jedoch schlecht für die Legislative. Selbstverständlich kann nun angeführt werden, dass das Konzept ja in einer breit abgestützten Kommission erarbeitet und begleitet wurde. Die Rückmeldungen aus dieser Kommission hat sie aber immer wieder verunsichert, ist es bezüglich Organisation oder Tempo. Es macht für sie den Anschein einer verwaltungsgetriebenen Übung mit dem Grundsatz eines flächendeckenden Tempo-30-Netzes. Nun liegt dieses Fr. 480'000.00 teure Werk vor, dessen Basis im 2015 mit der Strategie des Gesamtverkehrskonzepts Kriens gelegt wurde. Auch diese wurde dem Parlament als Planungsbericht vorgelegt. Die FDP-Fraktion hat sich damals zu dieser Vorlage ablehnend geäussert. Insbesondere wurden die im Papier fehlenden Visionen angeführt. Damals konnte sich immerhin der Vorstoss Tanner in die heutige Runde retten. Zusammen mit der CVP und der SVP wurde dieser nicht abgeschrieben. Heute droht ihm aber dieses Schicksal. Die FDP-Fraktion beantragt aber dessen Nicht-Abschreibung, damit mindestens ein visionärer Aspekt erhalten bleibt. Es ist ihr bewusst, dass visionäres nicht in den nächsten 15 Jahren umgesetzt ist. Darum geht es auch nicht, aber sie vermisst überhaupt diesbezügliche Ideen. So könnte eine Vision sein, dass man von Kriens in 2 Minuten am Bahnhof ist. Mit einer unterirdischen S-Bahn wäre das möglich. Überirdische Verkehrsprobleme lösen sich mit einer solch attraktiven Lösung in Luft auf. Wenn man die Einleitung des GVKK liest, so freut sich jeder, denn mit dem Gesamtverkehrskonzept soll die Situation aller Verkehrsteilnehmenden verbessert werden. Dagegen kann man eigentlich nichts einwenden und die FDP-Fraktion stellt sich grundsätzlich hinter diesen Ansatz. Aber der Teufel liegt dann halt im Detail oder halt bei den einzelnen Massnahmen. Leider zeigt das Resultat eine sehr einseitige Ausrichtung auf das Velo. Der motorisierte Individualverkehr wie der ÖV werden dabei kaum berücksichtigt. Gerade für das Gewerbe ist es aber zentral, dass die Kundschaft innert nützlicher Zeit erreicht werden kann und das erfolgt nicht mit dem Velo. Einem solchen Anliegen wird aber mit dem vorliegenden Konzept eine gründliche Absage erteilt. Was sie aber insbesondere stört, ist die Missachtung von Volksentscheiden oder in diesem Parlament behandelte Vorstösse. Dabei sticht die Schachen/Amlehnstrasse heraus. In Salamtaktikmanier wird hier jetzt auf eine 30er-Zone gesetzt, wobei die Schliessung dieser wichtigen Achse nicht vom Tisch ist. Als Randbemerkung fragt Thomas Lammer sich, wie die Elektrobikes dieses Tempo einhalten. Das Volk und dieses Parlament haben entschieden, das bestehende Verkehrsregime beizubehalten. Also mit der 40er-Zone und mit der bestehenden durchgehenden Kernfahrbahnlösung. Daran hat sich ihres Erachtens nichts geändert. Gleiches gilt für das abgelehnte Parkplatzreglement. Auch hier wird durch die Hintertür eine neuerliche Einführung beabsichtigt. Wenn der Gemeinderat ein neues Reglement ausarbeiten will, dann soll er dies tun und dem Parlament und eventuell auch dem Stimmvolk vorlegen. Auch mit den neu vorgeschlagenen 30er-Zonen auf der Horwerstrasse kann sich die FDP-Fraktion nicht einverstanden erklären. Diese wichtige Haupt- bzw. Entlastungsachse soll wie bisher erhalten bleiben. Einen teuren Umbau sieht sie als nicht notwendig an. Vielmehr erachtet sie die nochmalige Aufnahme von Gesprächen mit dem Kanton zur Übernahme dieses Abschnittes als sinnvoller. Ein zentrales und wichtiges Element des GVKK stellen die Veränderungen im Zentrum dar. Hier möchte die FDP-Fraktion einem Versuch mit Tempo 30 im Zentrum zustimmen. Allerdings beinhaltet das Konzept diverse Hindernisse und muss überhaupt zuerst machbar sein. Zudem benötigt man natürlich das OK des Kantons, da es sich bei der Hauptachse um

eine Kantonsstrasse handelt. Im Sinne einer Aufwertung des Zentrums und einer damit verbundenen Belebung des Handels und Ladenmixes möchte sie diesen Versuch wagen und unterstützt die im Konzept beschriebenen Massnahmen. Dies auch um dem Gemeinderat die notwendige Unterstützung für die Vorstellung beim Kanton zukommen zu lassen. Im Sinne dieser Massnahmen unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der CVP bezüglich des Zentrumsabschnitts, dass genügend oberirdische Kurzparkplätze zur Verfügung stehen. Denn nur so lässt sich die angestrebte kommerzielle Belebung im Zentrum bewerkstelligen. Ein ebenfalls besonderes Anliegen sind die Stichstrassen in die Quartiere. Hier liegen auf der einen Seite ebenfalls von diesem Parlament behandelte Vorstösse vor, wie bezüglich der Bergstrasse, welche am bestehenden Regime festhalten wollen. Auf der anderen Seite orientiert man sich auch an den Stellungnahmen der Quartiervereine, soweit diese vorhanden sind. Hier zeigt sich ein unterschiedliches Bild bezüglich der geplanten Einführung der 30er-Zonen an der Hergiswald-, Himmelrich-, Berg- und Zumhofstrasse. Die FDP-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat auf die Anliegen und Wünsche zur Einführung von 30er-Zonen in einer Mitwirkung einzugehen und auf die Meinungen Rücksicht zu nehmen. Die FDP-Fraktion wird in der nachfolgenden Detailberatung verschiedene Bemerkungen der SVP und der CVP unterstützen, welche sich mit ihrer Haltung vereinbaren lassen. Insbesondere auch die Dosieranlage im Obernau sollte gemäss Bemerkung CVP weiter in Richtung Renggloch versetzt werden. Sie unterstützt dieses Anliegen und hat dies bereits in der Vergangenheit in ihren Voten bemerkt. Das Gewerbe in diesem Gebiet soll nicht von einer Dosieranlage gestoppt werden. Auf weitere Aufzählungen verzichtet der Sprechende. Als Fazit bleibt für die FDP-Fraktion, dass sie das vorliegende GVKK analog der SVP ablehnt.

Cla Büchi nimmt eines vorweg, die SP-Fraktion wird den Planungsbericht sehr positiv, also zustimmend zur Kenntnis nehmen. Das Gesamtverkehrskonzept ist kein visionärer Wurf, aber es bedeutet für Kriens ein Meilenstein in der Bewältigung vom Krienser, zum grössten Teil hausgemachten Verkehr. Das Gesamtverkehrskonzept schafft die Grundlagen für mehr Sicherheit, ein attraktiveres Zentrum, bessere Bedingungen für das Gewerbe, eine höhere Lebensqualität in den Quartieren und einen besseren Model-Split zwischen ÖV, Langsamverkehr und motorisiertem Individualverkehr. Und gerade eine ausgeglichene Verteilung der Verkehrsträger führt zu einer Entlastung auf den Strassen und damit die nötige Reserve für eine künftige Mobilitätssteigerung. Das ist zum Nutzen von Allen und nicht zuletzt auch für den motorisierten Verkehr. Es ist eine Tatsache, dass das Strassennetz gebaut ist und im Siedlungsraum nicht erweitert werden kann. Umso wichtiger ist es, die Verkehrsteilnehmer dazu zu bewegen, auf effiziente Verkehrsträger zu setzen, um die Zunahme der Mobilität durch das Bevölkerungswachstum auch in Zukunft bewältigen zu können. Und gerade im Bereich ÖV und im speziellen beim Veloverkehr hat Kriens gewaltigen Nachholbedarf. Und erst attraktive Verkehrsangebote im ÖV und direkte und sichere Wegverbindungen für die Velos und Fussgänger animieren die Leute zum Umstieg. Aber es gibt noch einen anderen Aspekt. Die Attraktivität einer Stadt hängt wesentlich von der Aufenthaltsqualität seiner öffentlichen Räume ab und dazu gehört auch der Strassenraum von Fassade zu Fassade. Wird der öffentliche Raum übermässig durch motorisierten und stauenden Verkehr beeinträchtigt, sinkt die Attraktivität für Bewohnende, Gäste, aber auch für Gewerbetreibende. Der Ort wird gemieden, verliert an wirtschaftlicher Bedeutung und verwahrlost. Ein Zustand, der streckenweise entlang der Luzerner- und Obernauerstrasse bereits Realität ist. Den gilt es zu korrigieren und die Grundlage dazu schafft das Gesamtverkehrskonzept. Das Gesamtverkehrskonzept ist auf einen Horizont von 15 Jahren ausgelegt, es muss realistische Lösungen mit heutigen Möglichkeiten aufzeigen. Die Mobilität wird in den nächsten 15 Jahren nicht neu erfunden und darum taugen visionäre Ansätze nur bedingt für die Bewältigung der Herausforderungen von heute und morgen. Trotzdem wäre ein Blick in die Zukunft sicher nicht falsch gewesen, vielleicht gerade in Hinblick auf den Ausbau der Rengglochstrasse und das Bypass-Projekt, die Kriens ziemlich sicher, nebst dem Bevölkerungswachstum, zusätzlichen Mehrverkehr bringen werden. Wer gegen das Gesamtverkehrskonzept ist, ist gegen ein prosperierendes Kriens.

Gegen ein Kriens, das sich zu einer attraktiven, eigenständigen Stadt mit hoher Lebensqualität entwickeln soll. Auch gegen ein Kriens, das sich der Herausforderung zur Bewältigung seiner Verkehrsprobleme stellt. Wer gegen das Gesamtverkehrskonzept ist, erkennt auch die Tatsache, dass immer mehr Leute im städtischen Umfeld ihre Verkehrsmittel nach funktionellen Kriterien und Kriterien der Effizienz auswählen. Immer mehr Leute gewichten die Aufenthaltsqualität von ihrem Wohnumfeld höher als die Möglichkeit ein eigenes Auto zu haben. In Luzern haben vier von zehn Haushalten kein Auto, Tendenz steigend. Auch wenn in Kriens der Anteil der autolosen Haushalte ein bisschen tiefer ist, wird sich auch in Kriens die Entwicklung in die gleiche Richtung bewegen. Also schafft man die Grundlage für ein Kriens mit hoher Lebensqualität, wo die Leute bewusst und aus Überzeugung hinziehen und nicht, weil sie an einem anderen Ort nichts gefunden haben.

Gemäss Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, hat es lange gedauert bis nun das GVKK vorgelegt wird, ein halbes Jahrzehnt seit dem ersten Vorstoss staufreies Kriens. Für die Grüne/GLP-Fraktion hat sich diese lange Wartezeit gelohnt. Was der Gemeinderat heute präsentiert, ist ein ausgereiftes Konzept, welches durch seinen gesamtheitlichen Ansatz überzeugt und das Produkt einer breiten Mitwirkung ist. Deshalb ist für sie das Eintreten unbestritten. Für die Grüne/GLP-Fraktion besticht das Konzept besonders durch folgende Punkte:

Der gesamtheitliche Ansatz

Wie bereits erwähnt, verfolgt dieses Konzept erstmals einen gesamtheitlichen Ansatz. Mit rund 70 Massnahmen soll sich die Verkehrssituation in Kriens nachhaltig verbessern. Diese Massnahmen berücksichtigen nicht nur alle Verkehrsteilnehmer, sondern auch den gesamten Strassenraum. Denn nur wenn dieser optimal genutzt wird, kann der Verkehr auch fließen. Die verschiedenen Verkehrsteilnehmer sollen nicht gegeneinander arbeiten, sondern müssen miteinander funktionieren. Dass dies nicht immer einfach ist, erscheint nur logisch, besonders wenn man bedenkt, dass der freie Strassenraum eine endliche Ressource ist. Das heisst auch die verfügbaren Flächen müssen möglichst effizient genutzt werden und auch hier überzeugt der gesamtheitliche Ansatz. Dieser garantiert nämlich, dass die jeweiligen Verkehrsteilnehmer auf den jeweiligen Strassenabschnitten die notwendigen Flächen zugewiesen bekommen, damit der Verkehr fließen kann. Wenn jetzt einige in diesem Raum darin eine Benachteiligung des MIV sehen, so hat dies weniger mit links-grünem Idealismus zu tun, als mit dem einfachen Fakt, dass das Auto in urbanen Gebieten einfach ein nicht sehr effektives Fortbewegungsmittel ist.

Das gewerbefreundliche Zentrum

Das Krienser Zentrum nimmt langsam aber sicher wieder Formen an. Das neue Kulturquadrat wurde im September feierlich eröffnet und auch die Baustelle beim neuen Stadthaus dürfte bald der Vergangenheit angehören. Diese Aufwertung ist aber nur ein erster Schritt, wenn es um die Realisierung eines Zentrums geht, dass die Bezeichnung gewerbefreundlich auch wirklich verdient. Es sind auch verkehrsplanerische Massnahmen nötig. Die entsprechenden Massnahmen, welche der Gemeinderat im GVKK aufzeigt, kann die Grüne/GLP-Fraktion nur gutheissen. Mit einer Entlastung der Gallusstrasse und Tempo 30 im Zentrum werden die Voraussetzungen für einen attraktiven Aufenthaltsraum geschaffen. Mit einfachen Querungsmöglichkeiten entsteht eine wahre Zentrumszone von der Hofmatt bis zur Busschleife. Dass ein solches Zentrum mit Tempo 30 funktionieren kann, zeigt das Beispiel Köniz.

Optimierung der Verkehrssituation in den Quartieren

Die geplanten neuen Tempo-30-Zonen, besonders in den Quartieren, begrüsst die Grüne/GLP-Fraktion. Diese wird auch von den Quartieren grossmehrheitlich begrüsst. Die Quartiere sollen nicht zu reinen «Schlafquartieren» verkommen, sie sollen ihren Bewohnern eine hohe Aufenthaltsqualität bieten. Dazu trägt Tempo 30 massgeblich bei, erhöht sie zum einen die Verkehrssicherheit und zum anderen sinken die Lärmemissionen deutlich. Letzteres kann

für die Gemeinde auch zu grossen Kosteneinsparungen beitragen im Zusammenhang mit Lärmschutzmassnahmen bei Strassenrevisionen. Schliesslich trägt auch die angedachte Verbesserung der ÖV-Anbindung der Quartiere zu einer höheren Lebensqualität bei.

Das Kriens ein Verkehrsproblem hat, darin stimmen wohl alle Mitglieder dieses Rates überein. Wie man dieses Problem oder besser die verschiedenen Probleme lösen soll, darin gehen die Meinungen freilich auseinander. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist das Gesamtverkehrskonzept ein erster Schritt diese Probleme zu lösen. Einige mögen dem Gemeinderat nun vielleicht vorwerfen, dass es ihm an einer wahren Vision fehlt. Dazu möchte Raoul Niederberger sagen, lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Der etwas pragmatischere Ansatz dieses Konzeptes überzeugt die Grüne/GLP-Fraktion mehr, als ein Konzept mit Massnahmen, die in den nächsten 50 Jahren ohnehin nicht umgesetzt werden können. Die Grüne/GLP-Fraktion nimmt den Planungsbericht Gesamtverkehrskonzept Kriens deshalb zustimmend zur Kenntnis.

Gemäss Alfons Graf wurden in Kriens in den vergangenen Jahren Abstimmungen über den Individualverkehr durchgeführt. Sämtliche Abstimmungen wurden vom Volk klar und deutlich Bachab geschickt. Der Gemeinderat tut alles daran diese Volksentscheide zu ignorieren und brütet mit einer Kommission, die mehrheitlich aus Linken zusammengesetzt ist, ein Gesamtverkehrskonzept aus, welches von der Mehrheit der Bevölkerung als Schikane empfunden wird. Die SVP-Fraktion kann mit diesem schwarzen Blachen nicht viel anfangen. Den Sprechenden nimmt es Wunder, was dieser Briefkastenfüller gekostet hat. Taugen tut dieses Konzept nicht viel. Es fehlen die Visionen die eine Verminderung des Individualverkehrs beinhalten. Nur mit Tempo Beschränkungen und Schikanen ist ein Verkehrschaos nicht zu verhindern. Mit der gewaltigen Bauerei in der Vergangenheit und in jüngster Zeit ist Kriens verkehrstechnisch in den Keller gefahren worden. Mit dem Ausbau der Rengglochstrasse wird das Verkehrsvolumen noch einmal drastisch zunehmen. Mit der geplanten Pfortneranlage im Obernau wird die ansässige Bevölkerung ins Abseits gestellt. So geht das nicht. Damit der Verkehr auf den Krienser Strassen nicht noch gänzlich an die Wand gefahren wird, braucht es aus Sicht der SVP-Fraktion Massnahmen von wirksamerer Bedeutung. Der Gemeinderat muss nun endlich zusammen mit dem Kanton eine Planung vorantreiben, damit Kriens umfahren werden kann. Dies kann nur mit einem Tunnel geschehen und zwar grosszügig. Es muss ein Tunnel her, der das Zentrum weiträumig umfährt. Alfons Graf wird bei den Anträgen darauf zurückkommen. Früher oder später muss und wird eine Umfahrung oder Untertunnelung kommen. Anders ist es nicht möglich den Verkehr zu vermindern. Schaut man nach Obwalden wo Sarnen, Giswil und Lungern umfahren werden. Im Emmental ist es die kleine Gemeinde Signau mit 2'600 Einwohnern, die eine Umfahrung hat. Im Wallis ist es Stalden mit 1'100 Einwohnern, welche das Tor zum Saas- und Mättertal ist. Dort wird eine gigantische Umfahrung für ca. 50 Mio. Franken gebaut. Und Kriens hat bald 30'000 Einwohner und der Gemeinderat ist mit der Planung eines solchen Objekts im Tiefschlaf wie ein Murmeltier. Eine weitere Massnahme muss sein, dass mit zukünftigen Bauvorhaben sorgfältiger umgegangen wird. Immer mehr Häuser und Wohnungen heisst auch mehr Verkehr.

Rolf Schmid stellt fest, dass in Kriens nicht nur die Autos stehengeblieben sind. Die Erarbeitung dieses GVKK basiert auf einem langjährigen Prozess mit einer sehr hohen Partizipationsmöglichkeit, die er in diesem Ausmass in Kriens noch nie erlebt hat. Ein grosses Kompliment dafür. Auch wenn der Sprechende tagtäglich aufs Auto angewiesen ist, kann dieses Konzept als gut schweizerischer Kompromiss erachtet werden. In der Vernehmlassung gab es eine sehr hohe Zustimmung. Ideologien und Egoismus müssen nun einfach mal zurückgestellt werden. Es gibt keine Missachtung von Volkswillen. Es ist noch kein Beschluss gefällt, was genau umgesetzt wird, denn hier geht es um ein Konzept. Wenn man so argumentiert, hätte man heute noch kein Frauenstimmrecht oder AHV, weil diesbezüglich mehrmals Abstimmun-

gen erfolgt sind und das Volk hat sich bei diesen Fragen mit der Zeit geändert. Rolf Schmid ist überzeugt, dass die Krienserinnen und Krienser dies im Rahmen des GVKK so machen werden. Es ist Zeit, dass Verantwortung übernommen wird, auch als Einwohnerrat, für ein lebenswertes und attraktives Kriens.

Raphael Spörri möchte noch den Blick aus der Kommission zeigen, denn er war dort Mitglied. Ja, es hatte auch Linke darin, aber es war breit abgestützt und viele Leute hatten Einsitz. Die Abstimmung ging immer solide in die Richtung, wie es im GVKK nun vorgeschlagen wird. Die Kommission war auch nicht gegen Visionen, denn man war der Meinung, dass man nach kurz-, mittel- und langfristigen Lösungen sucht. Das vorliegende GVKK ist eine kurz- und mittelfristige Lösung. Deshalb wehrt sich der Sprechende auch nicht gegen Visionen, wie einen Tunnel oder etwas anderes. Aber im Moment hat Kriens kein Geld und man muss mit der Zeit arbeiten.

Yasikaran Manoharan hat eine Frage an Alfons Graf. Was nützt ein Umfahrungstunnel, wenn der Verkehr hausgemacht ist? Auswärtige werden mit einem Umfahrungstunnel bedient und für die Krienserinnen und Krienser nützt es nicht wirklich.

Gemäss Cyrrill Wiget haben 20 Personen vier Jahre lang in dieser Kommission gearbeitet. Die Fraktionen und Parteien haben sich damit auseinandergesetzt. Für dieses Engagement möchte sich der Gemeinderat herzlich bedanken. Der Gemeinderat wusste, dass bei einem solch emotionalen Thema, von dem jeder betroffen ist, auch eine Lösung miteinander gefunden werden muss. Der Sprechende möchte zusammen mit Matthias Senn nun eine kurze Präsentation machen. Der Einwohnerrat hat sich mit diesem Thema auch schon zwei Mal auseinandergesetzt. Die Strategie der verkehrlichen Entwicklung wurde erfreulicherweise positiv zur Kenntnis genommen. Auch das Grundkonzept LuzernSüd wurde positiv zur Kenntnis genommen, was für die Zukunft sehr wichtig ist. Er möchte nun auf die Voten eingehen. Sehr erfreulich ist, dass das Zentrum ein positives Echo ausgelöst hat. Es wäre ein toller Schritt, wenn der Gemeinderat dort Rückendeckung hat, um auf den Kanton zuzugehen. Wenn der Gemeinderat aufgefordert wird, noch intensiver das Gespräch mit dem Kanton zu suchen, dann hilft eine Kenntnisnahme oder auch positive Kenntnisnahme. Man kann ohne weiteres ganz viel an diesem Konzept kritisieren. Dafür hat der Gemeinderat auch Verständnis. Aber wenn es am Schluss gesamthaft abgelehnt wird, schadet dies dem Verhandlungsmandat des Gemeinderates. Man soll sich dies deshalb nochmals überlegen. Als Beispiel kann man den Ausbau und die Massnahmen für die Obernauerstrasse ansehen. Nur schon diese Diskussion mit dem Kanton stockt ungemein. Wenn man den Eindruck erhält, dass sich die Krienser gar nicht einig sind, dann macht es dies für den Gemeinderat ganz schwierig. Im 2014 wurde das Projekt erstmals aufgelegt mit der Idee im 2018 zu bauen. Jetzt ist noch nicht einmal die zweite Auflage erfolgt. Diesbezüglich ist man mehrere Jahre in Verzug. Wenn man in diesem Takt weitermacht, werden alle Bemühungen zum Verkehr keine Chance haben. Ironisch gemeint, sind die Krienserinnen und Krienser Spezialisten im Langsamverkehr. Alle bleiben im Verkehr stecken. Das möchte aber ja eigentlich niemand. Es ist schlecht für das Gewerbe, denn es hat niemand Lust kurz auszusteigen und beispielsweise im Esprit etwas kaufen zu gehen. Hier nimmt man nicht wahr, dass man durch ein Zentrum fährt, welches nun mit den Zentrumsbauten aufgewertet wurde. Von diesem Stau möchten alle wegkommen. Wenn nun verstanden wurde, dass jemand vernachlässigt oder bevorzugt wurde, tut dies dem Gemeinderat leid, aber beabsichtigt war es nicht. Es war immer gedacht, sofern Verbesserungen erzielt werden können, haben alle etwas davon. Das Gewerbe und der MIV haben dann auch etwas davon. Ein Velofahrer kann dann vielleicht auch einigermassen sicher passieren, so dass er das Velo auch nimmt. Der Bus kann dann auch relativ dem Fahrplan entsprechend in die Stadt fahren. Man nimmt nicht den Bus, wenn man weiss, dass der Zug nicht erreicht werden kann. Im

Moment hat man diese Gewähr nicht. Dafür braucht es Optimierungen, die mit 70 Massnahmen erfolgen sollen. Die SVP hat Recht wenn gesagt wird, dass der Gemeinderat auch Abstimmungen in diesem Kontext verloren hat. Das ist tatsächlich so und er negiert das überhaupt nicht. Im Moment wurde auch nichts unternommen, was diese Abstimmungsergebnisse in Frage stellen könnten oder diesen widersprechen. Das Nichtstun über all die gewonnen Abstimmungen kann nicht die Zukunft von Kriens sein. Will man wirklich dabei beharren und verbleiben? Das ist die Grundfrage, weshalb der Gemeinderat der Überzeugung ist, dass etwas passieren muss, auch wenn es pragmatisch ist und man vielleicht nicht bei den ganz grossen Visionen gelandet ist. Was wäre denn passiert, wenn man nach den Jahren der Zusammenarbeit in der Kommission tatsächlich extrem visionär geworden wäre? Wenn schon ein pragmatisches Konzept kein Fuss fassen kann, wie soll dies dann ein visionäres Konzept? Es wurde einige Male moniert, dass der Gemeinderat extra ein Konzept erstellt hat, damit der Einwohnerrat nur mit schwachen Bemerkungen reagieren kann. Das ist bei Weitem nicht so. Der Vorstoss Nr. 281/2011 ist tatsächlich etwas lange her, als der Einwohnerrat beschlossen hat, dass breit partizipativ abgestützt ein Konzept erarbeitet werden soll. Da waren alle Parteien, das Gewerbe und Quartiervereine vertreten und dann sind es nicht nur die Linken. Diesen Auftrag hat der Gemeinderat nun erfüllt. Wenn moniert wird, dass dies mit Absicht gemacht wurde, um die Demokratie lahm zu legen, war die Auftragsvergabe falsch. Hinzu kommt, dass der Einwohnerrat in einer Motion einen Richtplan verlangt hat, der dem Konzept folgen kann. Man muss keine Angst haben, dass man über dieses Thema nicht weiter debattieren kann. Patrick Koch hat darauf aufmerksam gemacht, dass die anderen es besser machen und man bei Ebikon schauen gehen soll. Ebikon ist ein heikles Beispiel, weil es auch städtebaulich nicht geglückt ist durch Ebikon fahren zu können. Es ist gleichzeitig so, dass Ebikon zusammen mit dem Rontal ein Konzept erstellt hat. Das Konzept wurde kürzlich vorgestellt und sie sind auf ähnliche Schlüsse gekommen. Es geht nur, wenn die vier Verkehrsteilnehmer zusammen unterwegs sind und jeder seinen Beitrag leistet. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Umfrage des TCS, worüber kürzlich in der Zeitung berichtet wurde. Der TCS hat sich bei seinem Klientel orientiert, was sie sich in der Entwicklung des Verkehrs wünschen und dass sind nicht nur Rennvelofahrer. Selbst dort war das Echo gegenüber dem Ausbau des ÖV's und Velos sehr positiv. Weil jeder, der im Auto sitzt weiss, dass wenn ein paar mehr den Bus nehmen, entlastet dies das Strassennetz. Das hilft dem Autofahrer somit auch. Bei dieser Umfrage kam jedoch das Tempo 30 nicht gut weg. Dazu liegen ja nun noch Bemerkungen vor und worüber man nachher diskutieren wird. Der Gemeinderat ist der Überzeugung dass Tempo 30 für die Quartiere eine gute Lösung ist. Der Sprechende war gerade diese Woche zusammen mit Franco Faé bei den Quartiervereinspräsidenten und man hat kontrovers über dieses Thema diskutiert. Franco Faé fragte dann, wo denn überhaupt der Nachteil von Tempo 30 ist. Die Durchflusssgeschwindigkeit ist schlussendlich etwa die Gleiche, weil es gibt weniger Stop-and-Go und ruhigere Verkehr. Unter dem Strich ist man weder schneller noch langsamer, aber man hat etwa gleich lang. Zusätzlich hat man mehr Sicherheit und bessere Querungsmöglichkeiten für die Fussgänger. Die Quartiersvereinspräsidenten störte es, weil dies ein Regulativ ist. Der Sprechende fragte sich, was denn hier das Regulativ ist. Logischerweise ist jedes Tempolimit ein Regulativ, aber eigentlich lebt Tempo 30 davon, dass man Regeln wegnimmt. Es braucht keine Fussgängerstreifen mehr, höchstens vor Schulhäusern und überall kann man die Strasse passieren. Man kann sich viel freier bewegen. Signalisationen und Ampeln fallen weg. Was gibt es unangenehmeres als permanent vor einer Ampel zu stehen und zu warten bis man weiterfahren oder gehen kann. Das ist doch eigentlich ein unglaublich mühsames Regulativ. Wenn nur noch der Ansatz da bleibt, dass es unliberal ist, dann möchte der Sprechende einwenden, dass es durch aus sehr liberal ist. Viel wurde moniert, dass das GVKK zu wenig visionär ist und die grossen Projektmöglichkeiten nicht integriert wurden. Es war immer die Idee und der Auftrag für die nächsten Jahre einen Schritt zu machen. Die grossen Projekte sind gar nicht ausgenommen. Sie wurden geprüft und es wurde aufgezeigt, was diese bedeuten. Die grossen Projekte sind im Moment schwierig umzusetzen, weil auf der anderen Seite das Budget wegen der Verschuldung abgelehnt wurde. Die grossen Ideen wie eine unterirdische S-Bahn oder Umfahrungstunnel sind nicht unter 50 Mio.

Franken zu haben. Das ist einfach undenkbar, denn die Verschuldung könnte mit solch tollen visionären Gedanken verdoppelt werden. Nächste Generationen können dies machen und die Projekte sind nicht verloren. Das vorliegende GVKK ist ein Ansatz dafür, wie man aus dieser Verkehrsmisere herauskommen kann. Damit dieses GVKK auch von der Bevölkerung einfach verstanden werden kann, wurde dafür ein dreiminütiger Kurzfilm erstellt. Der eigentliche Autofahrer oder der militante Velofahrer oder der Nur-Busfahrer gibt es so eher nicht mehr. Der heutige jüngere Mensch ist in der Regel so unterwegs, dass für jede Situation das richtige Verkehrsmittel genutzt wird. In den IKEA geht man logischerweise mit dem Auto und an den Bahnhof fährt man mit dem Velo. Es stellt sich die Frage, ob man zu der Zeit zur Arbeit gehen muss, wie alle anderen auch, oder kann man vor der Stosszeit gehen? Kurt Gisler macht dies mit seinem Geschäft permanent. Die Arbeiter fahren sicher nicht dann los, wenn es bereits stockt. Dies kann man als Kleinigkeit betrachten, aber solche Elemente sind visionär. Am Schluss bewirkt es in einem Strauss von Massnahmen, dass was es auch bewirken soll. Das Echo zum GVKK war relativ positiv. Selbstverständlich ist dies nicht das Resultat im Einwohnerrat. Grundsätzlich waren die vielen eingereichten Anträge erfreulich. Kriens lebt, ist interessiert, nimmt teil und möchte wissen was passiert. Es gab viele unterstützende Rückmeldungen, aber auch Kritik. Der Gemeinderat hat diese Kritik selbstverständlich auch aufgenommen. Es ist keine Vernehmlassung um des Vernehmlassungswillens. Man war der Meinung, dass in der Folge diese Anregungen aufgenommen werden müssen. Dies ist auch der Grund, weshalb bei der Schachen/Amlehnstrasse zurückbuchstabiert wurde. Nach der verlorenen Abstimmung hat man sich diesbezüglich keine grossen Gedanken gemacht. Dort fehlte deshalb eine Massnahme. Das Ziel, dass es in diesem Abschnitt sicherer wird, bleibt. In der Vernehmlassung gab es zu den Tempo-30-Zonen viele negative Rückmeldungen, gleichzeitig aber auch unterzeichnete Petitionen von bis 200 Personen eines Quartiers, die unbedingt Tempo 30 möchten. Deshalb wurde reagiert, dass in der Bergstrasse in Richtung Dattenbergstrasse etwas passieren muss. Dort sind so viele Leute unzufrieden und haben Angst ihre Kinder in die Schule zu schicken. Der Quartiersverein oberhalb, bei dem bereits Tempo 30 ist, möchte die Zufahrtsstrasse nicht auf 30 reduzieren. In diesen Situationen muss man miteinander eine Lösung finden. Der Zeitung konnte entnommen werden, dass auch die Stadt Luzern mit den Quartiersvereinspräsidenten zusammensass. Diese sind der Meinung, dass nicht immer nur stückweise etwas unternommen werden soll, sondern flächendeckend. Der Gemeinderat hält sich an alle Auflagen, aber es ist sinnvoll, dass dies relativ flächig angegangen werden soll. Cyrill Wiget ist eigentlich schon seit zwei Jahren nicht mehr für den Verkehr zuständig, aber er durfte dies im Namen des Gemeinderates noch fertigstellen. Jetzt übergibt er das Zepter an Matthias Senn, der nun das weitere Vorgehen aufzeigt.

Matthias Senn dankt für die symbolische Übergabe der Verkehrsprojekte. Es ist nicht alles still gestanden und es wurden schon gewisse Projekte parallel geplant. Sie sind entweder kurz vor einer öffentlichen Auflage oder reif zur Realisierung. Vom Projekt K4 spricht man bereits schon seit 10 Jahren und er hofft, dass die öffentliche Auflage dieses Jahr noch stattfindet, so wie es der Kanton eigentlich angekündigt hat. Ein weiteres Thema ist die Aufwertung der Gemeindehausstrasse, welche mit dem Gemeindehausplatz im 2019/2020 abgestimmt wird. Bei der Veloroute Eichwilstrasse kann auf dem ehemaligen KLB-Geleis eine Veloroute erstellt werden. Dieses Projekt ist fertig und bereit für die öffentliche Auflage. Zuletzt ist noch die Buserschliessung im Gebiet LuzernSüd ein Wunsch, welche beim Verkehrsverbund eingeschlossen ist. Bei einer Fahrplanänderung kann dies in einem Jahr allenfalls zur Umsetzung kommen. Im Zentrum dürfen nun verschiedene Bauten in Betrieb genommen werden, was bereits schon eine schöne Aufwertung des Zentrums ist. Mit den Verkehrsflächen, die den Aufenthalt fördern sollen, hat man die Chance für den Detailhandel und das Gewerbe einen Vorteil zu erbringen. Für die Gallusstrasse hat der Einwohnerrat einen Bebauungsplan genehmigt. Eine verkehrsarme Gallusstrasse kann nur gemacht werden, wenn es geschafft wird, ein Einmündung von der Luzernerstrasse in die Horwerstrasse mit Gegenverkehr zu realisieren. Auch muss es möglich sein, dass ein Car von der Horwerstrasse in die Krauerstrasse

rechts abbiegen kann. Auch hier ist man noch nicht am Ziel, aber man ist an der Planung. Das Schlussfazit ist, dass gemeinsam die Mobilität schrittweise verbessert wird. Der Sprechende zeigt einen Kurzfilm zum Beispiel in Köniz. Matthias Senn hat das flächige queren das erste Mal vor 20 Jahren gesehen und zwar beim Centralplatz in Biel. Er war total erstaunt darüber, dass dies so möglich ist. In Köniz konnte man sich davon überzeugen, dass es auch bei einem hohen Verkehrsaufkommen tatsächlich möglich ist. Der Vorteil beim flächigen queren ist, dass es keine Fussgängerstreifen mehr gibt, die Stau verursachen. Gerade beim Fussgängerstreifen Hofmatt erlebt man das teilweise viele Leute diesen queren und dies zu Stau auf der Luzernerstrasse führt. Dann gibt es noch die Lichtsignalanlagen. Es gab sogar einen Leserbrief indem geschrieben wurde, dass die Politiker abgewählt werden, wenn nicht bald diese Lichtsignalanlage abgestellt wird. Der Verkehr ist sehr gut geflossen, als die Lichtsignalanlage bei der Busschleife nicht funktioniert hat. All das ist mit diesem Projekt möglich, aber man ist noch nicht am Ziel. Es braucht noch einige technische Nachweise, dass es auch in Kriens möglich ist. Schlussendlich muss auch noch der Kanton überzeugt werden.

Detailberatung

Gesamtverkehrskonzept

Bemerkungsantrag CVP/JCVP-Fraktion zu Seite 25: Massnahme Z-3

Gemäss Kurt Gisler stellt die CVP/JCVP-Fraktion folgende Bemerkung:

Mit der allfälligen Änderung in einen neuen Zentrumsraum soll der Gemeinderat sicherstellen, dass genügend oberirdische Kurzzeitparkplätze im Zentrumsbereich zur Verfügung stehen.

Alle sind sich einig, dass das Zentrum leben soll und Gewerbe und Detailhändler vorhanden sein müssen. Man kann nicht verhindern, dass es kurzzeitige Parkplätze braucht.

Patrick Koch dankt im Namen der SVP-Fraktion für diesen Bemerkungsantrag, welche sie unterstützen wird. Er möchte dem Gemeinderat noch etwas auf den Weg mitgeben. Der Sprechende war kürzlich in Hochdorf und Huttwil, wo es noch blaue Zonen gibt. Das wäre eine Überlegung, die miteinbezogen werden kann.

Cyrell Wiget hat eine Gegenfrage. Das Konzept sieht ja eine zusätzliche Parkingmöglichkeit unter den Häusern zwischen der Gallusstrasse und der Luzernerstrasse vor. Eine Einfahrt wurde bereits gebaut, aber diese Parkplätze sind nicht oberirdisch. Wenn man das Zentrum vor dem inneren Auge anschaut, sieht man das mit viel Geld der grosse Parkplatz nach unten versetzt wurde. Der Platz bei der Güterstrasse wurde für das neue Gemeindehaus gebraucht. Dann bleibt dann nicht mehr so viel übrig. Der Stadtplatz und der Gemeindehausplatz möchte man nicht geben. In einer deutlichen Erhöhung von Oberflächen-Parkplätzen sieht der Sprechende keinen Nutzen. Wenn man im Zentrum direkt in eine Tiefgarage fahren kann, sollte dies ja eigentlich auch gehen. Wo sollte es sonst gemacht werden, wenn nicht so?

Kurt Gisler hat die Vorstellung, dass beispielsweise in der Gallusstrasse etwas gemacht wird. Als Beispiel nennt er die Papeterie der Jungunternehmerin. Sie lebt davon, dass der Vater schnell hinfahren kann und für die Tochter etwas für die Schule kaufen kann. Dort muss es eine Möglichkeit von 5-6 Parkplätzen geben, dass man für eine halbe Stunde das Auto abstellen kann. Ein anderes Beispiel ist das Zentrum von Horw. Dort ist der Parkplatz in der Mitte. Er weiss nicht, ob es evtl. eine Möglichkeit bei der Hohle Gasse gibt. Irgendetwas sollte möglich sein, dass 6 Parkplätze zur Verfügung stehen. Weiter glaubt er, dass die Einfahrt in diese

Tiefgarage, welche wahrscheinlich in den nächsten 10 Jahren nicht realisiert wird, kein Mensch finden wird.

Abstimmung Bemerkungsantrag CVP/JCVP-Fraktion

Mit 19:5 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	Enthaltung
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Seite 27 - Öffentlicher Verkehr

Rolf Schmid möchte eine Zahl erwähnen, die ihn kürzlich extrem beeindruckt hat. Ein Airbus für 120 Leute, verursacht, wenn jeder einzeln in ein Auto einsteigt, eine Kolonne von 700 m. Das ist eine beachtliche Zahl und Kriens ist nicht wahnsinnig viele Kilometer lang.

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 46: Regelung zur Erstellung von privaten Parkfeldern

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgenden Satz streichen:

«Eine wichtige «Stellschraube» zur aktiven Steuerung der Verkehrsentwicklung sind die Vorgaben zur Quantität privater Parkierung bei Umnutzungen und Neunutzungen»

Dies widerspricht dem Volksentscheid über das Parkplatzreglement. Im 2017 wurde darüber abgestimmt. Es ist nicht legitim zum jetzigen Zeitpunkt Vorgaben zur Quantität privater Parkierung zu machen.

Gemäss Thomas Lammer wurde dieser Antrag in der KBVU behandelt und wurde mit 4:3 Stimmen angenommen.

Für Cyrill Wiget ist es immer legitim, wenn man mindestens versucht ein Abstimmungsergebnis zu verstehen. Dazu gab es ja auch eine Debatte und in der hatte niemand ein Problem damit bei Grossüberbauungen Parkplätze zu regulieren. Wenn man bei der Saalsporthalle nach dem geltenden Parkplatzreglement Parkplätze verlangt, ist dies rein monetär gesehen schon erledigt. Man muss die Möglichkeit haben weniger Parkplätze bauen zu können, wenn man an einem Bahnhof ist. Dieser Meccano war einer der Zentralen und dagegen hatte niemand etwas einzuwenden. Mittlerweile ist vollkommen anerkannt, dass ein Pilatusmarkt bewirtschaftet ist. Das Parkplatzreglement ist daran gescheitert, weil der Gemeinderat dies flächendeckend wollte. Es soll nicht Menschen geben, die besser zu einem Parkplatz kommen und andere schlechter. Wenn eine grosse Überbauung über einen Sondernutzungsplan erstellt wurde, gibt es keinen Parkplatz und wenn man etwas im Grünen wohnt, hat man viele Parkplätze zur Verfügung. Der Gemeinderat wollte eine Lösung über alles und dies hat nicht funktioniert. Das ist so einzugestehen. Wenn man dies weiterhin auf dem Fokus hat, ist dies absolut richtig. Es stand nie zum Thema, dass man diesen Meccano in LuzernSüd nicht will. Darum ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass dieser Satz hier so stehen darf. Es ist jedem klar, dass man bei kleinen Privaten mit 5-6 Parkplätzen nichts durchsetzen kann.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 15:10 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag CVP/JCVP-Fraktion zu Seite 51: Massnahme LSA-1

Gemäss Kurt Gisler stellt die CVP/JCVP-Fraktion folgende Bemerkung:

Der Gemeinderat sei zu verpflichten, sich beim Kanton einzusetzen, dass die geplante Dozierstelle Obernau ca. 400 m Richtung Renggloch (Höhe Liegenschaft Huber) verschoben wird.

Das Gewerbequartier Rengglochstrasse sowie das Quartier Schützenrain wäre während Stunden pro Tag eingeschränkt und es entstehen für die jeweiligen Gewerbetreibenden kos-

tenintensive Wartezeiten. Der Sprechende wird mit seinem Betrieb spätestens im April in dieses Gebiet umziehen. Am Morgen fahren 16-21 Fahrzeuge um 6:30 Uhr los, aus dem Grund kommen sie bei den Kunden immer früh an. Nach 7:00 Uhr kommt man nicht mehr raus, weil dort eine stehende Kolonne ist. Wenn max. 21 Autos dort raus fahren können, dann hat der Sprechende ein Problem. Aus diesem Grund ist diese Bemerkung entstanden.

Laut Cla Büchi opponiert die SP-Fraktion dieser Bemerkung. Ihn nimmt es wunder, welche Folgen eine solche Versetzung nach sich zieht. Geht das überhaupt? Macht die Dosierungsanlage 400 m weiter oben überhaupt noch Sinn?

Cyrill Wiget kann dies auch noch nicht beurteilen. Wenn es nun nur darum geht den Kanton darauf aufmerksam zu machen und das Gespräch zu suchen, dann schlägt der Gemeinderat vor, nicht dagegen zu opponieren. Der Sinn dieser Pforterung ist ja der Durchgangsverkehr übers Obernau. Garantieren kann man nicht, ob es weiter oben technisch möglich ist. Zu diesem Projekt gab es ja schon eine Vernehmlassung, aber lag im Detail noch nicht auf. Im untersten Teil gibt es einen Ansatz einer Busspur, sollte man einmal nach Malter's fahren. Diese wird sicher nicht vorge-setzt, solange es keinen Bus gibt. So könnte es auch eng sein. Das sind technische Sachen und wenn der Kanton nein sagt, dann ist es auch so. Dass der Gemeinderat diese Frage einwirft, dass eine kleine Quartierstrasse nicht zu einer Pforterung be-darf, ist er gerne bereit. Es ist nicht das Gleiche, wie eine Zumhofstrasse, die tatsächlich schnell warten muss, bis der Bus durch ist. Dort geht es nicht nur um 21 Autos, sondern um viel mehr Verkehr.

Cla Büchi zieht aufgrund der Ausführungen die Opposition wieder zurück.

Da die Opposition zurückgezogen wurde, ist diese Bemerkung überwiesen.

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 65: Umtunnelung

Alfons Graf stellt folgende Bemerkung im Namen von Räto Camenisch:

Längerfristig kann nur eine Umtunnelung des Zentrums ca. von der Höhe Langmatt bis in den Bereich Kupferhammer im Sonnenberg die Planungen der GVKK ungestört zur Geltung bringen. Schritte zu einer diesbezüglichen Planung als Ergänzung zur K4 sind beim Kanton in die Wege zu leiten, besonders in Hinblick auf die Sanierung der Renggloch-Strasse und des Bypasses.

Erich Tschümperlin opponiert diesem Bemerkungsantrag. Räto Camenisch müsste dies beim Kanton in Auftrag geben, weil Kriens sich eine Untertunnelung nicht leisten kann. Diese paar Millionen fehlen einfach. Darum gehört es nicht hierhin, sondern muss beim Kanton beantragt werden.

Alfons Graf hat es vorher schon erwähnt. Es geht nicht anders. Es wird früher oder später eine Untertunnelung oder Umfahrung geben. Wenn ein Gemeindepräsident sagt, dass man kein Geld hat, dann kann er dies verstehen. Jedoch versteht er nicht, dass dies die nächste Generation dann in Planung nehmen soll. Dies ist ein kurzfristiges Denken unter dem Motto: „Nach mir die Sintflut“.

Rolf Schmid ist nicht bereit so etwas zu unterstützen, damit Malterser und Littauer schnurstracks durch Kriens fahren können. Diese Thematik wurde schon lang und breit diskutiert. Er findet es müssig, immer wieder darauf zurückkommen zu müssen, wenn man die ganzen Konsequenzen sieht. Es bringt ja gar nichts.

Gemäss Cyrill Wiget wirft der Kanton hier 70-80 Mio. Franken in die Strassen von Kriens rein. Das kantonale Budget für 83 Gemeinden beträgt 50 Mio. Franken. Wenn Kriens nun kommt und 80 Mio. Franken für das Projekt Renggloch und Obernauerstrasse beansprucht, ist das Wunschträumerei. Der Regierungsrat nimmt nicht einfach so nochmals 100 Mio. Franken in die Hand. Das hat nichts mehr mit Fatalismus zu tun. Eine Untertunnelung wäre vielleicht schön, aber die Abfahrten beispielsweise im Zentrum brauchen enorm viel Platz. Ob es schön wird, sei dahingestellt. Rein monetär ist es nicht denkbar. Darum ist der Gemeinderat so ehrlich zu sagen, dass das Projekt nicht vollkommen gestorben ist. Aber im Moment muss die Kraft auf das vorliegende GVKK fokussiert werden, damit man dies auch umsetzt.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 15:10 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SP-Fraktion zu Seite 82: Schachen-/Amlehnstrasse

Gemäss Cla Büchi möchte die SP-Fraktion folgende Bemerkung zu den Massnahmen ergänzen:

Mittels Variantenstudium und Pilotversuche sind geeignete Massnahmen zur Erreichung des formulierten Zielbilds zu evaluieren.

Dem formulierten Zielbild kann sie voll und ganz zustimmen. Sie bezweifelt jedoch, dass die skizzierten Lösungsansätze im Gesamtverkehrskonzept zur Erreichung des Zielbilds führen. Es scheint, als ob man hier kalte Füsse bekommen hat. Cyrill Wiget hat es vorher schon an-

gedeutet, dass es in diese Richtung gehen kann. Die SP-Fraktion erachtet Pilotversuche als geeignetes Mittel, um mögliche wirkungsvolle Massnahmen zu evaluieren, die zur Erreichung des Zielbilds führen.

Laut Thomas Lammer hat die KBVU diesen Antrag mit 4:3 Stimmen abgelehnt.

Patrick Koch hat ein paar allgemeine Worte zur Schachen-/Amlehnstrasse. Ist diese nur eine Quartierstrasse? Nein! Die Schachen-/Amlehnstrasse ist eine wichtige Entlastungsstrasse für die Hauptverkehrsschlagader. Der Gemeinderat hat diese Tatsache nun auch erkannt, indem er beispielsweise den Verkehr von und zu der Bergstrasse neu über die Schachenstrasse anstelle über die Gemeindehausstrasse-Süd und die Luzernerstrasse führen möchte. Man soll sich die Seite 91 ansehen. Normalerweise müssen teure Studien in Auftrag gegeben werden, wenn die Bedeutung einer Strasse in Bezug auf den Gesamtverkehr eruiert werden muss. In der Schachen-/Amlehnstrasse war dies leider nicht nötig. Am 20. Januar 2014 hat sich am Nachmittag um 15:00 Uhr ein Tötungsdelikt an der Schachenstrasse ereignet. Diese Strasse wurde stundenlang gesperrt. Die Folge davon war, dass der Verkehr in LuzernSüd grossräumig zusammenbrach. Mit Tempo 30 auf der Kantonsstrasse im Zentrum nimmt der maximale Durchfluss auf der Luzernerstrasse weiterhin ab. Kombiniert mit Tempo 30 auf der Schachen-/Amlehnstrasse ist das Verkehrschaos definitiv perfekt. Dann wird auf beiden Strassen weniger Verkehr bewältigt werden können. Man kann nicht einfach den Verkehr im Kupferhammer Richtung Zentrum pfrörtern. So verstopfen die Autos alle Autobahnzu- und abfahrten. Der ÖV könnte den Fahrplan auch nicht mehr einhalten. Tempo 30 auf der Schachen-/Amlehnstrasse ist eine Verschlimmbesserung der Situation in Bezug auf die Sicherheit. Teuer sanierte Lichtsignalanlagen müssen weichen, Fussgängerstreifen verschwinden, auf der gesamten Strasse gilt Rechtsvortritt von den Quartierstrassen. Das führt zu grossen Unsicherheiten bei den Verkehrsteilnehmenden. Das Volk hat sich in der Abstimmung 2013, was vor fünf Jahren war, klar für den bestehenden Kompromiss mit Tempo 40 ausgesprochen. Die Strasse verfügt beidseitig über Velostreifen. Die Polizei soll vermehrt Kontrollen machen und fehlbare Verkehrsteilnehmer büssen. Dabei wird sie auch feststellen, dass die E-Bike-Fahrer einen nicht unwesentlichen Gefahrenherd sind. Die Bemerkung der SP lehnt die SVP-Fraktion ab. Auf dieser Strasse wurde schon viel Steuergeld für die Umgestaltung verschwendet. Sie ist nicht bereit Hand zu bieten.

Abstimmung Bemerkungsantrag SP-Fraktion

Mit 14:11 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	nein
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja

Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein

Yvette Estermann muss die Sitzung aufgrund eines Podiums mit Simonetta Sommaruga verlassen. Roger Erni übernimmt nun die Sitzungsleitung.

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 82: Massnahme

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Auf der Schachen- / Amlehnstrasse wird auf die Einführung von Tempo 30 verzichtet.

Rolf Schmid fährt sehr viel nach Feierabend die Schachenstrasse hoch. Er wäre froh, wenn er 30 fahren könnte. Man steht an einer Ampel oder steht sonst noch irgendwo. Weiter sind viele Velofahrer unterwegs. Wenn es keine Ampeln und Fussgängerstreifen hat und man 30 fahren kann, ist er schneller zu Hause, als in der jetzigen Situation. Er findet es absolut unnötig Tempo 40 mit Ampeln und Fussgängerstreifen zu haben.

Gemäss Thomas Lammer wurde dieser Antrag in der KBVU mit 5:2 angenommen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 14:10 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 82: Massnahme

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Auf eine Umgestaltung der Schachen- / Amlehnstrasse wird verzichtet.

Judith Mathis-Wicki ist gegen diese Bemerkung, weil so der jetzige Zustand zementiert wird. Das ist jedoch unsinnig. Man muss eine Offenheit haben Projekte zu lancieren und zu schauen, was auf dieser Strasse sinnvoller ist. Der heutige Zustand kann so nicht belassen werden.

Gemäss Thomas Lammer wurde dieser Bemerkungsantrag in der KBVU mit 5:2 Stimmen angenommen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 13:11 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Planungsbericht

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 49: Massnahme M-2

Gemäss Patrick Koch beziehen sich die meisten Bemerkungen auf angedachte Tempo 30 Zonen. Vorausschickend darf er festhalten, dass sich die SVP-Fraktion mit jeder einzelnen Tempo-30-Zone intensiv auseinander gesetzt hat. Das heisst, sie hat sich nicht von einer Ideologie leiten lassen, sondern nach gesundem Menschenverstand jede Massnahme separat betrachtet. Wo macht es Sinn und wo nicht? Die SVP-Fraktion hat sich zu einem Kompromiss durchgerungen. Sie dankt für die Unterstützung. Die SVP-Fraktion möchte folgende Bemerkung überweisen:

Es wird auf eine Fahrverbotsregelung auf der Gallusstrasse verzichtet. Die Einführung von Tempo 30 oder einer Begegnungszone auf der Gallusstrasse und der Hohlen Gasse wird unterstützt.

Die angedachte Begegnungszone oder Tempo 30 auf der Gallusstrasse trägt die SVP-Fraktion mit. Die jetzige Höchstgeschwindigkeit von Tempo 50 ist zu hoch angesetzt. Es ist nicht möglich mit Tempo 50 durch die Gallusstrasse zu rasen. Allerdings kann sich die SVP-Fraktion nicht mit einer Fahrverbotsregelung anfreunden. Da die SVP-Fraktion den Kreisel auf der Luzernerstrasse beim Bahnhofli ablehnt, kann sie konsequenterweise nicht für eine Fahrverbotsregelung auf der Gallusstrasse eintreten, da die Horwerstrasse beim Bahnhofli so nicht im Gegenverkehr geführt werden kann. Es ist wichtig, dass die Gallusstrasse befahrbar bleibt. Einerseits lebt das Gewerbe vom Durchgangsverkehr und andererseits bezweifelt die SVP-Fraktion, dass der grosse Verkehrsanteil, die durch die Gallusstrasse abfließt, auf anderen Wegen aufgefangen werden kann.

Laut Thomas Lammer hat die KBVU diesen Antrag mit 5:2 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 18:6 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 49: Massnahme M-3

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Auf eine «Modifikation» des Knoten Gemeindehaus- / Luzernerstrasse soll verzichtet werden. Die bestehenden «Fahrbeziehungen» sollen nicht reduziert werden.

Mit dieser Modifikation kann der herkommende MIV der Gemeindehausstrasse nur noch rechts in die Luzernerstrasse einbiegen. Der Verkehr in die Bergstrasse wird so mehrheitlich über die Schachenstrasse als über die Gemeindehausstrasse geführt. Das ist sicher im Interesse des Gemeinderates. Der Sprechende fragt sich, wo jemand der von der Bergstrasse kommt und ins Zentrum möchte hinfahren muss. Dieser kann nicht mehr links abbiegen. Entweder fährt dieser in Richtung Obernau und wendet irgendwo oder fährt die Schachenstrasse runter und geht beim Senn wenden. Das ist einfach nicht durchdacht und ökologisch unsinnig.

Laut Thomas Lammer hat die KBVU diesen Antrag mit 4:3 Stimmen angenommen

Gemäss Cyrill Wiget sieht das Konzept vor, dass die Erschliessung des Sonnenbergs über die Schachen/Amlehnstrasse erfolgen soll. Es macht keinen Sinn, dass diese übers Zentrum kehren, weil man das Zentrum ja entlasten möchte. Es macht tatsächlich schlussendlich auch wenig Sinn eine Aufstellspur mit zwei Fahrten nebeneinander zu haben für die paar wenigen, die vom Mode Marco kommen. Man war der Meinung, dass man eine Spur sein lassen kann. Aber es ist bei weitem noch nicht in Stein gemeisselt. Das ist sowieso ein komplexer Knoten, worüber noch viel gehirnt werden muss. Deshalb braucht es diese Bemerkung momentan nicht. Es kann durchaus sein, dass es weiterhin zwei Aufstellstrecken braucht. Man möchte halt schon, dass man mit dem Velo im Gegenverkehr die Gemeindehausstrasse nach hinten fahren kann. Um den Verkehr auf der Hauptstrasse nicht zu belasten, braucht es gewisse Beziehungen, die eingeschränkt werden.

Thomas Lammer hat eine Frage an den Gemeinderat. Beisst sich dies nun nicht mit dem überwiesenen Bemerkungsantrag, mit dem gewünscht wird diese möglichst verkehrsfrei zu machen, wenn diese Strasse fürs Wenden gebraucht wird? Das geht für ihn nicht auf.

Gemäss Cyrill Wiget ist es ein Stückweit die Schwäche des gesamten Konzepts, dass man sich den Befreiungsschlag auf der Schachen-/Amlehnstrasse überhaupt vorstellen kann. Der Gemeinderat muss sich ein bisschen von der Schuld distanzieren. Er hat eine Abstimmung verloren bei der gefragt wurde, ob er darüber nachdenken muss. Deshalb hat er nicht weiter darüber nachgedacht und in diesem Prozess ist es tatsächlich auch nicht passiert. Den Befreiungsschlag wünscht man sich und der kann auch noch kommen. Wenn man nachher von der Schachen-strasse bei der AVIA-Tankstelle in die Luzernerstrasse einbiegt, hat man einen wesentlichen Teil der Schachenstrasse nicht belastet. Dies ist auch in der Fortsetzung der Langsägestrasse der Fall. Auf diesem Streckenzug kann es schon eine Verbesserung für den Langsamverkehr geben, auch wenn der obere Teil etwas mehr belastet wird. Rein verkehrlich gesehen ist dies vermutlich schon die richtige Lösung.

Anita Burkhardt-Künzler unterstützt nicht viel von der SVP. Aber sie vermutet schwer, dass diejenigen, die von der Bergstrasse kommen nachher die Meisterstrasse benutzen und so ins Zentrum gelangen. So wird ein Quartier mehr belastet als entlastet. Darum sieht sie nicht ein, wieso man den Verkehr nicht auf die Hauptverkehrsachse führt.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 13:11 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein

Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 49: Massnahme M-5

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Auf der Hergiswaldstrasse soll Tempo 50 bestehen bleiben.

Tempo 30 im von Schülern stark frequentierten Quartier Obernau kann die SVP-Fraktion grundsätzlich begrüssen. Tempo 30 auf dem Quartierzubringer Hergiswaldstrasse lehnt sie hingegen kategorisch ab. Die wichtige Durchgangsstrasse führt Richtung Eigenthal und wird auch von einer Postauto-Linie befahren. Es wäre für die Sicherheit nachteilig, weil die bestehenden Fussgängerstreifen weichen müssen. Sollte der Lärmschutz der Grund für das gewünschte Tempo 30 sein, so kann bei der vorstehenden Strassensanierung ein Flüsterbelag aufgetragen werden. Der Sprechende könnte sich jedoch auch eine zeitliche Tempobeschränkung vorstellen, welche beispielsweise von 22:00 Uhr - 06:00 Uhr gilt.

Die KBVU hat laut Thomas Lammer diesen Antrag mit 4:3 Stimmen abgelehnt.

Matthias Senn möchte zum Planungsstand dieses Projektes etwas sagen und weshalb der Gemeinderat bisher so entschieden hat. Vor ein paar Jahren hat das damalige Baudepartement ein Strassenprojekt für die Hergiswaldstrasse mit Tempo 50 in Auftrag gegeben. Einerseits soll der Bus besser durchkommen und auch zur Verbesserung der Radroute führen. In der Zwischenzeit wurde auch noch das Lärmsanierungsprojekt erarbeitet. Genau wie der Kanton ist die Gemeinde verpflichtet Lärmsanierungen zu machen, dort wo der Immissionsgrenzwert überschritten wird. Man stellte fest, dass man mit Tempo 30 den Lärmpegel um 2 dB senken kann. Das ist die günstigere Variante als bei all den Gebäuden Lärmschutzfenster einzubauen, bei denen der Grenzwert überschritten ist. Darum hat der Gemeinderat entschieden das Projekt mit Tempo 30 umzuplanen. Das Projekt kann demnächst öffentlich aufgelegt werden. Der Gemeinderat wäre froh, wenn man nicht den Schritt zurück zu Tempo 50 macht.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 17:7 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja

Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 49: Massnahme M-6

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Auf der Zumhofstrasse wird auf die Einführung von Tempo 30 verzichtet.

Die Einführung von Tempo 30 in den Quartierstrassen des Sonnenbergs begrüsst die SVP-Fraktion grundsätzlich. Tempo 30 auf dem Quartierzubringer Zumhofstrasse lehnt sie jedoch kategorisch ab. Diese Strasse ist übersichtlich, verfügt über Gehsteige und ist mit Fussgängerstreifen gesichert.

Laut Thomas Lammer hat die KBVU diesen Antrag mit 4:3 Stimmen angenommen.

Erich Tschümperlin fragt sich, ob dies überhaupt Sinn macht. Man hat gehört, dass gewünscht wird, dass dies flächendeckend eingeführt wird. Auf allen Abzweigern in die Quartiere könnte man Signalisierungen mit Tempo 30 aufstellen. Er erinnert sich an eine Diskussion im Einwohnerrat als man aufgrund von Geschwindigkeitsmessungen festgestellt hat, dass relativ schnell gefahren wird. Dies passiert erstaunlicherweise nicht nach unten sondern nach oben. Bis 80 km/h wurde gemessen. Tempo 30 führt vielleicht dazu, dass dann 50 gefahren wird.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 15:9 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja

Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 49: Massnahme M-7

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Auf der Bergstrasse soll Tempo 50 bestehen bleiben.

Die Argumentation ist dieselbe wie beim vorherigen Antrag.

Thomas Lammer führt aus, dass die KBVU diesen Antrag mit 4:3 Stimmen abgelehnt hat.

Rolf Schmid hat vorhin das Gesagte vom Gemeindepräsident aufhorchen lassen. Diejenigen die oberhalb wohnen, wollen in ihrer Strasse Tempo 30, jedoch die Zufahrtsstrasse auf keinen Fall. Das ist purer Egoismus und kann so nicht sein. Tempo 30 auf der Bergstrasse findet er in Ordnung.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 16:8 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 49: Massnahme M-9

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Eine Tempo-30-Zone auf der Friedhofstrasse wird begrüsst. Auf der Himmelrichtstrasse soll jedoch keine Tempo-30-Zone geschaffen werden.

Verschiedene Einfahrten in der Friedhofstrasse machen alles sehr unübersichtlich. Diese Strasse wird von vielen Velofahrern befahren, die dann in die Schlundstrasse abbiegen. Aus diesem Grund macht Tempo 30 auf der Friedhofstrasse Sinn. Bei der Einmündung der Schlundstrasse ist bereits eine Insel vorhanden. Die Himmelrichtstrasse ist sehr übersichtlich und hat ein breites Trottoir. Auch der Bus fährt diese Strecke, der sicher die eine oder andere Minute länger hat, wenn er nur mit Tempo 30 fahren kann. Der Brennpunkt Gallihalle wird bei Anlässen sehr gut gelöst. Der Sprechende bittet dem Antrag zuzustimmen.

Die KBVU hat laut Thomas Lammer diesen Antrag mit 4:3 Stimmen abgelehnt.

Bruno Bienz ist der Meinung, gerade weil die Himmelrichtstrasse so gut ausgebaut ist, wird dort mehr als 50 gefahren. Wenn in der Friedhofstrasse plötzlich Tempo 30 ist, möchte er dann sehen, wie dies funktioniert. Das ist nicht ganz durchdacht.

Patrick Koch bestätigt, dass auf dieser Strecke manchmal eine Auto-Rallye gemacht wird. Ein Raser fährt auch mit 80 durch Tempo 30. Die Polizei soll halt vermehrt Kontrollen machen, wenn dies wirklich ein Brennpunkt ist. Hier geht es um die Gestaltung der Strasse.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 19:5 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion Nr. 1 zu Seite 49: Massnahme HS-1 und HS-2

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Im Abschnitt Gallusstrasse - Luzernerstrasse wird kein Gegenverkehr eingeführt. Auf eine Modifikation des Knotens Horwerstrasse / Luzernerstrasse (Kreisel) wird ebenfalls verzichtet. Das jetzige Verkehrsregime soll bestehen bleiben.

Bereits heute gibt es zu den Stosszeiten einen Rückstau von der Horwerstrasse bis zum Schwimmbad Kriens. Wird der neue Kreisel auf der Luzernerstrasse errichtet und der Gegenverkehr auf der Horwerstrasse im Bereich Bahnhofli eingeführt, führt dies zu einem noch grösseren Rückstau. Heute ist die Einfahrt von der Horwerstrasse in die Luzernerstrasse mit einer Lichtsignalanlage geregelt. Inskünftig gilt der Linksvortritt im Kreisel zu beachten. In der Annahme, dass der Verkehr in der Luzernerstrasse eigentlich dauernd fliesst, werden hier die Autos nur Brockenweise in den Kreisel fahren. Mit diesen Massnahmen wird das Problem sicher nicht besser.

Gemäss Thomas Lammer hat die KBVU diesen Antrag mit 5:2 Stimmen abgelehnt.

Für Raphael Spörri war dies gerade ein wunderbares Foto zum Beweis, dass der heutige Stand nicht funktioniert. Somit möchte man daran etwas ändern und besser machen.

Das ist Martin Zellweger's täglicher Arbeitsweg zum Erreichen des ÖV's. Er ist froh, dass es dort zwei Spuren hat, denn wenn nicht, muss man rechts abzweigen und dies gibt dann den Ausweichverkehr durch die Quartiere untendurch. Der Gegenverkehr und die Verengung führen definitiv zu einer Verlagerung des Verkehrs vom Klösterli in Ausweichrouten. Das ist auch nicht unbedingt förderlich für die Quartiere.

Laut Matthias Senn hat das Foto schön gezeigt, dass man heute ein Problem hat. Es ist nicht entscheidend, ob es eine oder zwei Spuren gibt, sondern die Art des Verkehrsregimes ist entscheidend. Die bisher gemachten Verkehrssimulationen zeigten, dass mit diesem Kreisel vor allem die Horwerstrasse profitiert. Der Verkehr aus der Horwerstrasse kann abfliessen. Man muss dann eher schauen, ob es für die Luzernerstrasse von Luzern her auch so gut funktioniert. Das Projekt wird ja noch nicht gerade morgen erstellt. Es müssen noch einige verkehrstechnische Abklärungen getroffen werden. Es wäre schade, wenn man so etwas bereits bei der Geburtsstunde abwürgt. Das ist doch eines der Projekte, was eine Vision im GVKK ist. Darum empfiehlt der Gemeinderat diese Bemerkung abzulehnen.

Gemäss Martin Zellweger darf man nicht nur die Stosszeiten anschauen, wenn die Kolonne steht. Es gibt auch andere Zeiten und das kommt im vorliegenden Dokument nicht zum Vorschein. Eine 30er Zone im Zentrum ist vielleicht in Stosszeiten ein Thema, aber wenn der Verkehr läuft, ist es etwas anderes. In normalen Verkehrszeiten, wenn es keine Kolonne hat, aber vielleicht mehr Verkehr, wird es dort neuen Stau geben.

Anita Burkhardt-Künzler möchte zu Tempo 30 etwas loswerden. In Tempo-30-Zonen gibt es keine Ampeln mehr. Die Sprechende war auch schon nachts um 2:00 Uhr im Zentrum unterwegs und musste 2-3 Min. an der roten Ampel warten, weil diese funktioniert hat. Mit Tempo 30 kann man auch nachts um 2:00 Uhr durch ganz Kriens fahren und muss nie anhalten. Sie wiegt nun gegeneinander auf, ob sie dann am Rotlicht oder mit Tempo 30 schneller ist. Bei Tempo 30 ist eigentlich nicht der Fussgänger vortrittsberechtigt, aber er darf überall queren. Heute hat sie etwas Spannendes gelesen. Graz ist eine relativ grosse Stadt in Österreich. Diese Stadt hat bereits am 1. September 1992 auf allen Strassen mit Ausnahme der Haupt-

verkehrsachsen Tempo 30 eingeführt. Dort funktioniert es auch und die Welt ist nicht zusammengebrochen. Man kann sich ja auch einmal so etwas zum Vorbild nehmen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 19:5 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja
Hunziker, Manuel	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion Nr. 2 zu Seite 49: Massnahme HS-1 und HS-2

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Auf die Einführung einer Tempo-30-Zone sowie auf eine Umgestaltung der Horwerstrasse wird verzichtet.

Die Situation für den Langsamverkehr ist heute bereits zufriedenstellend.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 16:6 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein

Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion zu Seite 52: Massnahme Z-3

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Auf eine Umgestaltung des Strassenraumes und einer «Verbesserung der Querbarkeit» für den Fuss- und Veloverkehr auf der Luzernerstrasse (Zentrumsabschnitt) wird verzichtet. Auf Tempo 30 wird auf der Luzernerstrasse verzichtet.

Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich gegen Tempo 30 auf Kantonsstrassen. Diese Massnahme verringert den Verkehrsdurchfluss.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 18:4 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion Nr. 1 zu Seite 53: Massnahme P-2

Gemäss Patrick Koch möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Auf die Einführung einer flächendeckenden Bewirtschaftungspflicht für alle öffentlichen zugänglichen Parkfelder ausserhalb des Siedlungsraumes ist zu verzichten.

Man soll diesbezüglich auf die SVP-Initiative zurückblicken, die noch nicht allzu lange zurückliegt. Die Forderung widerspricht dieser überwiesenen Initiative. Eine Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes ist völlig unverhältnismässig. Die Investition von Unterhaltskosten für die Parkuhren von vielen tausend Franken steht in keinem Verhältnis. Müsste

immer extra ein Kontrolleur auf den Sonnenberg fahren, um Bussen zu verteilen? Die Einführung einer zentralen Parkuhr würde erst recht den umweltbelastenden parkplatzsuchenden Verkehr und die wilde Parkiererei fördern. Er denkt dabei an die beiden Restaurants Buurestübli und Sonnenberg. Leute stellen dann ihre Autos auf den Privatparkplätzen oder Hotels und es entstehen andere Konflikte.

Laut Thomas Lammer hat die KBVU diesen Antrag mit 4:3 Stimmen angenommen.

Michèle Binggeli hat das Gefühl, dass sich viele nicht bewusst sind, was eine flächendeckende Bewirtschaftung aller Parkplätze bedeutet. Das betrifft nicht nur Parkfelder, wie man sich diese im normalen Rahmen vorstellt. So wären auch neu viele Restaurants betroffen. Patrick Koch hat es bereits angetönt. Das sind nicht nur Gewerbler, sondern beispielsweise auch die Hergiswald Kirche. Dort hat es auch einen Parkplatz und dieser müsste auch bewirtschaftet werden. Kriens hat auch ein Pfadiheim, bei dem eine Bewirtschaftung stattfinden müsste. Sie ist sich nicht sicher, ob sich alle dessen bewusst sind. Darum bittet sie den Antrag zu unterstützen.

Matthias Senn möchte gerne präzisieren. Es war nie die Meinung des Gemeinderates eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes einzuführen. Man möchte quasi das Verbot abschaffen, dass beispielsweise im Sonnenberg die Bewirtschaftung auf öffentlichem Grund ermöglicht wird. Zum Parkierchaos hat der Gemeinderat bereits einen Vorstoss beantwortet. Beim zweiten Parkplatz bei dem es sich allenfalls lohnen würde ist beim Allenwinden. Bei allen anderen Parkplätzen lohnt es sich gar nicht. Dann muss man auch noch zwischen privatem und öffentlichem Grund unterscheiden. Hergiswald liegt seines Erachtens auf privatem Grund.

Bruno Bienz meint, dass die SVP selber nicht mehr weiss, was für eine Initiative sie gemacht haben. Sie haben namentlich die Plätze genannt, die ausgenommen werden sollen. Der Sonnenberg ist beispielsweise nicht aufgeführt. Aufgeführt sind: Allenwinden/Burestübli, Schiessplatz Stalden, Holzerbödeli, Schloss Schauensee sowie das Familiengartenareal Oberstudenhof.

Michèle Binggeli möchte zum Votum von Matthias Senn etwas ergänzen. Wenn sie hier liest heisst es, dass sehr eindeutig steht: *„...flächendeckende Bewirtschaftungspflicht für alle öffentlich zugänglichen Parkfeldern, sowohl auf öffentlichen wie auch auf privaten Arealen.“* Sie ist nicht der Meinung, dass Private hier nicht eingeschlossen sind.

Gemäss Matthias Senn wurden diese Fragen bereits in der KBVU diskutiert. Der Gemeinderat ist schon ein Schritt weiter, denn das Parkplatzreglement war bereits in 1. Lesung im Gemeinderat. Die Absicht besteht das Verbot auf gewissen Parkplätzen aufzuheben. Auch der private Grund wurde diskutiert. Einerseits wurde die Parkplatzbewirtschaftung auf privatem Grund mittels Bebauungsplänen und Gestaltungsplänen eingeführt. Der Pilatusmarkt und das Nidfeld haben eine Bewirtschaftungspflicht im Bebauungsplan vorgeschrieben. Mit diesem Instrument kann dies vorgeschrieben werden. Das sind auch verkehrsintensive Nutzungen und so macht es Sinn. Man fand jedoch keine Rechtsgrundlage, dass man bei Nutzungen, die keinen Sondernutzungsplan benötigen, einfach auf privatem Grund eine Parkplatzbewirtschaftung vorschreiben kann. Beispielsweise kann man nicht dem Denner oder dem Restaurant Obernau eine Bewirtschaftung vorschreiben.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 14:8 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP-Fraktion Nr. 2 zu Seite 53: Massnahme P-2

Die SVP-Fraktion möchte gemäss Patrick Koch folgende Bemerkung überweisen:

Auf privaten Arealen wird keine Bewirtschaftungspflicht eingeführt.

Hier geht es nicht um Einkaufszentren. So wie er es richtig verstanden hat, kann man es aufgrund rechtlicher Grundlagen gar nicht so umsetzen. So wie es steht, ist es allgemein abgefasst.

Gemäss Matthias Senn muss man unterscheiden zwischen den grossen verkehrsintensiven Nutzungen mit Sondernutzungsplänen bei denen es möglich ist und den kleinen bestehenden Nutzungen.

Die KBVU hat diesen Antrag laut Thomas Lammer mit 5:2 Stimmen angenommen.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP-Fraktion

Mit 13:9 Stimmen wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein

Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Patrick Koch möchte noch etwas Allgemeines loswerden. Heute konnte man eine grosse Diskrepanz zwischen den Entscheiden in der Kommission und im Einwohnerrat feststellen. In der KBVU kamen 2/3 der Anträge durch. Die bürgerliche Seite ist massiv geschwächt. Das widerspiegelt in keiner Art und Weise die Meinung der Bevölkerung. Die SVP kündigt bereits jetzt schon das Referendum für das Parkplatzreglement an. Sie wird dieses bekämpfen. Sie wird auch Verbündete beim Gewerbeverband und der FDP zur Schachen-/Amlehnstrasse finden. Der Sprechende ist enttäuscht und findet es schade. Man hat sich intensiv damit befasst und bei Tempo 30 ist die SVP-Fraktion sehr über ihren eigenen Schatten gesprungen. Es wurde versucht Kompromisse einzugehen und deshalb ist es schade, dass alles abgeschmettert wurde.

Seite 41 Behandlung Bericht Postulat Tanner: Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung (Nr. 113/14)

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, weshalb es eine Abstimmung gibt.

Thomas Lammer vertritt Beat Tanner. Normalerweise bedankt sich der Postulant für den Bericht, aber im vorliegenden Fall kann er dies nicht tun. Der Gemeinderat beantragt wiederum das Postulat ohne eine Bericht abzuschreiben. Ob das bewusst oder unbewusst passiert, lässt er im Raum stehen. Beim Anliegen der FDP handelt es sich nicht um einen Umfahrungstunnel. Ihre Idee ist mit einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, ob die Vision ein völlig verkehrsfreies Zentrum von der Metzgerei Matter bis ca. Restaurant Harmonie möglich ist und was das kostet. Sämtlicher Verkehr wie der ÖV und MIV würde via Kurztunnel in den Boden verlegt. Alternativ kann man sich auch eine Parkierungsanlage im Boden vorstellen, wo ein Lift direkt zum Dorfplatz führt. Stellt man sich einmal vor, dass der gesamte Dorfkern verkehrsfrei ist. Es bietet attraktive Aufenthaltsräume mit Bäumen, Bänkli, Brunnen, guten Einkaufsgeschäften und Boulevard-Restaurants würden zum Verweilen einladen. Endlich hat man wieder ein Dorfzentrum worauf man stolz sein kann. Es ist attraktiv und ein Erlebnis zum Einkaufen oder ein Ort wo man Krienserinnen und Krienser treffen kann. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass es sich hier um eine Vision handelt, um den Dorfkern weiter aufzuwerten. Hat man keine Vision, wird auch in 20 Jahren keine Veränderung Wirklichkeit. Im Sinne einer attraktiven Stadt mit einer hohen Aufenthaltsqualität bittet der Sprechende den Vorstoss nicht abzuschreiben. Es braucht eine Machbarkeitsstudie um zu klären, welche Vision von einem Dorfzentrum möglich und auch finanzierbar ist. Der Einwohnerrat soll sich auch endlich einig sein, was man möchte. Nur gemeinsam ist man stark, um auch beim Kanton die Krienser Bedürfnisse durchzubringen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Bypass.

Gemäss Cyrill Wiget entschuldigt sich für die Argumentation, welche zu stark an den Umfahrungstunnel angelehnt ist. Die Linie ist trotzdem dieselbe und es ist trotzdem nicht realistisch.

Zwischen der Kreuzbeck und dem Central muss eine Abfahrt gemacht werden, wo gleichzeitig der Bus links und rechts trotzdem noch vorbeikommen muss. Platztechnisch ist es schon gar nicht möglich. Eine Machbarkeitsstudie kann schon erstellt werden, aber auch diese kostet. Vorstösse mit solchen Kostenfolgen zu überweisen, entspricht nicht dem, was der Einwohner-rat bei der Budgetdebatte verlangt hat. Es tönt schön, aber scheint nicht möglich zu sein.

Die KBVU hat laut Thomas Lammer diesen Vorstoss abgelehnt.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist gemäss Rolf Schmid für Abschreiben. Sie staunt, weil die FDP eine Machbarkeitsstudie für eine Untertunnelung des Dorfbereiches möchte. Wo nimmt man das Geld her? Die FDP wettet über die finanzielle Situation der Gemeinde. Eine solche Machbarkeitsstudie kostet wahrscheinlich noch einiges mehr, als das GVKK. Von der FDP, Vertreter der Gewerbler, möchte er wissen, wo denn die Leute mit dem Auto hingehen, wenn sie kurz etwas umschlagen oder einkaufen möchten. Dazu gibt es dann überhaupt keine Mög-lichkeit mehr.

Thomas Lammer führt aus, dass dieser Vorstoss mit Hilfe der CVP/JCVP-Fraktion 2014 überwiesen wurde. Sie ändert anscheinend ihre Meinung relativ schnell.

Erich Tschümperlin wäre sogar bereit diesen Vorstoss warm zu behalten, wenn er am Hori-zont sieht, dass man sich dies irgendwann einmal leisten kann. Wenn man in den nächsten 10 Jahren die Schulden auf null bringt, machen alle ein Kreuz an die Decke. Jetzt schon Geld für eine Machbarkeitsstudie auszugeben, worüber in zehn Jahren vielleicht einmal nachgedacht wird, dann ist diese sicher schon obsolet. Davon weiss bestimmt niemand mehr etwas. Das ist einfach sinnlos. Wenn man von Fr. 50'000.00 bis Fr. 100'000.00 spricht, wird die Sparkeule geschwungen. Wenn man von 50 Mio. Franken spricht, muss man Visionen haben. Auf diese Visionen kann der Sprechende verzichten.

Rolf Schmid hat im Moment über seine eigene Meinung gesprochen. Es wurde nicht einfach die Meinung geändert, sondern jetzt geht es um die Abschreibung dieses Vorstosses im Kon-text mit dem GVKK. In dieser Betrachtung ist dieser erledigt.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Tanner: Machbarkeitsstudie Umfah-rungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung (Nr. 113/14)
Das Postulat wird mit 12:10 Stimmen abgeschrieben.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Gisler, Kurt	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja

Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	nein

Seite 43 Behandlung Bericht Postulat Meyer: 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation (Nr. 116/14)

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, weshalb es eine Abstimmung gibt.

Gemäss Thomas Lammer hat die KBVU diesen Vorstoss abgeschrieben.

Cyrell Wiget findet, dass Kriens so eine schöne Gemeinde ist und man muss nicht innert 10 Minuten von jedem Punkt verschwinden können. Insofern hat ihn diesen Vorstoss noch nie wirklich überzeugt. Spass bei Seite, denn es ist einfach nicht realistisch. Es kann auch bei bestem Verkehrssystem zu Staulagen führen.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Meyer: 10 Minuten – Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation (Nr. 116/14)

Das Postulat wird mit 22:0 Stimmen abgeschrieben.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Anträge zum Beschlusstext

Bruno Bienz stellt den Antrag, dass das GVKK positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Thomas Lammer stellt den Antrag das GVKK ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (neutral), gegenüber Antrag B. Bienz (zustimmend), gegenüber Antrag Lammer (ablehnend)

Mit 0:14:8 Stimmen wird der Antrag B. Bienz angenommen.

Bienz, Bruno	zustimmend
Binggeli, Michèle	ablehnend
Büchi, Cla	zustimmend
Burkhardt-Künzler, Anita	zustimmend
Gisler, Kurt	ablehnend
Graf, Alfons	ablehnend
Kobi, Tomas	zustimmend
Koch, Patrick	ablehnend
Lammer, Thomas	ablehnend
Manoharan, Yasikaran	zustimmend
Mathis-Wicki, Judith	zustimmend
Niederberger, Raoul	zustimmend
Nyfelner, Nicole	zustimmend
Portmann, Michael	zustimmend
Rösch, Daniel	ablehnend
Schmid, Rolf	zustimmend
Schwarz, Erwin	ablehnend
Spörri, Raphael	zustimmend
Tschümperlin, Erich	zustimmend
Vonesch, Andreas	zustimmend
Wendelspiess, Ursula	zustimmend
Zellweger, Martin	ablehnend

Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Gesamtverkehrskonzept Kriens wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Folgende Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:

- *Postulat Tanner (Nr. 113/2014): Machbarkeitsstudie Umfahrungstunnel, verkehrsfreies Zentrum mit Neugestaltung*
- *Postulat Meyer (Nr. 116/2014): 10 Minuten - Eine spürbare Verbesserung der Verkehrssituation*

Folgende Bemerkungen werden an den Gemeinderat überwiesen:

- *Mit der allfälligen Änderung in einen neuen Zentrumsraum soll der Gemeinderat sicherstellen, dass genügend oberirdische Kurzzeitparkplätze im Zentrumsbereich zur Verfügung stehen.*
- *Der Gemeinderat sei zu verpflichten, sich beim Kanton einzusetzen, dass die geplante Dosierstelle Obernau ca. 400 m Richtung Renggloch (Höhe Liegenschaft Huber) verschoben wird.*
- *Mittels Variantenstudium und Pilotversuche sind geeignete Massnahmen zur Erreichung des formulierten Zielbilds zu evaluieren.*

Gemäss Roger Erni findet keine Abstimmung statt.

Die Geschäftsleitung hat nun entschieden, dass die Traktanden Nrn. 5 sowie 7-14 auf die nächste Sitzung abtraktandiert werden. Die Traktanden Nrn. 6 und 6a werden jetzt noch behandelt.

5. Bericht und Antrag: Erlass Reglement über die Fonds der Stadt Kriens Nr. 145/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

6. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Bezahlbarer Wohnraum für ein lebenswertes Kriens“; Fristerstreckung Behandlung Nr. 148/18

Gemäss Matthias Senn hat die KBVU diesen B+A nach einer sehr kurzen Diskussion mit 7:0 Stimmen angenommen.

Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, führt aus, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Frist für die Behandlung der Initiative „Bezahlbarer Wohnraum - für ein lebenswertes Kriens“ um maximal 6 Monate zu verlängern beantragt. Er begründet dies mit der Koppelung an die Gemeindeinitiative der CVP/JCVP „Attraktive Arbeitsplätze für Kriens“. Sie kann der Argumentation des Gemeinderates folgen. Insbesondere streicht der Gemeinderat in seiner Begründung den engen sachlichen Zusammenhang der beiden Initiativen hervor. Tatsächlich schreibt die CVP/JCVP in ihrem Initiativtext unter anderem, dass Wohnen und Arbeiten am selben Ort eine hohe Bedeutung in verschiedener Hinsicht hat: Die Siedlungsentwicklung kann positiv beeinflusst werden, der Pendler-Verkehr nimmt ab und die Lebensqualität der Menschen steigt. Wenn nun ein gemeinsamer Bericht zu den verbindenden Elementen der beiden Initiativen aufzeigen kann, mit welchen Mitteln, Massnahmen und daraus resultierenden Verfahren der Arbeits- und Wohnstandort Kriens gefördert werden kann, dann ist dies auch im Sinne ihrer Initiative. Die CVP/JCVP-Fraktion hat keine Einwände gegen eine Fristerstreckung und stimmt dem B+A zu.

Die SVP-Fraktion ist laut Michèle Binggeli für Eintreten und stimmt dem B+A zu. Es macht sachlich Sinn die beiden Initiativen zusammen zu behandeln, um auch allfällige Synergien aus beiden Erkenntnissen zu nutzen.

Auch die FDP-Fraktion tritt gemäss Daniel Rösch auf den B+A ein und stimmt zu.

Raphael Spörri führt aus, dass auch die SP-Fraktion diesem B+A zustimmt und sie den Argumentationen des Gemeinderates folgen kann.

Gemäss Erich Tschümperlin stimmt auch die Grüne/GLP-Fraktion diesem B+A zu. Aber er möchte hier schon erwähnen, dass dies bis am 30. Oktober 2018 hätte behandelt werden müssen. Dass der Antrag auf Verschiebung danach in den Einwohnerrat kommt, findet er gegenüber einem Volksbegehren sehr schlecht. Dies ist ein Stückweit auch respektlos. Wenn man sieht, dass es nicht reicht, hätte man früher damit kommen müssen. Man kann nicht nach Ablauf der Frist um eine Verlängerung fragen. Was passiert, wenn der Einwohnerrat heute nein sagt. So geht es nicht.

Laut Erwin Schwarz gibt es man ja auch noch die Geschäftsleitung, es ist nicht nur der Gemeinderat dafür verantwortlich.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die Behandlung der Gemeindeinitiative „Bezahlbarer Wohnraum – für ein lebenswertes Kriens“ im Einwohnerrat wird eine Fristerstreckung von 6 Monaten gewährt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 148/18:

Der Beschlussestext wird mit 21:0 Stimmen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

6a. Beantwortung dringliche Interpellation Erni: Fertigstellung Station Kleinfeld Nr. 157/18

Gemäss Guido Solari übernimmt er für dieses Traktandum die Leitung der Sitzung, da der Vizepräsident der Interpellant ist und er dazu sprechen kann.

Franco Faé versucht sich kurz zu halten. Wenn ein Areal eingezäunt ist, heisst das nicht, dass es nicht zugänglich ist. Es ist eine Trennung für die einzelnen Nutzer. Einzig während der Badesaison ist der Zaun eine effektive Trennung, da in dieser Zeit das Areal zur Badi gehört. Das war bisher bereits so. Es ist vorgesehen, dass während der Badesaison die Nutzung der Wiese durch den Schulsport und den Breitensport mit den Garderoben im Sportzentrum Kleinfeld möglich ist. Die Badi hat bereits bei der Badisanierung das Nutzungsrecht auf der Mettlenwiese und dem Spielplatz aufgegeben. Diese Anlage ist während der ganzen Badesaison zugänglich für alle und wird intensiv benutzt. Es ist ein sehr gut besuchter Spielplatz in Kriens. Die Wiese war während dem ganzen Bauprojekt Kleinfeld ein Thema. Den bisherigen Nutzern der Wiese wurde beim Projektstart vom Stadion Kleinfeld zugesagt, dass die Anlagen nach Abschluss der Stadionarbeiten im Schul- und Vereinssport wieder wie bisher zur Verfügung stehen. Es hat aber auch Einschränkungen gegeben, in dem Sinne, dass es jetzt auf der Leichtathletikanlage weniger Laufbahnen hat und logischerweise eine kleinere Fläche zur Verfügung steht. Die beim Bauprojekt Kleinfeld eingesetzte Arbeitsgruppe Umgebung mit den Nutzern der Kleinfeld Anlagen, bestehend aus Schulsport, Breitensport, Sportanlagen, Freizeitdienste und Sportschule, haben sich stets dazu geäußert, dass der Zaun erstellt werden soll. Für den Schulsport ist die Abgrenzung wichtig für den Unterricht, aber auch für die Sicherheit. Der Breitensport macht sich Sorgen, dass die Tartanbahn und die angrenzenden Felder durch Fahrzeuge befahren und so beschädigt werden. Der Zugang zur Wiese wurde auch so gewählt, dass direkt aus den Garderoben des Breitensports die Wiese betreten werden kann.

1. Warum will die Gemeinde Kriens einen Zaun zwischen dem neuen Gebäude Sportzentrum und der Leichtathletik-Wiese installieren?

Das Spielfeld und die Leichtathletikanlage ist Teil des Parkbads. Gerade für die Jugendlichen bietet die Wiese einen Freiraum, welchen sie sonst nirgends in der Badi haben. Dort dürfen sie laut Musik hören, können Fussball spielen, Frisbees werfen, es kann Beachvolley gespielt werden etc. Kinder, Jugendliche und Erwachsene benützen dieses Angebot. Die Wiese ist daher auch nicht mit Sonnenbadenden gefüllt, weil diese wiederum die sportlichen Aktivitäten verhindern würden. Aber am ganzen Rand des Spielfeldes lassen sich während der Badesaison Personen nieder, welche diesen Platz schätzen. Dies wird in den Gesprächen mit den Badi-Stammgästen immer wieder speziell erwähnt. Es wäre eine erhebliche Einbusse für die Attraktivität des Parkbades Kriens.

2. Wieviel kostet dieser Zaun?

Die Kostenermittlung für den Bau des Zauns sind gegenwärtig in der Abklärung. Im Kostenvoranschlag für das Projekt Umgebung der Gemeinde sind hierfür Fr. 20'000.00 vorgesehen.

3. Bis wann muss/soll er realisiert sein?

Für den Schulsport ist es wichtig, dass der Zaun schnell montiert wird, da dieser für den Schulunterricht wichtig ist. Die Lehrpersonen müssen während den Schulzeiten die Anlage benutzen können, ohne vorgängig Fremdnutzer wegzuschicken. Auch für die Sportanlagen ist es wichtig, dass der Zaun schnell erstellt wird. Der Verbindungsweg zwischen Horwer- und Schlundstrasse ist mit der Fertigstellung ein öffentlicher Durchgangsweg. Mit den Abschlussarbeiten war immer geplant diesen Zaun zu erstellen.

4. Welche Alternativen gibt es (ich denke hier daran, dass mit einer einfachen Installation am bestehenden Zaun zwischen Badi und Leichtathletik-Wiese ein Zutrittssystem der Badi Eintritt verschaffen müssen)?

Im Zusammenhang mit der Planung des Zauns wurde auch diskutiert, ob es auch alternative Lösungen gibt. Man musste feststellen, dass diese mit sehr grossem Aufwand verbunden wären, unter anderem mit einem zusätzlichen Eintrittssystem.

5. Warum will der Gemeinderat, dass die Breitensportler, welche sich in den neuen Garderoben des Kleinfeldgebäudes umziehen, sich über das Zutrittssystem der Badi Eintritt verschaffen müssen?

Diese Frage stimmt so nicht. Den Sportvereinen wird ausserhalb der Öffnungszeiten des Parkbads wie bisher der Zugang zur Wiese über das Tor bei den Garderoben gewährleistet. Während den Badiöffnungszeiten erfolgt der Zutritt über den Eingang der Badi. Zu dieser Jahreszeit benützt der Beachclub jeweils auch die Garderoben der Badi. So kann sichergestellt werden, dass das Tor zur Wiese geschlossen bleibt und Unbefugte nicht über das Tor die Badi betreten können.

6. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass bei unseren Nachbargemeinden Horw und Luzern die beiden schönsten und grössten LV-Anlagen frei zugänglich sind?

Ja, das ist dem Gemeinderat bekannt. Die Leichtathletikanlage der Stadt Luzern ist jedoch bei Veranstaltungen und Spielen auch nicht mehr öffentlich zugänglich. Zudem sind diese Anlagen aber auch nicht Teil einer Badeanlage. Ein Spielplatz Lido oder eine Beachvolleyanlage in der Badi Tribschen oder im Lido in Luzern können auch aus den gleichen Gründen während der Badesaison nicht öffentlich benutzt werden.

7. Kann sich der Gemeinderat vorstellen im Sinne eines Versuches den Bau des Zaunes solange zu verschieben bis die Krauerwiese der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung steht?

Nein, das Problem soll jetzt mit der Fertigstellung der Umgebung gelöst werden. Für den Gemeinderat bedeutet das aber nicht, dass es in Zukunft eine Änderung gibt. Das Gesamtkonzept Sportanlagen Kleinfeld sieht vor, dass die Leichtathletikanlage auf den Tennenplatz (Sandplatz) verschoben wird. Wenn dem so wird, kann die Wiese bei der Badi entsprechend umgestaltet werden, dass ein Teil für die Badi und ein Teil anderweitig benutzt werden kann.

Der Gemeinderat steht dazu, dass die Sportanlagen im Kleinfeld geöffnet sein sollen. Allerdings ist es auch so, dass das neue Stadionspielfeld nicht öffentlich und ohne Trainingsbetrieb geschlossen ist. So hat der Gemeinderat auch durchgesetzt, dass der Kunstrasenplatz auf Feld 3 der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Notabene war da der SC Kriens dagegen. Der Zugang zur Wiese wird auch ausserhalb der Badesaison in Zukunft möglich sein. Der Zaun dient dem Schutz der Wiese und ist für einen gut funktionierenden Badebetrieb unerlässlich. Franco Faé kommt nochmals zum Spielfeld 3 zurück. Dieses ist nun mit einem Tor aus verschiedenen Gründen geschlossen. Das ist ein sogenannter unverfüllter Platz und es handelt sich lediglich um einen Rasenteppich. Nächstes Jahr wird dieser ersetzt und wird auch verfüllt. Unter Umständen können sich dann die Bedingungen noch ändern. An vielen Orten mit einer öffentlichen Wiese ist es ein Problem, dass es in einem solchen Rasen Glasscherben hat. Das ist wirklich gefährlich. Der Beachclub hat in einem Schreiben gefordert, dass der Sandplatz aus gesundheitlichen und sicherheitstechnischen Gründen eingezäunt werden müsste, wenn die Spielwiese öffentlich zugänglich bleibt. Auch die Schule hat zur Sicherheit ein Schreiben eingereicht. Er verzichtet im Moment darauf, diese Schreiben herunterzulesen.

Guido Solari fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Roger Erni wünscht eine Diskussion.

Guido Solari stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Roger Erni hat der Einwohnerrat vor sechs Wochen lange über die dringliche Motion betreffend der Krauerwiese gesprochen, welche als Frei- und Spielraum für die Krienser Bevölkerung dienen soll. Man stellte fest, dass die eine oder andere Grünwiese in den letzten Jahren verschwunden ist. Wer jetzt ins Kleinfeld kommt, findet ein offenes und freies Feld. Nun soll vor diesem neuen Gebäude ein 3 m hoher Zaun erstellt werden. Das hat ihn dazu bewogen diese Interpellation einzureichen. Mit 26:0 Stimmen wurde der Dringlichkeit stattgegeben. Er ist gespannt, wie eine Konsultativabstimmung zu dieser freien Wiese im Einwohnerrat herauskommen würde. Roger Erni ist sich bewusst, dass dies nicht im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegt, trotzdem ist es eine einmalige Chance mit dem Zaun zu warten, bis zumindest die Krauerwiese wieder frei ist. Weiter möchte er nach 1-2 Jahren hören, ob bei der Badi, den Schulen und Beachvolleyballern das Thema immer noch so schlimm ist, wie es nun gemacht wird. Glasklar ist, wenn der Sprechende René Bienz und die Schulen fragt, wie es gewesen war, sagen diese dass es gut war und nicht verändert werden muss. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der brutal deutlichen Antwort des Gemeinderates wird er sein Votum nun gleich beenden. Er dankt noch für die Beantwortung und bittet wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, den Zaun bis mindestens Ende 2019 nicht zu bauen. Wenn dieser gebaut ist, kann dieser sicherlich nicht wieder abgebaut werden. Wenn damit gewartet wird, kann man diesen in einem Jahr immer noch erstellen.

Franco Faé ist schon in einer speziellen Situation. Er liebt Fussball, hat früher auch selber gespielt und er weiss was dort drum herum abgeht. Der Sprechende ist aber auch für die Sport- und Freizeitanlagen zuständig. In den Briefen sind viele Argumente vorhanden, die betrieblich zeigen, dass dieser Zaun eben doch wichtig ist. Dieser Zaun wird nicht 3 m, sondern lediglich 2 m hoch. Er wird nochmals abklären, ob es Möglichkeiten gibt, den Zugang zu öffnen. Der Gemeinderat hat aber etwas Angst davor, dass dies anderweitig in Beschlag genommen wird und Randsportarten nicht mehr zum Zuge kommen. Die Idee bis nächstes Jahr oder bis die Krauerwiese wieder frei ist zu warten, findet er nicht gut. Die Badesaison ist zwischenzeitlich wieder und der Schulsport braucht diese Anlage. Wenn es öffentlich ist, können Leute nicht weggeschickt werden. Wer übernimmt die Sicherheitsfrage, wenn die Schulen im Rahmen des Sportunterrichts mit Hämmern und Speeren werfen? Der Beachvolleyballclub Kriens hat den Gemeinderat geschildert, dass ihr Areal trotzdem eingezäunt werden muss. Der Zaun zur Badi muss erhöht und das Eintrittssystem geändert werden. Für diese Änderungen wurde im Budget nichts eingeplant. Anders geht es also nicht, sonst muss dem Einwohnerrat ein Sonderkredit vorgelegt werden. Bis anhin kam von niemandem ein Einwand, dass dort etwas falsch ist. Vorher war die Anlage auch geschlossen. So gern der Sprechende den Fussball hat, weiss er was während der Bauphase abging und jeweils während den Fussballspielen abgeht. Da hat er schon Bedenken, dass es einen hohen Aufwand braucht. Jetzt hat man einen offenen Durchgang, aber für den Betrieb hofft er, dass der Zaun erstellt werden kann.

Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, stellt fest, dass man bei solchen kurzfristigen dringlichen Vorstössen nicht wirklich Zeit hat sich darüber zu beraten. Die CVP/JCVP-Fraktion hat dies heute Mittag nachgeholt. Die Diskussion war relativ heftig und es wurde kontrovers diskutiert. Deshalb weiss er nun nicht, ob er den Ton der gesamten Fraktion trifft. An der Stationeröffnung wurde der Sprechende auf den Zaun angesprochen: „*Du, da wollen sie einen Zaun von vorne bis hinten bauen!*“ Seine erste Reaktion darauf war: „*Das kann doch nicht sein!*“ Für die CVP/JCVP-Fraktion ist das Öffentlichkeitsprinzip auf solchen Anlagen sehr wichtig. Es gilt auf Schulhaus- und Spielplätzen, auf Grünflächen und auch z.B. in der Langmatt. Warum also soll nicht auch diese Anlage frei zugänglich sein? Viele Flächen jedoch, die an eine übergeordnete Nutzung gekoppelt sind, haben auch eine eingeschränkte Nutzung für die Öffentlichkeit. So auch z.B. die Schulhausplätze oder Turnwiesen, welche zu Schulzeiten

insbesondere den Schulen zur Verfügung stehen. Und hier kommen nun die Argumente, die der Gemeinderat vorgebracht hat zum Tragen:

- Die Trennung von Schulsport und freier Bewegungsfläche muss zugunsten des Schulsportes gewährleistet sein. Diese hat sich bisher bewährt. Der Sprechende spricht auch aus Erfahrung. Er ist mit seinen Klassen relativ viel auf dem Kleinfeld.
- Die Ansprüche der Breitensportvereine, wie z.B. Beachvolleyballern, müssen respektiert werden.
- Die Anliegen und Sorgen des Parkbades muss man berücksichtigen und ernst nehmen.

Die CVP/JCVP-Fraktion sieht als Kompromiss für alle Anliegen, dass der Zaun durchaus Sinn macht, aber durch ein Tor, das situativ offen oder eben geschlossen ist, auch den Öffentlichkeitsansprüchen Rechnung tragen kann.

Yasikaran Manoharan von der SP-Fraktion weist auf den Masterplan und den Bericht der Freizeitanlagen hin. Darauf ist ersichtlich, dass der Zaun damals schon eingeplant war. Deshalb muss man nicht so überrascht darüber sein, dass dieser Zaun erstellt wird. Rein aus der Beantwortung erkennt man, dass die Bedürfnisse der Fussballer und Badigäste gedeckt sind. Nun ist auch wichtig, dass die Bedürfnisse des Schul- und Breitesports gedeckt sind. Die Lösung dazu wurde bereits erwähnt, nämlich der Leichtathletikplatz unterhalb der Gallihalle. Nur wurde noch nicht erwähnt, wann diese Anlage kommen wird. Diese ist nirgends aufgelistet. Es ist zwar eine schöne Vision. Wenn man diese Anlage hat, ist auch das vorliegende Problem gelöst und der Platz zwischen der Badi und dem Kleinfeld könnte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die Grüne/GLP-Fraktion ist laut Bruno Bienz schon etwas über diese Interpellation erstaunt. Wie sein Vorredner gesagt hat, war dies bereits seit Anfang an so vorgesehen. Sie hat das Gefühl, dass dieser Vorstoss mit der Brille des SC Kriens geschrieben wurde. Der Interpellant schreibt, dass das Sportzentrum für die gesamte Bevölkerung offen sein soll. Ja, das wäre schön und gut, aber gemäss Gemeinderat ist der Kunstrasen nicht für die Öffentlichkeit zugänglich. Deshalb muss man nicht davon sprechen, dass alles geöffnet werden soll, aber man trotzdem nicht überall drauf kann. Auf dem Kleinfeld gibt es verschiedene Nutzer und Nutzerinnen, was bei allen Überlegungen berücksichtigt werden muss. So ist die Wiese nicht nur für den Badibetrieb. Während der Badesaison ist die Anlage am Abend immer zugänglich. Viele andere Vereine wie Beachvolley oder Leichtathletik nutzen während dieser Zeit die Anlage. Auch nach der Saison ist diese Anlage zugänglich. Für eine faire Nutzung der Anlage braucht es aber eine saubere Trennung der Nutzungen. Nur so kann gewährleistet werden, dass kleinere Vereine auch zu ihrem Recht kommen. Auch für die Badi ist diese Wiese eine wichtige Lebensader. Für die Jugendlichen ist dies der einzige Ort, wo sie Fussball und Beachvolleyball spielen können. Der Interpellant spricht von einem neuen Zutrittssystem. Hat er auch nur ansatzweise geprüft, welche Kosten dies auslösen würde? Dann ist der Zaun geradezu ein Schnäppchen. Diverse Aussagen des Interpellanten stimmen auch nicht mit der Realität überein. Er spricht von einem exklusiven Nutzungsrecht beim Mostihüsli. Das stimmt so nicht. Dieser Bereich wird von der Badi nur an Spitzentagen beansprucht. An allen anderen Tagen ist dieser Bereich für die Bevölkerung zugänglich. Dass dieser Bereich selten genutzt wird, stimmt so auch nicht. Viele Familien nutzen diesen Bereich. Der Gemeinderat hat dies bemerkt und wird den Spielplatz vergrössern. Auch die Rundbahn wird von vielen Joggern täglich benutzt. Der Sprechende gehört auch dazu. Hier ist es schon lange angebracht, dass der Spielplatz vergrössert oder erneuert wird, was nun hoffentlich gemacht wird. Auch die Sport-schüler haben jederzeit auf die Kleinfeldwiese Zutritt. So haben die Lehrer immer einen Schlüssel. Man kann nicht immer alles für die Öffentlichkeit zugänglich machen, sondern muss vergleichen, welche Nutzer zu ihrem Recht kommen müssen. Es ist relativ schwierig, wenn die Öffentlichkeit uneingeschränkt Zutritt hat.

Rolf Schmid weiss nicht, welche Absicht der Interpellant mit diesem Vorstoss verfolgt. Soll es das Ziel sein, dass der SCK zu zusätzlichen Trainingsflächen kommt? Diesen Eindruck wird er nicht los. Das Anliegen ist im Grundsatz erstrebenswert, dass eine solche Fläche frei benutzbar ist. Aber der Sprechende ist trotz fortgeschrittenen Alters noch ein sehr aktiver Volleyballer. Beachvolleyball spielt er auch sehr gerne. Er möchte nie bei einem Hecht seine Nase in Hundekot haben. Er kennt rundherum kein Beachvolleyballfeld, welches nicht eingezäunt ist. Dies schützt die Beachvolleyballer vor solchen Ereignissen. Daher sieht er die Argumente des Gemeinderates.

Franco Faé beantwortet noch die offene Frage von Yasikaran Manoharan. Es gibt ein Konzept zur Strategieplanung Kleinfeld, was bereits schon vergilbt aussieht. 2019 soll dies angegangen werden. Im AFP ist dazu jedoch noch nichts ersichtlich, weil dies erst nächstes Jahr angegangen wird. Alle wissen, wie es um die Krienser Finanzen steht. Der Gemeinderat muss mit dem Vorhandenen Prioritäten setzen. Im Moment ist dort leider aber noch nichts vorgesehen. Der Sprechende findet es fantastisch, was im Kleinfeld entstanden ist. Für den Fussballsport wurde viel gemacht. Nächstes Jahr gibt es nochmals etwas. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass die Randsportarten nebst der Schule auch zum Zuge kommen. Franco Faé kann bestätigen was Bruno Bienz gesagt hat. Es ist unglaublich, was jeweils am Abend dort unten abgeht. Es ist ja möglich und es ist keine ständig geschlossene Sache. René Bienz schaut für die Anlage und mit ihm kann man reden, wenn einmal eine Zusatzfläche für den Sportclub Kriens gebraucht wird. Dies soll sicher auch kein Problem sein und dafür setzt sich der Sprechende auch gerne ein.

7. Beantwortung Interpellation Kobi: Weniger Glyphosat – mehr Gesundheit **Nr. 116/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

8. Beantwortung Interpellation Burkhardt: Optimierung beim Parkregime auf dem Sonnenberg **Nr. 118/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

9. Beantwortung Interpellation Niederberger: Abriss Motel Pilatusblick **Nr. 128/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

10. Postulat Portmann: Quartierfreundliches Kriens? **Nr. 131/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

11. Postulat Mathis: Ersatzfreifläche für die Krauerwiese Nr. 136/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**12. Bericht Postulat Nyfeler: Verbesserung der Sicherheit bei der
ausgefallenen Lichtsignalanlage Horwerstrasse - Arsenalstras-
se/Lauerzweg Nr. 133/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**13. Postulat Tanner: Überprüfung Schulraumoptimierung Schulan-
lage Obernau 1 Nr. 146/18**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

14. Postulat B. Bienz: Gewerbefreundliches Kriens Nr. 151/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

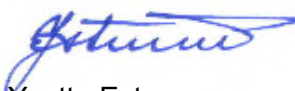
Roger Erni bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 13. Dezember 2018 ab 9:00 Uhr statt und ist eine ganztägige Sitzung. Anschliessend findet das traditionelle Weihnachtsessen auf Schloss Schauensee statt. Er bittet um rechtzeitige Anmeldung. Im Anschluss an die heutige Sitzung trifft man sich im Restaurant uno è più.

Die Sitzung schliesst um 19:50 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:


Yvette Estermann

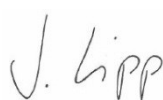
Der Vizepräsident:


Roger Erni

Der Gemeindeschreiber:


Guido Solari

Die Protokollführerin:


Janine Lipp